

STADT OELDE

B e r i c h t
über die
Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014
und des Lageberichts

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	3
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	3
II. Unregelmäßigkeiten	4
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
1. Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2013	10
2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
3. Jahresabschluss	11
4. Lagebericht	11
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
III. Analyse und Erläuterung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage	14
1. Haushaltssatzung 2014	14
2. Ertragslage	16
2.1 Ergebnisanalyse auf Basis des Jahresergebnisses	16
2.2 Ergebnisanalyse auf Basis der Haushaltsplanung	23
3. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage	24
3.1 Analyse auf Basis des Jahresabschlusses	24
3.2 Analyse auf Basis der Finanzplanung	33
E. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	35

Anlagen

I Jahresabschluss und Lagebericht

1. Bilanz zum 31. Dezember 2014
2. Ergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
3. Finanzrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
4. Anhang
 - 4.1 Forderungsspiegel zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.2 Rücklagenentwicklung zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.3 Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.4 Bürgschaftsspiegel zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.5 Rückstellungsspiegel zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.6 Übertragene Ermächtigungen von 2014 nach 2015 (Anlage zum Anhang)
 - 4.7 Übersicht Leasingverträge zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.8 Übersicht Kreditermächtigung zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.9 Übersicht nicht erhobene Beiträge aus fertiggestellten Maßnahmen zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
 - 4.10 Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2014 (Anlage zum Anhang)
5. Lagebericht
 - 5.1 Lagebericht der Stadt Oelde
 - 5.2 Organe und Mitgliedschaften (Anlage zum Lagebericht)
 - 5.3 Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen (Anlage zum Lagebericht)

II Rechtliche Verhältnisse

III Berechnungsformeln der im Prüfungsbericht verwendeten Kennzahlen

IV Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

Band II

Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen

A. Prüfungsauftrag

Mit Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 18. November 2014 der

Stadt Oelde,

im Folgenden auch Stadt genannt,

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Haushaltsjahr 2014 gewählt. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind wir vom gesetzlichen Vertreter am 7. April 2015 mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Buchführung und des Lageberichts gemäß § 101 i. V. m. § 103 Abs. 5 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beauftragt worden.

Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich ausschließlich an die Stadt Oelde.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 101 Abs. 1 GO NRW dahingehend zu prüfen, ob sich ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt erwecken.

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns gemäß § 101 GO NRW und entsprechend § 317 HGB durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts erstatten wir den vorliegenden Bericht. Bei der Erstellung des Berichts über die von uns durchgeführte Abschlussprüfung haben wir den Prüfungsstandard PS 450 „Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen“ des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) beachtet.

Wir bestätigen entsprechend § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die unter dem 7. April 2015 getroffenen Vereinbarungen sowie ergänzend die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002, die als Anlage beigefügt sind.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber der Stadt und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

In den nachfolgenden Ausführungen nehmen wir zur Darstellung der Lage der Stadt Oelde in Jahresabschluss und Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung. Dabei ist darzustellen, ob der Lagebericht gemäß § 101 Abs. 1 GO NRW mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt erwecken. Zudem haben wir darauf einzugehen, ob gemäß § 48 GemHVO NRW die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt zutreffend dargestellt sind.

Unseres Erachtens ist auf folgende Kernaussagen der gesetzlichen Vertreter in Jahresabschluss und Lagebericht zur Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt besonders hinzuweisen:

Das Haushaltsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.336 ab und liegt damit um T€ 995 über dem fortgeschriebenen Ergebnis der Haushaltsplanung. Dies resultiert vor allem aus den um T€ 1.706 höheren ordentlichen Erträgen bei einer gleichzeitigen Erhöhung der ordentlichen Aufwendungen um T€ 978. Das Finanzergebnis fiel um T€ 268 besser aus als geplant. Der Anstieg der ordentlichen Erträge ist im Wesentlichen auf gestiegene öffentlich-rechtliche (+ T€ 1.355) und privatrechtliche (+ T€ 510) Leistungsentgelte sowie gesunkene Gewerbesteuererträge (- T€ 729) zurückzuführen. Die Verbesserung der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte ist überwiegend durch gestiegene Beiträge für Kinderbetreuungsplätze (+ T€ 862) sowie Abwassergebühren (+ T€ 101) verursacht. Ferner sind die Mehrerträge im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte auf nicht geplante Erträge aus Veräußerungen zurückzuführen. Der Anstieg der ordentlichen Aufwendungen resultiert unter anderem aus gestiegenen Personal- und Versorgungsaufwendungen auf Grund der Zuführungen der Pensions- und Beihilferückstellung.

Der Bestand an liquiden Mittel hat sich in 2014 um T€ 868 auf T€ 3.690 vermindert. Zusätzlich musste ein weiteres Darlehen in Höhe von T€ 3.000 aufgenommen werden, bei planmäßigen Tilgungen in Höhe von T€ 1.150.

Die Bilanzsumme hat sich zum Stichtag um T€ 876 erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt dabei 30,9 %. Ohne die in der Ergebnisrechnung nachrichtlich ausgewiesenen Verrechnungen (T€ 598) hätte die Ergebnisrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 747 abgeschlossen. Ein wesentlicher Anteil an den Verrechnungen entfällt auf die Bewertungsanpassungen der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie des Sondervermögens.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer werden nach den aktuellen Kenntnissen im Haushaltsjahr 2015 deutlich unter den Planwerten zurückbleiben. Darüber hinaus wird der Haushalt in den folgenden Jahren durch fehlende Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich sowie einer steigenden Kreisumlage belastet. Ein strukturell ausgeglichener Haushalt ist in den Folgejahren nicht zu erwarten. Durch eine bereits seit mehreren Jahren praktizierte strenge Haushaltsdisziplin und durch weitere Konsolidierungsbemühungen kann auch zukünftig die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts vermieden werden.

Chancen entstehen vor allem durch die zugesicherte Übernahme von Sozialaufwendungen durch die Bundesregierung. Abzuwarten bleibt, ob dies auch vollständig durch die oberen Ebenen an die Stadt weitergeleitet wird.

Weitere Belastungen für die folgenden Haushaltsjahre bestehen durch den Starkregen im August 2015, der zu erheblichen Schäden an den städtischen Immobilien geführt hat. Eine exakte Bezifferung des Schadens ist derzeit noch nicht möglich. Ferner ist das Haushaltsjahr 2015 durch die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge geprägt, deren Versorgung und Unterbringung weiterhin den städtischen Haushalt belastet. Im Bereich der Anteile an verbundenen Unternehmen wird in den Folgejahren zu prüfen sein, ob die durch die Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH gehaltenen RWE-Aktien eine dauerhafte Wertminderung begründen, da der bisherige Kursverlauf in 2015 deutlich negativ ausgefallen ist.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass die Lage der Stadt Oelde durch die gesetzlichen Vertreter in Jahresabschluss und Lagebericht nach unserer Auffassung zutreffend dargestellt und beurteilt wird. Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Stadt im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume gegeben sind. Nach unserer Auffassung ist diese Darstellung insgesamt plausibel und nachvollziehbar.

II. Unregelmäßigkeiten

Als Abschlussprüfer haben wir gemäß Prüfungsstandard PS 730 des IDW – Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft – i. V. m. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB auch über bei Durchführung unserer Prüfung festgestellte Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften zu berichten. Zu diesen gesetzlichen Vorschriften zählen insbesondere die für die Aufstellung des Jahresabschlusses oder des Lageberichts geltenden Rechnungslegungsnormen.

Darüber hinaus haben wir auch über sonstige Gesetzesverstöße zu berichten, die sich nicht unmittelbar auf die Rechnungslegung beziehen, jedoch solche Verstöße erkennen lassen. Diesbezüglich weisen wir jedoch darauf hin, dass eine abschließende Würdigung sowie Untersuchung auf das mögliche Vorliegen sonstiger Verstöße nicht Gegenstand unseres Auftrags waren, sondern sich unsere Berichtspflicht lediglich auf anlässlich der Prüfung des Jahresabschlusses festgestellte Verstöße erstreckt.

Vorschriften zur Rechnungslegung

Bei der Durchführung unserer Prüfung haben wir nachstehend aufgeführte berichtspflichtige Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, die Satzung sowie sonstige Tatsachen festgestellt:

Gemäß §§ 28 Abs. 1 und 34 Abs. 1 GemHVO NRW ist für alle Vermögensgegenstände und Festwerte mindestens alle fünf Jahre bzw. drei Jahre unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Inventur eine körperliche Bestandsaufnahme zum Schluss des Haushaltsjahres durchzuführen. Aus der Bestandsaufnahme ist das Inventar der Kommune zu entwickeln. Festgestellte Veränderungen sind in dem gemeindlichen Jahresabschluss zu berücksichtigen, zu dessen Schluss die Bestandsaufnahme stattgefunden hat.

Eine vollständige Inventur der Vermögensgegenstände erfolgte bei der Stadt Oelde zum 31. Dezember 2014 nicht. Im Haushaltsjahr 2014 wurde mit einer rollierenden Inventur begonnen, die in den Bereichen IT und Verwahrgelasse abgeschlossen wurde.

Darüber hinaus wurde das städtische Anlagevermögen im Bereich Grund und Boden mit dem Kataster vollständig abgeglichen. Dabei hat sich eine Deckungsquote von 97 % ergeben. Nach Überprüfung durch den FD Liegenschaften verblieben nach der Jahresabschlussprüfung 30 Klärungsfälle zum 31. Dezember 2014. Die Korrekturen werden zum 1. Januar 2015 nachgebucht.

Die oben genannten Ausführungen haben keine Auswirkungen auf das Prüfungsurteil, da insgesamt die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage nicht wesentlich beeinflusst werden.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 101 Abs. 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen und Anhang – und den Lagebericht auf die Beachtung der für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der sie ergänzenden Vorschriften der Satzung und sonstigen gemeinderechtlichen Bestimmungen geprüft. Gemäß § 101 Abs. 1 Satz 3 GO NRW wurden die Inventur, das Inventar und die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände in die Prüfung einbezogen. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt erwecken. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt zutreffend dargestellt sind.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert worden sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Stadt. Ebenso sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und am 2. Oktober 2014 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss; er wurde am 15. Dezember 2014 festgestellt.

Wir haben die Prüfung im September 2015 in den Verwaltungsräumen des Rathauses der Stadt Oelde durchgeführt. Die abschließenden Arbeiten wurden in unserem Hause erledigt.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 101 GO NRW und entsprechend § 317 HGB sowie unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen durchgeführt. Berücksichtigung fand auch der Prüfungsstandard zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW PS 730).

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Die Prüfung des Jahresabschlusses haben wir unter Beachtung der Grundsätze gewissenhafter Berufsausübung mit der Zielsetzung angelegt, Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung zu erkennen, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage gemäß § 101 Abs. 1 GO NRW wesentlich auswirken. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Darüber hinaus wurde geprüft, ob der Lagebericht die in § 95 Abs. 2 GO NRW geforderten Angaben für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70 GO NRW bzw., soweit dieser nicht zu bilden ist, für den Bürgermeister, den Kämmerer sowie die Ratsmitglieder enthält. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet. Diese basiert auf einer Einschätzung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfeldes und der Darlegung der gesetzlichen Vertreter über die wesentlichen Ziele, Strategien und Risiken der Stadt sowie den Erwartungen über mögliche Fehler. Das interne Kontrollsystem der Stadt haben wir untersucht, soweit es für eine ordnungsgemäße Rechnungslegung von Bedeutung ist; das interne Kontrollsystem in seiner Gesamtheit war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

Zur Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sind daraufhin kritische Prüfungsziele identifiziert und es ist ein Prüfungsprogramm entwickelt worden. In diesem Prüfungsprogramm sind die Schwerpunkte und der Ansatz der Prüfung sowie Art und Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Schwerpunkte der Prüfung des Jahresabschlusses waren:

- Entwicklung des Anlagevermögens, insbesondere die Zugangsbewertung,
- Ausweis und Bewertung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich,
- Vollständigkeit und Werthaltigkeit der Forderungen,
- Ausweis und Bewertung der Personalkostenrückstellungen,
- periodengerechte Ertrags- und Aufwandsabgrenzung sowie
- Vollständigkeit der Angaben im Anhang und im Lagebericht.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten Systemprüfungen und aussagebezogene Prüfungshandlungen (analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen).

Identifizierte Kontrollverfahren der Stadt haben wir unserem Prüfungsplan entsprechend auf Wirksamkeit und Anwendung überprüft. Unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen (analytische Prüfungshandlungen und stichprobenweise Einzelfallprüfungen von Geschäftsvorfällen und Beständen) konnten wir im Fall von wirksam eingestuftem Kontrollen reduzieren. In allen anderen Fällen haben wir auf Basis unserer Risikoeinschätzung aussagebezogene Prüfungshandlungen in nicht reduziertem Umfang durchgeführt.

Im Rahmen dieser Vorgehensweise haben wir an den einzelnen körperlichen Bestandsaufnahmen nicht teilgenommen. Durch Stichproben haben wir uns von der Ordnungsmäßigkeit der körperlichen Bestandsaufnahme, der Fortschreibung auf den Bilanzstichtag und der Bewertung überzeugt.

Saldenbestätigungen für Forderungen sowie Verbindlichkeiten haben wir nicht eingeholt, da nach Art der Erfassung, Verwaltung und Abwicklung der Forderungen und Verbindlichkeiten ihr Nachweis und der Nachweis ihrer Vollständigkeit durch alternative Prüfungshandlungen zuverlässig erbracht werden konnten.

Den Bestand an liquiden Mitteln sowie den Umfang der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen haben wir anhand der entsprechenden Kontoauszüge und der eingeholten Bankbestätigungen überprüft.

Die Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen wurden von uns anhand von Sachverhaltsprüfungen beurteilt. Rechtsanwaltsbestätigungsschreiben wurden nicht eingeholt. Wir haben uns durch alternative Prüfungshandlungen mit hinreichender Sicherheit davon überzeugt, dass bedeutende Rechtsstreitigkeiten nicht bestehen.

Bei der Prüfung der Pensionsrückstellungen haben wir die Ergebnisse des versicherungsmathematischen Gutachtens der kommunalen Versorgungskasse Westfalen Lippe, Münster, einer kritischen Würdigung unterzogen.

Den Anhang prüften wir auf Vollständigkeit und Richtigkeit der gesetzlich geforderten Angaben.

Die Angaben im Lagebericht haben wir auf Vollständigkeit der nach den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben sowie auf die Plausibilität und Übereinstimmung mit den während der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen überprüft.

Die erbetenen Auskünfte und Nachweise sind uns vom gesetzlichen Vertreter und den uns benannten Mitarbeitern bereitwillig erteilt worden.

Darüber hinaus haben uns der Bürgermeister und der Kämmerer der Stadt Oelde in einer berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich versichert, dass im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Insbesondere wurde uns bestätigt, dass der Jahresabschluss alle für die Beurteilung der Lage der Stadt wesentlichen Gesichtspunkte und der Lagebericht die nach § 48 GemHVO NRW erforderlichen Angaben enthält. Zudem wurde uns versichert, dass Gesetzesverstöße, die Bedeutung für den Inhalt des Jahresabschlusses oder des Lageberichts haben können, nicht bestanden.

Kopie zur Beratung in der zuständigen Grenken

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2013

Die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 der Stadt Oelde erfolgte in der Ratssitzung am 15. Dezember 2014. Der Jahresüberschuss wurde in voller Höhe der Ausgleichsrücklage zugeführt. Die Entlastung des Bürgermeisters durch den Rat fand ebenfalls in der Sitzung am 15. Dezember 2014 statt.

Die Anzeige der Feststellung des Jahresabschlusses beim Landrat des Kreises Warendorf als untere staatliche Verwaltungsbehörde sowie die Anzeige über die Entlastung des Bürgermeisters datieren vom 18. Dezember 2014.

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 sowie des Beschlusses über die Entlastung des Bürgermeisters erfolgten durch Aushang für die Dauer von zwei Wochen ab dem 20. Dezember 2014.

2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Buchführung entspricht den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in der Buchführung, im Jahresabschluss und im Lagebericht.

Im Bereich der gesamten Finanzbuchhaltung wird das Programm mpsNF in der Version 2.0 der Firma mps public solutions GmbH, Koblenz, angewandt.

Die Lohn- und Gehaltsabrechnungen der angestellten Mitarbeiter/-innen sowie der Beamten/-innen erfolgten über das Programm Loga der Firma P&I Personal & Informatik AG Deutschland, Wiesbaden, im Rechenzentrum der Regio-IT, Aachen. Die Übernahme der Daten in die Finanzbuchhaltung erfolgt über Schnittstellen automatisch.

Für die eingesetzte Software liegt jeweils eine Zertifizierung vor.

3. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde nach geltenden Vorschriften der GO NRW und der GemHVO NRW aufgestellt.

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung sowie die jeweiligen Teilrechnungen sind ordnungsgemäß aus der Buchführung abgeleitet. Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden beachtet.

Die Gliederung der Ergebnis- und Finanzrechnung sowie der Bilanz erfolgte nach den differenzierten Schemata der §§ 38, 39 und 41 GemHVO NRW. Es wurden keine Erweiterungen vorgenommen. Lediglich der Forderungsspiegel wurde nach der Gliederung der Bilanz gemäß § 41 GemHVO NRW a. F. aufgestellt. Wir weisen darauf hin, dass die Stadt Oelde die Gliederung der Ergebnis- und Finanzrechnung sowie der Teilrechnungen nach dem Runderlass des Innenministeriums vom 24. Februar 2005, zuletzt geändert durch Runderlass vom 17. Dezember 2012, vorgenommen hat. Insoweit sind die Angaben in der Ergebnis- und/bzw. Finanzrechnung sowie den Teilrechnungen nach § 22 Abs. 1 GemHVO NRW in Verbindung mit §§ 38 Abs. 2, 39 und 40 GemHVO NRW für Ermächtigungen für Aufwendungen und/bzw. Auszahlungen unterblieben.

Der Anhang enthält alle gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben. Gemäß § 44 Abs. 1 GemHVO NRW sind im Anhang Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung – z. B. durch Erläuterung wesentlicher Plan-Ist-Abweichungen – aufgenommen.

Auf Grund unserer Prüfung kommen wir zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den sonstigen gesetzlichen Vorschriften entspricht.

4. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht den Vorschriften des § 48 GemHVO NRW.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss sowie unseren im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Unsere Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt und die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Wir nehmen auf unsere nachstehenden Erläuterungen Bezug und stellen nach unserer auftragsgemäßen Prüfung fest, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. im Zusammenwirken von Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, den jeweiligen Teilrechnungen sowie Anhang, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

Erläuterungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Im Folgenden werden wesentliche Bewertungsgrundlagen von Posten des Jahresabschlusses dargestellt.

Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Haushaltsjahr 2014 planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Im Hinblick auf die künftigen Abschreibungsdauern hat sich die Stadt an den Empfehlungen des Innenministeriums orientiert. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von bis zu € 410,00 ohne Umsatzsteuer wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben; ein fiktiver Anlagenabgang wird unterstellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen wurden mit dem Nennwert ausgewiesen. Für Forderungen nach § 107b BeamtVG erfolgte eine entsprechende Berechnung analog zu den Pensionsverpflichtungen. Uneinbringliche Forderungen, z. B. unbefristete Niederschlagungen, werden im Rahmen des strengen Niederstwertprinzips abgeschrieben. Weiterhin werden pauschale Wertberichtigungen gemäß der Altersstruktur bis zu 100 % der Forderungen erfasst.

Das NKF beinhaltet – wie das kaufmännische Rechnungswesen – grundsätzlich das Bruttoprinzip (§ 11 GemHVO NRW), d. h. Erträge und Aufwendungen sind getrennt zu erfassen. § 23 Abs. 2 GemHVO NRW erlaubt hiervon bezüglich der Abgaben, abgabenähnlichen Erträge und allgemeinen Zuweisungen eine Ausnahme von diesem Grundsatz. Sie trägt damit dem Umstand Rechnung, dass bei den genannten Ertragsarten regelmäßig nachträgliche Anpassungen zu erwarten sind. Für den Ausweis bedeutet dies, dass Rückzahlungen von den Erträgen abzusetzen sind. Zu den Abgaben im Sinne des § 23 Abs. 2 GemHVO NRW gehören z. B. Steuern, abgabenähnliche Erträge und allgemeine Zuweisungen.

Eigenkapital

Gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO NRW werden sämtliche Erträge und Aufwendungen aus Anlagenabgängen mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

Sonderposten

Unter den Sonderposten werden unter anderem zweckgebundene, investiv verwendete Drittmittel nach dem Bruttoprinzip bilanziert. Die ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens ist entsprechend der Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands vorzunehmen. Die für den Vermögensgegenstand festgelegte Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wirken sich entsprechend auf die Auflösung des Sonderpostens aus.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen nach beamtenrechtlichen Vorschriften wurden in der Bilanz unter dem Posten Pensionsrückstellungen zusammengefasst. Die Höhe der Pensionsrückstellung wurde auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw) ermittelt. Die Rückstellung enthält neben den künftigen Versorgungsleistungen der Stadt Oelde auch die Ansprüche auf Beihilfe. Die Bewertung erfolgt mit dem in § 36 Abs. 1 GemHVO NRW vorgesehenen Rechnungszinsfuß von 5 % unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Zugrundelegung von Echtzeitdaten. Für die Höhe der Versorgung werden die zum 31. Dezember 2014 maßgeblichen Werte in Ansatz gebracht. Die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilfeverpflichtungen erfolgt auf Grundlage von Kopfschadenstatistiken unter Berücksichtigung eines altersabhängig steigenden Schadenprofils. Die Bewertung erfolgt nun unter Einschluss der Statistiken für ambulante und stationäre Pflege. Zugleich werden Beihilfen an Angehörige und Hinterbliebene nur noch anteilig berücksichtigt. Das Erstattungsniveau wird mit 80 % (statt bisher 90 %) der beihilfefähigen Aufwendungen angesetzt. Durch die Umstellung erhöhen sich die Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen im Vergleich zum bisherigen Ansatz um durchschnittlich 3,1 %.

Die sonstigen Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW werden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags angesetzt. Langfristige Rückstellungen beinhalten entgegen der handelsrechtlichen Rechnungslegung keine Preissteigerungen oder Trendantizipationen und werden bis auf die Pensionsrückstellungen nicht ab- oder aufgezinnt. Letzteres gilt nicht für Erstattungsverpflichtungen nach § 107b BeamtVG. Hier richtet sich das Bewertungsverfahren nach § 36 Abs. 1 GemHVO NRW.

III. Analyse und Erläuterung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

Auf Grund von Rundungsdifferenzen können bei der Tausender- und Prozentdarstellung geringfügige Abweichungen auftreten.

1. Haushaltssatzung 2014

Nach § 78 Abs. 1 GO NRW hat die Stadt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen, in der die in § 78 Abs. 2 GO NRW aufgeführten Bestandteile festzusetzen sind.

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigungen) belaufen sich auf T€ 8.838. Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen beläuft sich auf T€ 10.025.

Der Betrag der geplanten Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage beläuft sich auf T€ 2.112.

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wurde auf T€ 10.000 festgesetzt.

Die festgesetzten Hebesätze für die Grundsteuer B und für die Gewerbesteuer sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Jahr	Grundsteuerhebesatz B		Gewerbesteuerhebesatz	
	festgesetzt %	fiktiv %	festgesetzt %	fiktiv %
2015	504,0	423,0	412,0	415,0
2014	400,0	413,0	412,0	412,0
2013	400,0	413,0	412,0	411,0
2012	400,0	413,0	412,0	411,0
2011	400,0	413,0	412,0	411,0
2010	340,0	381,0	390,0	403,0

Nach dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 und den in der Haushaltsplanung 2014 enthaltenen Planungsdaten hat die Stadt kein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, da nach derzeitigem Erkenntnis- und Planungsstand die hierfür in § 76 Abs. 1 GO NRW festgesetzten absoluten und relativen Veränderungen der allgemeinen Rücklage auf Grund erwarteter negativer Jahresergebnisse für den zu Grunde liegenden Planungszeitraum nicht erfüllt werden.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisanalyse auf Basis des Jahresergebnisses

Im Folgenden werden die tatsächlichen Ergebnisse des Haushaltsjahres 2014 dargestellt und analysiert.

Die Ertragslage wurde unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte gebildet. Daher können Abweichungen unter anderem zwischen dem Kennzahlenset des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen und den Kennzahlen im Prüfungsbericht bestehen.

Gemäß der als Anlage beigefügten Ergebnisrechnung schließt das Haushaltsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.336. Das Ergebnis setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	2014		2013		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<u>Ordentliche Erträge</u>					
Steuern und ähnliche Abgaben	39.678	59,3	38.740	58,9	+ 938
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.035	10,5	5.550	8,4	+ 1.485
Sonstige Transfererträge	891	1,3	1.657	2,5	- 766
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.855	20,7	13.119	19,9	+ 736
Privatrechtliche Leistungsentgelte	920	1,4	1.290	2,0	- 370
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.028	3,0	2.746	4,2	- 718
Sonstige ordentliche Erträge	2.346	3,5	2.651	4,0	- 305
Aktiviert Eigenleistungen	103	0,2	57	0,1	+ 46
	66.856	100,0	65.810	100,0	+ 1.046
<u>Ordentliche Aufwendungen</u>					
Personalaufwendungen	15.551	23,3	14.625	22,2	+ 926
Versorgungsaufwendungen	1.977	3,0	1.733	2,6	+ 244
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.532	20,2	13.183	20,0	+ 349
Bilanzielle Abschreibungen	7.650	11,4	7.501	11,4	+ 149
Transferaufwendungen	26.441	39,5	23.964	36,4	+ 2.477
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.140	3,2	2.746	4,2	- 606
	67.290	100,6	63.752	96,8	+ 3.538
Ordentliches Ergebnis	- 434		2.057		- 2.491
Finanzerträge	501		325		+ 176
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.402		1.527		- 125
Finanzergebnis	- 901		- 1.202		+ 301
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit/ Jahresergebnis	- 1.336		856		- 2.192

Zur weiteren Erläuterung der Ertragslage haben wir folgende Entwicklungen im Mehrjahresvergleich der letzten Haushaltsjahre dargestellt:

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Ordentliche Erträge	66.856	65.810	63.123
Ordentliche Aufwendungen	67.290	63.752	60.991
Ordentliches Ergebnis	- 434	2.057	2.131
Finanzergebnis	- 901	- 1.202	- 978
Jahresergebnis	- 1.336	856	1.153
	%	%	%
Aufwandsdeckungsgrad	99,4	103,2	103,5
Steuerquote	59,3	58,9	59,8
Zuwendungsquote	10,5	8,4	9,8
Personalintensität	23,1	22,9	23,0
Sach- und Dienstleistungsintensität	20,1	20,7	20,1
Transferaufwandsquote	39,3	37,6	37,8
Zinslastquote	2,1	2,4	2,6
Fördermittelquote II	52,7	51,7	49,8

Nachfolgend wird die Zusammensetzung der einzelnen Posten der Ergebnisrechnung näher erläutert.

Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** beinhalten:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
<u>Realsteuern gemäß § 3 Abs. 2 AO</u>			
Grundsteuer A	156	154	+ 2
Grundsteuer B	4.339	4.225	+ 114
Gewerbesteuer	19.071	19.129	- 58
	23.566	23.508	+ 58
<u>Gemeinschaftssteuern</u>			
Anteil an der Einkommensteuer	12.497	11.824	+ 673
Anteil an der Umsatzsteuer	1.989	1.927	+ 62
	14.486	13.751	+ 735
<u>Steuerähnliche Erträge</u>			
Vergnügungssteuer	249	140	+ 109
Hundesteuer	84	80	+ 4
	333	220	+ 113
Kompensationsleistungen	1.293	1.259	+ 34
	39.678	38.740	+ 938

Die Gewerbesteuer ist eine auf den Ertrag eines Gewerbebetriebs bezogene Steuer, die den Kommunen zusteht. Allerdings ist über die Gewerbesteuerumlage auf Grund des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (GemFinRefG) ein Teil davon an Bund und Land abzuführen. Der Posten Gewerbesteuer enthält sowohl die Veranlagungen der Vorjahre als auch die Vorauszahlungen für das laufende Jahr.

Der Anstieg der Grundsteuer B ist durch die Erschließung weiterer Wohnbaugrundstücke verursacht.

Die Mehrerträge im Bereich der Vergnügungssteuer sind auf eine geänderte Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer zurückzuführen. In den Vorjahren erfolgte eine pauschale Besteuerung jedes Glücksspielautomaten, während ab 2014 die Besteuerung anhand des Einspielergebnisses ermittelt wurde.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Zuweisung für laufende Zwecke vom Land	3.998	3.497	+ 501
Erträge aus Auflösung Sonderposten Zuwendungen	2.167	2.045	+ 122
Konsumtive Verwendung der Schulpauschale	776	0	+ 776
Zuweisung für laufende Zwecke vom Bund	93	5	+ 88
Übrige	1	1	0
	7.035	5.550	+ 1.485

Die Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land sind insbesondere auf Grund höherer Zuschüsse für die Kindertagesbetreuung gestiegen.

Im Vorjahr wurde die Schulpauschale lediglich investiv verwendet.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Benutzungsgebühren	11.532	10.670	+ 862
Verwaltungsgebühren	516	570	- 54
	12.048	11.240	+ 808
Auflösung Sonderposten Gebührenaussgleich	5	125	+ 120
Einstellung Sonderposten Gebührenaussgleich	58	83	- 25
	- 53	42	+ 95
Erträge aus Auflösung Sonderposten Beiträge	1.860	1.836	+ 24
	13.855	13.119	+ 736

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sind Gebühren, die für die Inanspruchnahme einer Verwaltungsleistung oder für die Nutzung einer Einrichtung erhoben werden.

Der Anstieg der Benutzungsgebühren ist im Wesentlichen auf den erstmaligen Ausweis der Benutzungsgebühren für Kindertagesstätten unter den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten zurückzuführen. In den Vorjahren erfolgte der Ausweis unter den Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die sich im Haushaltsjahr 2014 entsprechend verringert haben.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Konzessionsabgaben	1.285	1.269	+ 16
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	391	619	- 228
Buß-, Verwargelder, Mahngebühren	158	167	- 9
Erträge aus Auflösung sonstiger Sonderposten	3	0	+ 3
Erträge Minderung Wertberichtigung Forderungen	163	11	+ 152
Steuer- und Versicherungserstattungen	33	28	+ 5
Übrige	314	556	- 242
	2.346	2.651	- 305

Die übrigen sonstigen ordentlichen Erträge sind auf Grund der Umgliederungen der Beiträge für offenen Ganztagschulen (- T€ 181) in die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sowie der Essensentgelte (- T€ 61) in die privatrechtlichen Leistungsentgelte gesunken.

Die **Personalaufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Bezüge der Beamten (einschließlich Beihilfen)	3.428	3.270	+ 158
Entgelte für tariflich Beschäftigte	10.615	9.992	+ 623
	14.043	13.262	+ 781
<u>Veränderung der Personalrückstellungen</u>			
Pensionsrückstellung	+ 1.178	+ 1.134	+ 44
Beihilferückstellung	+ 204	+ 255	- 51
Rückstellungen Resturlaub/Mehrarbeit	+ 88	+ 83	+ 5
Altersteilzeit	- 44	- 100	+ 56
Übrige	+ 81	- 8	+ 89
	+ 1.507	+ 1.364	+ 143
	15.551	14.625	+ 926

Der Anstieg der Bezüge von Beamten sowie der Entgelte für tariflich Beschäftigte ist auf Besoldungs- bzw. Tarifierhöhungen sowie gestiegenen Vollkräftezahlen zurückzuführen.

Die Personalkennzahlen stellen sich wie folgt dar:

	2014	2013	2012
Personalaufwand in T€	15.551	14.625	14.052
Vollkräfte	256	246	239
Personalaufwand je Vollkraft in T€	60,7	59,5	58,8

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.783	4.150	+ 633
Unterhaltung von Infrastrukturvermögen	1.788	2.026	- 238
Unterhaltung von technischen Anlagen und Maschinen	481	468	+ 13
Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	177	194	- 17
Unterhaltung von sonstigem beweglichem Vermögen	166	162	+ 4
Kostenerstattungen	1.426	1.153	+ 273
Schülerbeförderungskosten	540	536	+ 4
Kosten für Straßenentwässerung	121	357	- 236
Honorare für Kurse	216	216	0
Beratungs- und Prüfungskosten	73	124	- 51
Lernmittel	124	117	+ 7
Übrige	3.638	3.681	- 43
	13.532	13.183	+ 349

Der Anstieg der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ist auf umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen im Produktbereich Innere Verwaltung zurückzuführen.

Die Minderaufwendungen im Bereich der Unterhaltung von Infrastrukturvermögen betreffen insbesondere Abwasserbeseitigungsanlagen.

Die Steigerung der Kostenerstattungen resultiert aus Mehraufwendungen für den Brand- und Bevölkerungsschutz sowie die Familienförderung.

Der Rückgang der Kosten für Straßenentwässerung ist durch geringere Aufwendungen für Hausanschlüsse verursacht.

Die **Transferaufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Kreisumlage	12.289	12.773	- 484
Gewerbsteuerumlage	1.560	1.573	- 13
Finanzierungsbeteiligung am Fonds „Deutsche Einheit“	1.516	1.528	- 12
Allgemeine Umlagen	349	339	+ 10
	15.714	16.213	- 497
Zuweisungen und Zuschüsse	6.608	5.087	+ 1.521
Übrige	4.119	2.664	+ 1.455
	10.727	7.751	+ 2.976
	26.441	23.964	+ 2.477

Die gestiegenen Zuweisungen und Zuschüsse resultieren aus der erstmaligen konsumtiven Verbuchung der Umlage für den Eigenbetrieb Forum Oelde. Im Vorjahr erfolgte eine Aktivierung im Bereich des Sondervermögens.

Der Anstieg der übrigen Transferaufwendungen ist auf gestiegenen Fallzahlen der Hilfen für Erziehung sowie gestiegenen Leistungen für Asylbewerber zurückzuführen.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Wertkorrekturen Forderungen	224	627	- 403
Versicherungen	478	452	+ 26
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	303	276	+ 27
Porto, Telefon, Büromaterial, Veröffentlichungen	204	204	0
Sonstige Aufwendungen für Rechte und Dienste	105	168	- 63
Mieten und Pachten	172	158	+ 14
Aufwandsentschädigungen	157	157	0
Steueraufwendungen	47	109	- 62
Öffentlichkeitsarbeit	40	62	- 22
Zeitungen und Fachliteratur	41	41	0
Beiträge und ähnliche Aufwendungen	32	32	0
Sitzungsgelder, Fraktionszuwendungen	20	19	+ 1
Leasing	19	19	0
Übrige	300	423	- 123
	2.140	2.746	- 606

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

2.2 Ergebnisanalyse auf Basis der Haushaltsplanung

Im Folgenden werden auf Basis der Ertragslage der fortgeschriebene Ansatz und das Ist-Ergebnis für das Haushaltsjahr 2014 gegenübergestellt.

	Fortge- schriebener Ansatz	Ist- Ergebnis	Vergleich Ist- Ergebnis/Fort- geschriebener Ansatz
	T€	T€	T€
<u>Ordentliche Erträge</u>			
Steuern und ähnliche Abgaben	40.507	39.678	- 829
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.383	7.035	+ 652
Sonstige Transfererträge	852	891	+ 39
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.500	13.855	+ 1.355
Privatrechtliche Leistungsentgelte	410	920	+ 510
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.451	2.028	- 423
Sonstige ordentliche Erträge	2.047	2.346	+ 299
Aktivierete Eigenleistungen	0	103	+ 103
	65.150	66.856	+ 1.706
<u>Ordentliche Aufwendungen</u>			
Personalaufwendungen	15.394	15.551	+ 157
Versorgungsaufwendungen	1.470	1.977	+ 507
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.104	13.532	- 572
Bilanzielle Abschreibungen	7.315	7.650	+ 335
Transferaufwendungen	26.069	26.441	+ 372
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.962	2.140	+ 178
	66.312	67.290	+ 978
Ordentliches Ergebnis	- 1.162	- 434	+ 728
Finanzerträge	291	501	+ 210
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.460	1.402	- 58
Finanzergebnis	- 1.169	- 901	+ 268
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit/Jahresergebnis	- 2.331	- 1.336	+ 995

Das Jahresergebnis hat sich in der Entwicklung vom ursprünglichen Planansatz zum fortgeschriebenen Ansatz um insgesamt T€ 219 verringert. Bei diesem Betrag handelt es sich um Ermächtigungsübertragungen nach § 22 GemHVO NRW.

Unter Zugrundelegung des fortgeschriebenen Ansatzes errechnet sich für das Haushaltsjahr 2014 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 2.331. Bei einem tatsächlichen Jahresfehlbetrag von T€ 1.336 entspricht dies einem um T€ 995 besseren Ergebnis als angesetzt.

Im Bereich der ordentlichen Erträge ist der Rückgang der Steuern und ähnlichen Umlagen im Wesentlichen auf geringer ausgefallene Erträge aus der Gewerbesteuer zurückzuführen. Des Weiteren sind die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen unter anderem durch gestiegene Landeszuweisungen für Flüchtlinge und Integrationskurse sowie außerplanmäßige Auflösungen von Sonderposten gestiegen. Der Mehrertrag unter den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten resultiert überwiegend aus den umgegliederten Benutzungsgebühren für Kindertagesstätten (+ T€ 862), die in der Planung sowie im Vorjahr unter den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ausgewiesen wurden, sowie aus gestiegenen Benutzungsgebühren für den Rettungsdienst (+ T€ 198). Unter den Kostenerstattungen und Kostenumlagen stehen den umgegliederten Benutzungsgebühren für Kindertagesstätten (- T€ 862) gestiegene Hilfen zur Erziehung (+ T€ 352) auf Grund gestiegener Fallzahlen entgegen. Die privatrechtlichen Leistungsentgelte sind im Wesentlichen durch gestiegene Erträge aus dem Verkauf von Wohnbaugrundstücken besser ausgefallen als geplant.

Im Bereich der ordentlichen Aufwendungen sind die gestiegenen Personal- und Versorgungsaufwendungen auf höhere Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen zurückzuführen. Der Rückgang der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen resultiert überwiegend aus geringeren Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen für Abwasserbeseitigungsanlagen. Die Erhöhung der bilanziellen Abschreibungen ist im Wesentlichen auf die direkte Verbuchung der geringwertigen Wirtschaftsgüter im Aufwand zurückzuführen.

3. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage

3.1 Analyse auf Basis des Jahresabschlusses

Vermögens- und Kapitalstruktur

In der nachfolgenden Übersicht werden die Vermögens-, Kapital- und Schuldposten der Bilanz zum 31. Dezember 2014 zusammengefasst und den entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt.

Die enthaltenen Kennzahlen werden unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte gebildet. Daher können Abweichungen zwischen dem Kennzahlenset des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen und den Kennzahlen im Prüfungsbericht bestehen.

Vermögensstruktur

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Langfristige Aktiva					
Anlagevermögen	221.896	94,1	222.212	94,6	- 316
Langfristige Forderungen	116	0,0	108	0,0	+ 8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.619	0,7	695	0,3	+ 924
	223.631	94,8	223.015	94,9	+ 616
Kurzfristige Aktiva					
Vorräte	2.794	1,2	2.352	1,0	+ 442
Öffentlich-rechtliche und Transferforderungen	3.069	1,3	2.530	1,1	+ 539
Privatrechtliche Forderungen	2.329	1,0	2.195	0,9	+ 134
Sonstige Vermögensgegenstände	14	0,0	0	0,0	+ 14
Liquide Mittel	3.690	1,6	4.558	1,9	- 868
Rechnungsabgrenzungsposten	361	0,2	361	0,2	0
	12.257	5,2	11.996	5,1	+ 261
	235.887	100,0	235.011	100,0	+ 876

Kapitalstruktur

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Eigenkapital					
Sonderposten	72.870	30,9	73.616	31,3	- 746
	84.297	35,7	84.691	36,0	- 394
	157.167	66,6	158.307	67,4	- 1.140
Langfristige sonstige Passiva					
Rückstellungen	30.384	12,9	28.654	12,2	+ 1.730
Verbindlichkeiten Kredite für Investitionen	38.561	16,3	32.039	13,6	+ 6.522
Verbindlichkeiten, die einer Kreditaufnahme wirtschaftlich gleichkommen	73	0,0	72	0,0	+ 1
Rechnungsabgrenzungsposten	502	0,2	321	0,1	+ 181
	69.520	29,5	61.086	26,0	+ 8.434
	226.687	96,1	219.393	93,4	+ 7.294
Kurzfristige Passiva					
Rückstellungen	1.566	0,7	1.832	0,8	- 266
Verbindlichkeiten Kredite für Investitionen	1.175	0,5	5.903	2,5	- 4.728
Verbindlichkeiten, die einer Kreditaufnahme wirtschaftlich gleichkommen	11	0,0	10	0,0	+ 1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.202	0,5	1.619	0,7	- 417
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	384	0,2	137	0,1	+ 247
Erhaltene Anzahlungen	4.285	1,8	5.311	2,3	- 1.026
Sonstige Verbindlichkeiten	576	0,2	807	0,3	- 231
	9.199	3,9	15.619	6,6	- 6.420
	235.887	100,0	235.011	100,0	+ 876

Bei der Aufteilung der Vermögens- und Kapitalstruktur wurden kurzfristiges Vermögen und Schulden mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr definiert; langfristiges Vermögen und Schulden werden erst nach mehr als einem Jahr fällig.

Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von T€ 30.144 (Vorjahr: T€ 28.374), Altersteilzeitregelungen in Höhe von T€ 22 (Vorjahr: T€ 66), Jubiläumzahlungen in Höhe von T€ 62 (Vorjahr: T€ 62), Erstattungsverpflichtungen nach § 107b BeamtVG in Höhe von T€ 86 (Vorjahr: T€ 82) sowie Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen in Höhe von T€ 70 (Vorjahr: T€ 70) werden vollständig dem langfristigen Bereich zugeordnet. Die Instandhaltungsrückstellungen werden vollständig dem kurzfristigen Bereich zugeordnet.

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen wurden anhand der Tilgungspläne in kurz- bzw. langfristige Verbindlichkeiten unterschieden. Abweichend hiervon erfolgt der Ausweis der Restlaufzeiten im Verbindlichkeitspiegel anhand der auslaufenden Zinsbindungsfristen. Dem entsprechend bestehen Differenzen zwischen den Liquiditätskennzahlen in dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und dem Lagebericht.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden komplett als langfristig eingestuft. Diese beinhalten im Wesentlichen Grabnutzungsgebühren sowie verwendete Pauschalen für die Kreisstraße 30. Der langfristige aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Zuweisungen an Dritte mit entsprechenden mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtungen sowie die an den Kreis übertragene Kreisstraße 30.

Zur weiteren Erläuterung der Vermögens-, Schulden- und Finanzlage haben wir folgende Entwicklungen im Mehrjahresvergleich der letzten drei Haushaltsjahre dargestellt:

	2014 %	2013 %	2012 %
Anlagendeckung	102,2	98,7	101,5
Anlagenintensität	94,1	94,6	94,3
Infrastrukturquote	47,5	48,0	48,5
Reinvestitionsquote	115,6	132,4	57,6
Eigenkapitalquote I	30,9	31,3	31,5
Eigenkapitalquote II	66,6	67,4	67,6
Kurzfristige Schuldenquote	3,9	6,6	4,3
Liquiditätsgrad I	40,1	29,2	50,7
Liquiditätsgrad II	102,9	61,7	102,1
Liquiditätsgrad III	133,2	76,8	127,4
Fördermittelquote I	40,1	40,2	40,3

Die **Sachanlagen** entwickelten sich insgesamt wie folgt:

	T€	T€
Stand am 01.01.2014		208.527
+ Zugänge		8.317
		216.844
- Abgänge	1.481	
- Abschreibungen	7.606	
		9.087
Stand am 31.12.2014		207.756

Die Zugänge entfallen im Wesentlichen auf erste investive Zahlungen (Planungskosten, Vorbereitungskosten, Ausschreibungskosten) für den Neubau der Feuer- und Rettungswache an der Wiedenbrücker Straße (T€ 491), geleistete Anzahlungen für die Erstellung und Veräußerung eines Baugebiets südlich der Beckumer Straße in Stromberg durch einen Bauträger (T€ 400), die Erweiterung eines Feuerwehrgerätehauses (T€ 363), den Straßenausbau der Straßen „Am Landhagen“ (T€ 1.642) und „Zum Sundern“ (T€ 981), die Anschaffung eines Kunstrasenplatzes in Lette (T€ 418), der Herstellung eines Regenrückhaltebeckens (T€ 160), die Beschaffung verschiedener Feuerwehrfahrzeuge (T€ 418), die Anschaffung weiterer Fahrzeuge (T€ 199) sowie auf die Anschaffung verschiedener geringwertiger Wirtschaftsgüter (T€ 147).

Die Abgänge betreffen im Wesentlichen die Übertragung der Kreisstraße 30 an den Kreis Warendorf und der damit einhergehenden Umgliederung in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 969). Des Weiteren wurden zum Verkauf bestimmte Grundstücke aus dem Anlagevermögen in das Vorratsvermögen umgebucht (T€ 547).

Zu der Entwicklung des Anlagevermögens insgesamt verweisen wir auf den im Jahresabschluss als Anlage beigefügten Anlagenspiegel.

Der **Sonderposten** gliedert sich wie folgt:

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
Sonderposten		
für Zuwendungen	49.607	48.697
für Beiträge	33.611	35.080
Sonstige	113	0
	83.331	83.778
für Gebührenaussgleich	966	913
	84.297	84.691

Der Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge wird in Höhe der anteiligen Förderung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mittels Investitionszuschüssen ausgewiesen.

Unter den sonstigen Sonderposten erfolgte eine Ausweisänderung der geleisteten Stellplatzabgaben aus dem Sonderposten für Beiträge (T€ 113).

Gemäß § 43 Abs. 6 GemHVO NRW sind Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Gebührenhaushalte, die nach § 6 des Kommunalabgabengesetzes in den folgenden vier Jahren ausgeglichen werden müssen, am Ende eines Kalkulationszeitraums als Sonderposten für den Gebührenaussgleich anzusetzen.

Die **Vorräte** beinhalten im Wesentlichen zum Verkauf vorgesehene Wohn- und Gewerbegrundstücke. In 2014 konnten mehrere Grundstücke veräußert werden. Des Weiteren erfolgte eine Umgliederung von Grundstücken aus dem Anlagevermögen in das Umlaufvermögen in Höhe von T€ 547 auf Grund einer geplanten Veräußerung in den Folgejahren.

Von dem gesamten **Forderungsbestand** in Höhe von insgesamt T€ 5.893 (Vorjahr: T€ 5.284) wurden Pauschalwertberichtigungen und Einzelwertberichtigungen in Höhe von T€ 365 (Vorjahr: T€ 451) zur Abdeckung des allgemeinen Kreditrisikos abgesetzt.

Als **aktiver Rechnungsabgrenzungsposten** werden im Wesentlichen Zuschüsse ausgewiesen, denen eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung entgegensteht. Im Haushaltsjahr 2014 gab es einen Zugang in Höhe von T€ 969 auf Grund der Übertragung der Kreisstraße 30 an den Kreis Warendorf.

Das **Eigenkapital** der Stadt Oelde gliedert sich wie folgt:

	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€
Allgemeine Rücklage	72.139	71.550
Ausgleichsrücklage	2.066	1.211
Jahresergebnis	- 1.336	+ 856
	<u>72.870</u>	<u>73.616</u>

Die **Rückstellungen** entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 01.01.2014 T€	Zufüh- rungen T€	Inanspruch- nahmen T€	Auflö- sungen T€	Stand am 31.12.2014 T€
Pensionsrückstellungen	28.374	3.546	1.685	92	30.144
Instandhaltungsrückstellungen	569	0	94	0	474
Sonstige Rückstellungen	1.542	1.001	914	299	1.331
	30.485	4.547	2.693	391	31.950

Die ausgewiesenen **Pensionsrückstellungen** beinhalten neben den bestehenden Versorgungsansprüchen und sämtlichen Anwartschaften nach den beamtenrechtlichen Vorschriften in Höhe von T€ 23.403 (Vorjahr: T€ 22.112) auch den entsprechenden Rückstellungsbedarf für Beihilfeverpflichtungen in Höhe von T€ 6.741 (Vorjahr: T€ 6.262) gegenüber Beamten. Die Rückstellungen wurden für 83 (Vorjahr: 82) Pensionsanwärter und 30 (Vorjahr: 28) Pensionsempfänger bzw. deren Hinterbliebenen gebildet.

Bei den Instandhaltungsrückstellungen standen Inanspruchnahmen in Höhe von T€ 94 keine Zuführungen entgegen. Es ergibt sich ein Bestand von T€ 474 (Vorjahr: T€ 569). Weitere Einzelheiten sind dem Anhang zu entnehmen.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** werden ausgewiesen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Urlaubsrückstellung	531	535	- 4
Rückstellungen für Mehrarbeit	248	157	+ 91
Prüfungskosten	117	209	- 92
Prozessrisiken	92	42	+ 50
Rückstellung § 107b BeamtVG	86	81	+ 5
Übrige	257	518	- 261
	1.331	1.542	- 211

Die **Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** belaufen sich im Haushaltsjahr auf T€ 39.736 (Vorjahr: T€ 37.942).

Die **Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**, betreffen in vollem Umfang einen Leibrentenvertrag.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von T€ 1.202 haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 417 verringert und besitzen insgesamt eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die **Verbindlichkeiten aus Transferleistungen** belaufen sich auf T€ 384 (Vorjahr: T€ 137).

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten neben Umsatzsteuer-Erstattungsverpflichtungen gegenüber dem Finanzamt in Höhe von T€ 202 (Vorjahr: T€ 55) vor allem Verwahrgelder (T€ 58; Vorjahr: T€ 374).

Die **erhaltenen Anzahlungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
Investitionspauschale	1.511	1.556
Schulpauschale	1.176	1.739
Sportpauschale	151	74
Feuerschutzpauschale	82	82
Übrige	1.366	1.860
	4.285	5.311

Die übrigen erhaltenen Anzahlungen beinhalten unter anderem Naturschutzbeiträge (T€ 783; Vorjahr: T€ 763), einen Investitionskostenzuschuss des TV Jahns zur Kunstrasenmaßnahme Jahnstadion (T€ 200; Vorjahr: T€ 200), welcher im Jahr 2015 aktiviert wird, sowie erhaltene Anzahlungen für den Geh- und Radweg an der Bundesstraße 61 (T€ 200; Vorjahr: T€ 166).

Als **passiver Rechnungsabgrenzungsposten** werden im Wesentlichen Grabnutzungsgebühren sowie verwendete Pauschalen für den Bau der Kreisstraße 30 ausgewiesen.

Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage liegt die Annahme zu Grunde, dass das finanzielle Gleichgewicht dann erhalten bzw. durch kurzfristig wirksame Maßnahmen sichergestellt werden kann, wenn den nach Fälligkeitsfristen geordneten Verbindlichkeiten jeweils Vermögensgegenstände mit gleichen Liquidierbarkeitszeiten gegenüberstehen, die Zahlungsverpflichtungen also durch entsprechende flüssige oder flüssig zu machende Vermögensteile gedeckt sind.

Die Liquiditätslage stellt sich am Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€
Liquide Mittel	3.690	4.558
<u>Abzüglich</u>		
Kurzfristiges Fremdkapital	9.199	15.619
Liquidität I	- 5.509	- 11.061
<u>Zuzüglich</u>		
Kurzfristige Forderungen und Rechnungsabgrenzung	5.773	5.086
Liquidität II	264	- 5.975
<u>Zuzüglich</u>		
Vorräte	2.794	2.352
Liquidität III/Überdeckung (+)/Unterdeckung (-)	+ 3.058	- 3.623
Veränderung des Liquiditätssaldos	+ 6.681	

Die Liquiditätslage weist zum Bilanzstichtag im Berichtsjahr eine Überdeckung von T€ 3.058 aus. Das kurzfristig realisierbare Schuldendeckungspotential deckt demnach in vollem Umfang das kurzfristige Fremdkapital. Der Anstieg ist auf die Umfinanzierung und die damit verbundene langfristige Finanzierung bei den Investitionskrediten zurückzuführen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen oder Vereinbarungen, aus denen sich für die Stadt Oelde wesentliche finanzielle Verpflichtungen für die Zukunft ergeben können, und die durch die Stadt eingegangenen Haftungsverhältnisse sind dem Anhang zu entnehmen.

Analyse der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung als direkte Methode einer Kapitalflussrechnung werden die Zahlungsströme des Berichtsjahres getrennt nach der laufenden Verwaltungstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit dargestellt. Anhand dieser Finanzrechnung, die wir diesem Bericht als Anlage beigefügt haben, werden die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen aufgezeigt.

Zusammenfassend stellt sich die Finanzrechnung wie folgt dar:

	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.692	4.504
Saldo aus der Investitionstätigkeit	- 4.469	- 3.942
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	- 2.777	562
Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	1.908	- 1.139
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	- 869	- 577
Anfangsbestand an Finanzmitteln	4.558	5.136
Liquide Mittel	3.690	4.558

Der Rückgang des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit resultiert vor allem aus geringeren Einzahlungen aus der Gewerbesteuer und Verwahrgeldern sowie gestiegenen Personalaufwendungen.

Die Verschlechterung des Saldos aus der Investitionstätigkeit ist im Wesentlichen durch geringere Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen verursacht.

Der Anstieg des Saldos aus Finanzierungstätigkeit ist auf die Aufnahme weiterer Darlehen zurückzuführen.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

3.2 Analyse auf Basis der Finanzplanung

Im Folgenden werden der fortgeschriebene Ansatz und das Ist-Ergebnis für das Haushaltsjahr 2014 gegenübergestellt.

	Fortge- schriebener Ansatz	Ist- Ergebnis	Vergleich Ist- Ergebnis/Fort- geschriebener Ansatz
	T€	T€	T€
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.424	1.692	- 732
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2.238	2.744	+ 506
Einzahlungen Veräußerung Sachanlagen	683	715	+ 32
Einzahlungen aus Beiträgen/ähnlichen Entgelten	684	564	- 120
Sonstige Investitionseinzahlungen	6	27	+ 21
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.611	4.050	+ 439
Auszahlungen Erwerb Grundstücke/Gebäude	1.861	1.114	- 747
Auszahlungen Baumaßnahmen	9.488	5.288	- 4.200
Auszahlungen Erwerb bewegliches Vermögen	3.243	1.901	- 1.342
Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	428	144	- 284
Sonstige Investitionsauszahlungen	94	72	- 22
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	15.114	8.519	- 6.595
Saldo aus der Investitionstätigkeit	- 11.503	- 4.469	+ 7.034
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	- 9.079	- 2.777	+ 6.302
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	8.957	3.071	- 5.886
Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0	14.000	+ 14.000
Tilgung und Gewährung von Darlehen	1.120	1.164	+ 44
Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0	14.000	+ 14.000
Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	7.837	1.908	- 5.929
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmittel	- 1.243	- 869	+ 374
Anfangsbestand an Finanzmitteln	4.558	4.558	0
Liquide Mittel	3.316	3.690	+ 374

Die Liquiditätslage hat sich positiver entwickelt als erwartet. Die hohen Abweichungen zwischen den Plan- und Ist-Werten sind im Bereich des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit im Wesentlichen auf die geringeren Einzahlungen aus der Gewerbesteuer zurückzuführen.

Unter dem Saldo aus der Investitionstätigkeit resultiert der Anstieg aus den gesunkenen Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, für Baumaßnahmen sowie für den Erwerb von beweglichem Vermögen, da Maßnahmen nicht durchgeführt bzw. nicht vollständig abgeschlossen wurden.

Darüber hinaus gab es Abweichungen im Saldo aus der Finanzierungstätigkeit, da eine geplante Kreditaufnahme für Investitionen nicht vollständig notwendig war.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

E. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer auftragsgemäßen Prüfung haben wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 nebst Anhang und den Lagebericht der Stadt Oelde mit dem folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

„Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

An die Stadt Oelde:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung, die Inventur, das Inventar, die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und den Lagebericht der Stadt Oelde für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars und der Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 101 Abs. 1 GO NRW und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht einschließlich des im Prüfungsbericht wiedergegebenen Bestätigungsvermerks erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Prüfungsstandard zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450). Eine Verwendung des zuvor wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung.

Münster, am 30. September 2015

Concunia GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Jürgens
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Schlussbilanz der Stadt Oelde zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31.12.2014 in EUR	31.12.2013 in EUR	Differenz
1. Anlagevermögen	221.895.903,10	222.211.929,87	-316.026,77
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	138.819,77	120.327,28	18.492,49
1.2 Sachanlagen	207.756.348,72	208.526.753,34	-770.404,62
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	24.968.005,53	24.668.758,37	299.247,16
1.2.1.1 Grünflächen	19.595.134,96	19.242.174,95	352.960,01
1.2.1.2 Ackerland	3.144.381,86	3.198.256,79	-53.874,93
1.2.1.3 Wald, Forsten	425.566,33	425.404,25	162,08
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	1.802.922,38	1.802.922,38	0,00
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	56.620.491,68	58.003.457,08	-1.382.965,40
1.2.2.1 Kinder und Jugendeinrichtungen	892.817,55	909.194,90	-16.377,35
1.2.2.2 Schulen	31.317.707,14	32.263.152,22	-945.445,08
1.2.2.3 Wohnbauten	3.976.418,14	4.070.287,37	-93.869,23
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	20.433.548,85	20.760.822,59	-327.273,74
1.2.3 Infrastrukturvermögen	112.044.514,29	112.748.416,57	-703.902,28
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	16.246.450,99	17.330.680,24	-1.084.229,25
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1.215.049,52	1.221.685,07	-6.635,55
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanl.	0,00	0,00	0,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	55.751.100,18	55.874.422,25	-123.322,07
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanl.	38.102.412,58	37.578.561,24	523.851,34
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	729.501,02	743.067,77	-13.566,75
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	3.663.174,49	3.553.434,97	109.739,52
1.2.5 Kunstgegenstände	3,00	3,00	0,00
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.986.284,80	3.010.854,11	975.430,69
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattungen	2.510.527,53	1.991.402,19	519.125,34
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	3.963.347,40	4.550.427,05	-587.079,65
1.3 Finanzanlagen	14.000.734,61	13.564.849,25	435.885,36
1.3.1 Anteile an verbundenden Unternehmen	10.690.900,00	9.770.900,00	920.000,00
1.3.2 Beteiligungen/Übrige Beteiligungen	59.432,59	60.182,59	-750,00
1.3.3 Sondervermögen	1.920.574,31	2.297.770,67	-377.196,36
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	237.617,94	272.756,73	-35.138,79
1.3.5 Ausleihungen	1.092.209,77	1.163.239,26	-71.029,49
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00
1.3.5.2 an Beteiligungen	172.961,25	172.961,25	0,00
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	919.248,52	990.278,01	-71.029,49
2. Umlaufvermögen	12.011.148,86	11.742.917,01	268.231,85
2.1. Vorräte	2.793.754,50	2.351.989,49	441.765,01
2.1.1 Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	2.793.754,50	2.351.989,49	441.765,01
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.527.703,95	4.832.434,45	695.269,50
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Ford. und Ford. aus Transferleistungen	3.184.518,03	2.637.367,06	547.150,97
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	2.329.144,75	2.195.067,39	134.077,36
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	14.041,17	0,00	14.041,17
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
2.4 Liquide Mittel	3.689.690,41	4.558.493,07	-868.802,66
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	1.980.234,37	1.056.298,57	923.935,80
Summe Aktiva	235.887.286,33	235.011.145,45	876.140,88

Passiva	31.12.2014 in EUR	31.12.2013 in EUR	Differenz
1. Eigenkapital	72.870.102,23	73.616.351,37	-746.249,14
1.1 Allgemeine Rücklage	72.139.234,15	71.549.873,41	589.360,74
1.2 Sonderrücklage	0,00	0,00	0,00
1.3 Ausgleichsrücklage	2.066.477,96	1.210.713,16	855.764,80
1.4 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.335.609,88	855.764,80	-2.191.374,68
2. Sonderposten	84.297.274,44	84.691.035,96	-393.761,52
2.1 für Zuwendungen	49.607.012,54	48.697.396,07	909.616,47
2.2 für Beiträge	33.611.101,55	35.080.323,97	-1.469.222,42
2.3 für den Gebührenaussgleich	966.380,59	912.958,07	53.422,52
2.4 Sonstige Sonderposten	112.779,76	357,85	112.421,91
3. Rückstellungen	31.949.967,18	30.485.303,33	1.464.663,85
3.1 Pensionsrückstellungen	30.144.229,00	28.374.267,20	1.769.961,80
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00	0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	474.257,98	568.659,90	-94.401,92
3.4 Sonstige Rückstellungen	1.331.480,20	1.542.376,23	-210.896,03
4. Verbindlichkeiten	46.268.010,90	45.897.442,78	370.568,12
4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	39.736.358,75	37.942.181,93	1.794.176,82
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
4.2.2 von Beteiligungen	0,00	42.145,64	-42.145,64
4.2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	14.141,07	-14.141,07
4.2.5 von Kreditinstituten	39.736.358,75	37.885.895,22	1.850.463,53
4.3 Verbindlichk. aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	83.824,84	81.735,84	2.089,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.202.222,41	1.619.155,73	-416.933,32
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	384.415,02	136.786,76	247.628,26
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	575.978,02	806.547,13	-230.569,11
4.8 Erhaltene Anzahlungen	4.285.211,86	5.311.035,39	-1.025.823,53
5. Passive Rechnungsabgrenzung	501.931,58	321.012,01	180.919,57
Summe Passiva	235.887.286,33	235.011.145,45	876.140,88

235.887.286,33 €

- €

Ergebnisrechnung 2014 der Stadt Oelde

Nr.	Beschreibung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3 J. Sp. 2)
		EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	38.740.200,10	40.507.000,00	39.677.989,90	- 829.010,10
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.549.724,89	6.383.185,00	7.034.638,21	651.453,21
3	Sonstige Transfererträge	1.656.758,76	851.711,00	890.902,41	39.191,41
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.119.020,87	12.500.333,00	13.854.691,26	1.354.358,26
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.290.413,73	410.400,00	920.439,36	510.039,36
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.745.867,97	2.450.650,00	2.028.402,35	- 422.247,65
7	Sonstige ordentliche Erträge	2.651.175,73	2.047.045,00	2.346.296,75	299.251,75
8	Aktiviert Eigenleistungen	56.523,82	-	102.600,96	102.600,96
9	Bestandsveränderungen	-	-	-	-
10	Ordentliche Erträge	65.809.685,87	65.150.324,00	66.855.961,20	1.705.637,20
11	Personalaufwendungen	14.625.379,05	15.393.888,00	15.550.512,40	156.624,40
12	Versorgungsaufwendungen	1.732.531,99	1.470.000,00	1.976.638,09	506.638,09
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.183.242,52	14.103.532,00	13.532.470,24	- 571.061,76
14	Bilanzielle Abschreibungen	7.501.320,11	7.314.733,00	7.649.676,40	334.943,40
15	Transferaufwendungen	23.963.865,38	26.068.550,00	26.440.617,85	372.067,85
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.746.014,08	1.961.541,56	2.140.439,88	178.898,32
17	Ordentliche Aufwendungen	63.752.353,13	66.312.244,56	67.290.354,86	978.110,30
18	Ordentliches Ergebnis	2.057.332,74	- 1.161.920,56	- 434.393,66	727.526,90
19	Finanzerträge	325.013,95	291.100,00	500.585,10	209.485,10
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.526.581,89	1.460.100,00	1.401.801,32	- 58.298,68
21	Finanzergebnis	- 1.201.567,94	- 1.169.000,00	- 901.216,22	267.783,78
22	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	855.764,80	- 2.330.920,56	- 1.335.609,88	995.310,68
23	Außerordentliche Erträge	-	-	-	-
24	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-
25	Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-
26	Jahresergebnis	855.764,80	- 2.330.920,56	- 1.335.609,88	995.310,68
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträge und Aufwendungen mit der allg. Rücklage					
27	Verrechnete Ertr. bei Vermögensgegenst.	134.734,27		133.985,19	
28	Verrechnete Ertr. bei Finanzanlagen			920.000,00	
29	Verrechnete Aufw. bei Vermögensgegenst.	- 262.626,18		87.428,09	
30	Verrechnete Aufw. bei Finanzanlagen	1.577.854,31		377.196,36	
31	Verrechnungssaldo	- 1.180.493,86 €	- €	589.360,74 €	- €

Finanzrechnung 2014 der Stadt Oelde

Nr.	Beschreibung	Ergebnis des Vorjahres 2013	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3 / Sp. 2)
		EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	38.771.956,60	40.507.000,00	38.600.918,15	- 1.906.081,85
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.543.714,75	4.576.281,00	4.107.379,02	- 468.901,98
3	Sonstige Transfereinzahlungen	20.371.747,97	851.711,00	18.034.562,72	17.182.851,72
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.946.468,73	10.692.415,00	12.561.966,94	1.869.551,94
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	452.871,40	410.400,00	469.407,34	59.007,34
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.355.027,52	2.450.650,00	1.827.459,95	- 623.190,05
7	Sonstige Einzahlungen	1.953.387,41	1.687.650,00	1.743.567,03	55.917,03
8	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	309.793,51	291.100,00	488.767,72	197.667,72
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	78.704.967,89	61.467.207,00	77.834.028,87	16.366.821,87
10	Personalauszahlungen	13.254.149,91	14.220.468,00	14.122.693,08	- 97.774,92
11	Versorgungsauszahlungen	1.337.676,44	1.470.000,00	1.484.107,73	14.107,73
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	13.382.158,56	13.892.460,00	13.731.813,45	- 160.646,55
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	1.434.329,63	1.460.100,00	1.505.099,74	44.999,74
14	Transferauszahlungen	42.842.316,37	26.068.550,00	43.441.171,85	17.372.621,85
15	Sonstige Auszahlungen	1.950.775,56	1.931.365,00	1.856.677,71	- 74.687,29
16	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	74.201.406,47	59.042.943,00	76.141.563,56	17.098.620,56
17	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.503.561,42	2.424.264,00	1.692.465,31	- 731.798,69
18	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2.936.626,59	2.238.350,00	2.744.115,77	505.765,77
19	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.542.741,57	682.600,00	714.849,78	32.249,78
20	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-	-	-	-
21	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.778.548,00	684.000,00	563.947,34	- 120.052,66
22	Sonstige Investitionseinzahlungen	49.238,43	6.000,00	27.417,75	21.417,75
23	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.307.154,59	3.610.950,00	4.050.330,64	439.380,64
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3.303.086,73	1.861.000,00	1.114.488,72	- 746.511,28
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.833.350,19	9.488.175,26	5.288.150,28	- 4.200.024,98
26	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.202.727,46	3.243.004,11	1.900.869,37	- 1.342.134,74
27	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	1.510.750,00	-	-	-
28	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	391.327,47	428.000,00	143.600,00	- 284.400,00
29	Sonstige Investitionsauszahlungen	7.596,08	94.200,00	72.255,55	- 21.944,45
30	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.248.837,93	15.114.379,37	8.519.363,92	- 6.595.015,45
31	Saldo aus Investitionstätigkeit	- 3.941.683,34	- 11.503.429,37	- 4.469.033,28	7.034.396,09
32	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	561.878,08	- 9.079.165,37	- 2.776.567,97	6.302.597,40
33	Aufnahme und Rückflüsse aus Darlehn	2.061.701,64	8.956.586,00	3.071.442,85	- 5.885.143,15
34	Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	5.000.000,00	-	14.000.000,00	14.000.000,00
35	Tilgung und Gewährung von Darlehn	3.200.738,83	1.120.000,00	1.163.677,54	43.677,54
36	Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	5.000.000,00	-	14.000.000,00	14.000.000,00
37	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 1.139.037,19	7.836.586,00	1.907.765,31	- 5.928.820,69
38	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	- 577.159,11	- 1.242.579,37	- 868.802,66	373.776,71
39	Anfangsbestand an Finanzmitteln (Stand: 01.01.13)	5.135.652,18	4.558.493,07	4.558.493,07	-
40	Bestand an fremden Finanzmitteln				
41	Liquide Mittel	4.558.493,07	3.315.913,70	3.689.690,41	373.776,71

Anhang

Anhang zum Jahresabschluss 2014 der Stadt Oelde

I. Vorbemerkungen

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Stadt Oelde wurde nach § 37 der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, der Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie den Maßgaben der GemHVO NRW entsprechend aufgestellt.

Die Stadt Oelde hat gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW zum Jahresabschluss einen erläuternden Anhang zu erstellen. Es gelten dabei die allgemeinen Grundsätze zum Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 44 GemHVO NRW. Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitspiegel gemäß §§ 45 bis 47 GemHVO NRW beigefügt.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) stellt ein auf die Verhältnisse und Anforderungen der Kommunen angepasstes System der kaufmännischen doppelten Buchführung dar. Bei dessen konzeptioneller Erarbeitung wurde auf die kaufmännischen Buchführungs- und Bilanzierungsregelungen als Referenzmodell Bezug genommen. In den Fällen, in denen sich die neuen kommunalrechtlichen Regelungen lückenhaft oder als nicht hinreichend konkretisiert erwiesen haben, fanden die einschlägigen handels- und steuerrechtlichen Bestimmungen entsprechende Anwendung.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Stadt hat im Haushaltsjahr 2014 die allgemeinen Bewertungsanforderungen des § 32 GemHVO NRW erfüllt. Die Bilanz enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten. Die jeweiligen Bilanzansätze sind zum Bilanzstichtag vorsichtig und grundsätzlich einzeln ermittelt worden.

Die Vermögenszugänge des laufenden Jahres erfolgten zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden unter Anwendung der kommunalrechtlichen Nutzungsdauern planmäßig linear abgeschrieben. Für den Aufwuchs in den Parkanlagen wurde ein Festwert gebildet. Bis zum 31.12.2013 wurde auch für die Dienstkleidung der Feuerwehr ein Festwert gebildet, ab 2014 wird nach den allgemeinen Bewertungsgrundsätzen gehandelt. Bei geringwertigen Vermögensgegenständen bis 410,- Euro ohne Umsatzsteuer ist von der Möglichkeit der Sofortabschreibung im Jahr des Zugangs Gebrauch gemacht worden (vgl. § 33 Abs. 4 GemHVO NRW).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit Nennbeträgen bilanziert worden. Den Ausfallrisiken wurde durch Pauschal- und Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Erforderliche Abschreibungen wurden bei Notwendigkeit vorgenommen.

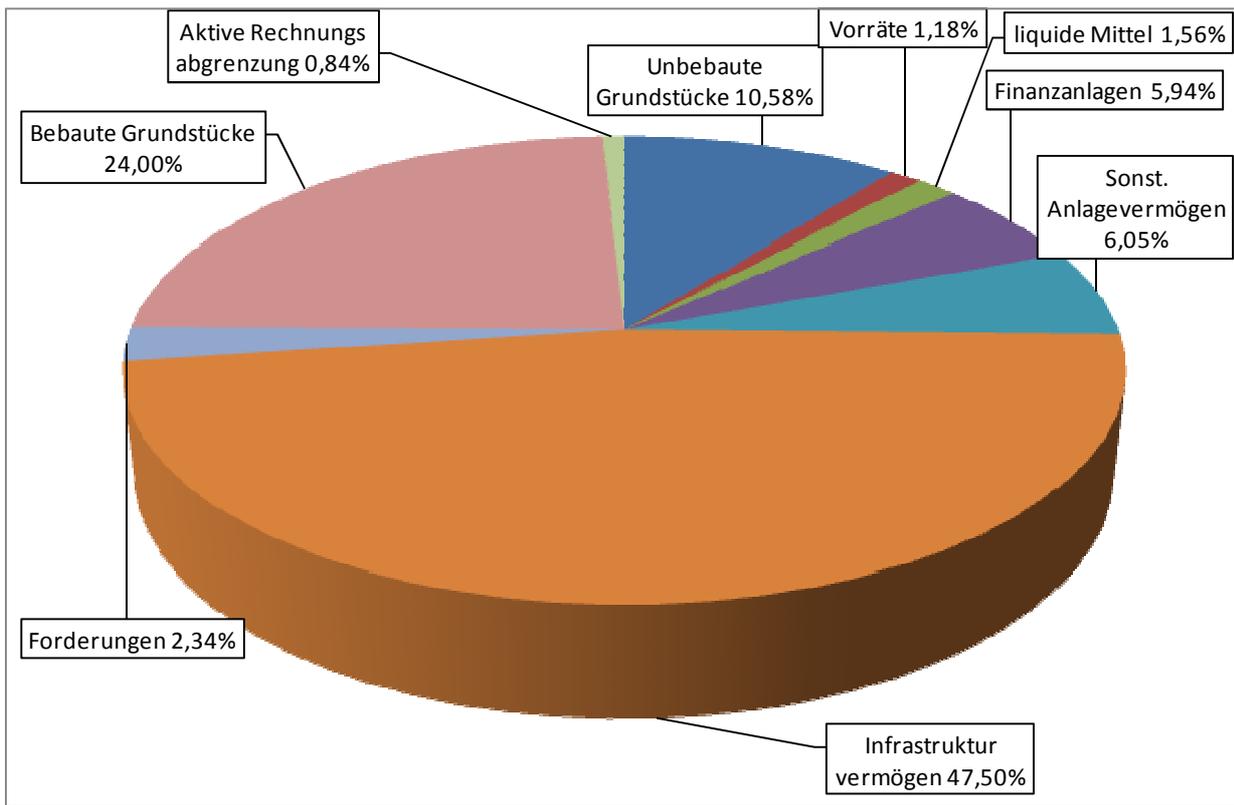
Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgte zu den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. mit dem Erinnerungswert.

Zugänge zu den Sonderposten sind mit den Nennbeträgen passiviert.

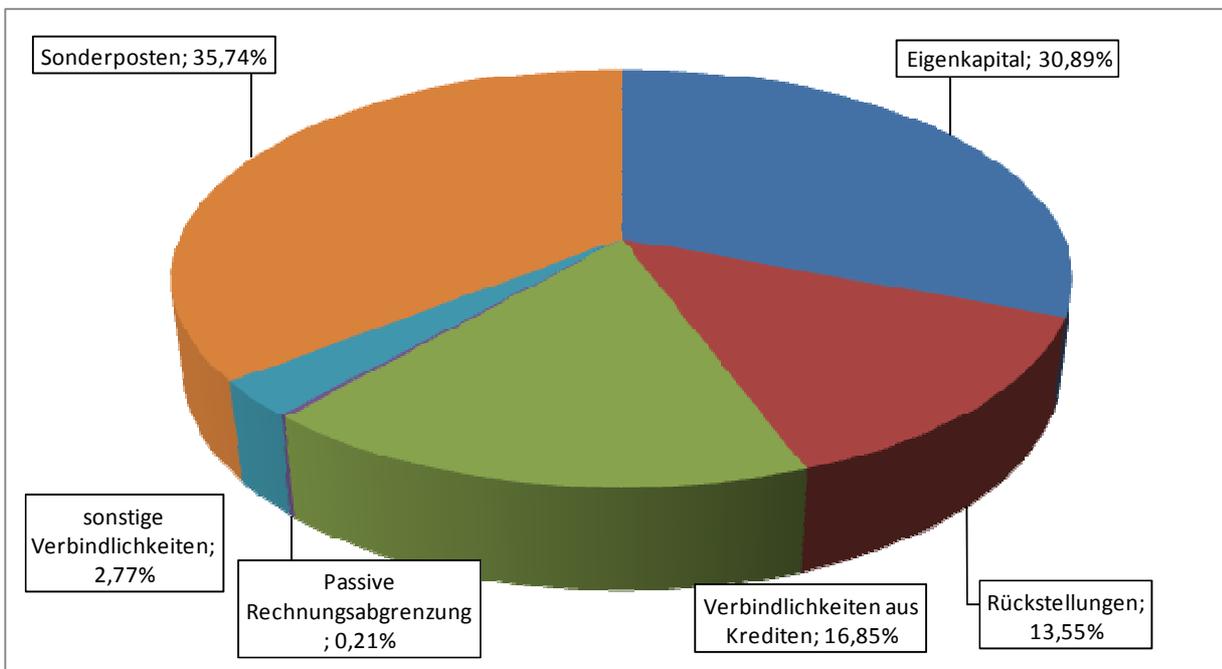
Durch die Bildung von Rückstellungen gem. § 36 GemHVO NRW wurde den am Bilanzstichtag bestehenden und bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen wurden im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Der Ansatz der Verbindlichkeiten erfolgte mit dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Bilanzstruktur - Aktiva -



Bilanzstruktur - Passiva -



II. Aktiva**1. Anlagevermögen**

Im Anlagevermögen sind nur Vermögensgegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, der Gemeinde dauernd zu dienen. Das Anlagevermögen umfasst immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen. Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zu diesem Anhang dargestellt.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
221.985.903,10 EUR	222.211.929,87 EUR	-316.026,77 EUR

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter den immateriellen Vermögensgegenständen sind physisch nicht greifbare Werte auszuweisen. Hierzu gehören die EDV-Software und die entsprechenden Lizenzen und Konzessionen.

Eine Aktivierung immaterieller Vermögensgegenstände wurde gem. § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur vorgenommen, wenn diese entgeltlich von Dritten erworben wurden. Für selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände besteht ein Aktivierungsverbot.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
138.819,77 EUR	120.327,28 EUR	18.492,49 EUR

1.2 Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen umfasst alle Vermögensgegenstände, die gem. § 33 Abs. 1 Satz 2 GemHVO NRW dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung zu dienen. Die Investitionen in Sachanlagen betrafen im Wesentlichen den Bereich der Schulen und das Infrastrukturvermögen.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
207.756.348,72 EUR	208.526.753,34 EUR	- 770.404,62 EUR

Das Sachanlagevermögen macht 88,0 % der Bilanzsumme aus.

1.2.1 Unbebaute Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
24.968.005,53 EUR	24.668.758,37 EUR	299.247,16 EUR

Wesentliche Veränderungen der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Anlagenspiegel > 100.000,00 EUR			
	Bezeichnung	Betrag	Erläuterung
Zugänge	Ackerland	123.693,07 EUR	Grunderwerb
Umbuchungen	Grünflächen	+ 550.444,73 EUR	Änderung der Nutzungsart von Acker- auf Grünfläche, Aktivierung Kunstrasenplatz Lette
	Ackerland	- 270.599,72 EUR	Änderung der Nutzungsart von Acker- auf Grünfläche, Änderung Nutzungsart Gebäude und Freifläche

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Hierunter fallen Grund und Boden, Gebäude sowie Aufbauten und Betriebsvorrichtungen.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
56.620.491,68 EUR	58.003.457,08 EUR	- 1.382.965,40 EUR

Wesentliche Veränderungen der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Anlagenspiegel > 100.000,00 EUR			
	Bezeichnung	Betrag	Erläuterung
Umbuchungen	Sonstige Dienst- und Geschäftsgebäude	187.767,65 EUR	Erwerb Hofstelle im Gewerbegebiet A2 (Korrektur), Aktivierung Neubau Carport an der Feuerwehr- und Rettungswache

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Zum Infrastrukturvermögen gehören die Entwässerungseinrichtungen, Straßen, Wege und Plätze sowie Maschinen, Fahrzeuge und Betriebsausstattungen.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
112.044.514,29 EUR	112.748.416,57 EUR	- 703.902,28 EUR

Wesentliche Veränderungen der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Anlagenspiegel > 100.000,00 EUR			
	Bezeichnung	Betrag	Erläuterung
Zugang	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	33.547,05 EUR	Erneuerung Wehrtafeln Mühlensee
		13.671,13 EUR	Druckleitung Klärwerk
		15.829,73 EUR	Kanalerneuerung Hindenburgstraße
		26.174,49 EUR	Aktivierete Eigenleistungen
	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkung	57.130,97 EUR	Straßen Gewerbegebiet A2
		34.461,96 EUR	Straßen im Baugebiet südwestlich zur Polterkuhle
		99.478,00 EUR	K30n Neubau Anteil der Stadt (nachträgliche Herstellungskosten vor Übergang der Straßenbaulast an Kreis Warendorf)
	81.541,65 EUR	Sudbergweg (Übernahme der Straßenbaulast von Kreis Warendorf)	
Abgänge	Grund und Boden Infrastrukturvermögen	609.432,03 EUR	Wechsel der Straßenbaulast K30n (Abgabe an Kreis Warendorf)
	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkung	346.800,89 EUR	Wechsel der Straßenbaulast K30n (Abgabe an Kreis Warendorf)

Umbuchungen	Grund und Boden Infrastrukturvermögen	-547.031,58 EUR	Umbuchung in das Umlaufvermögen - Aufgabe der Bewertung als Anlagevermögen
	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	482.463,73 EUR	Aktivierung Hochwasserrückhaltebecken Westernfeld
		166.416,65 EUR	Aktivierung Kanalbau Südl. Herzebrocker Str. (Lette) - II. Bauabschnitt
		159.656,70 EUR	Aktivierung Herstellung RRB Nonnenbach
		392.420,65 EUR	Aktivierung Kanal Otfried-Preußler und Astrid-Lindgren Str.
		108.195,91 EUR	Aktivierung Baumaßnahme Kanal Simmeriss
	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkung	1.790.825,93 EUR	Aktivierung Straßenbau Am Landhagen
		1.251.906,52 EUR	Aktivierung Straßenbau Zum Sundern
		214.627,68 EUR	Aktivierung Straßenbau Südl. Herzebrocker Str. (Lette) I. Bauabschnitt
		151.682,97 EUR	Aktivierung Straßenbau Südl. Herzebrocker Str. (Lette)- II. Bauabschnitt
		72.385,64 EUR	Aktivierung technische Anlagen Marktplatz Stromberg

1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
3.663.174,49 EUR	3.553.434,97 EUR	109.739,52 EUR

1.2.5 Kunstgegenstände

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
3,00 EUR	3,00 EUR	0,00 EUR

1.2.6 Maschinen u. technische Anlagen, Fahrzeuge

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
3.986.284,80 EUR	3.010.854,11 EUR	975.430,69 EUR

Wesentliche Veränderungen der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Anlagenspiegel > 100.000,00 EUR			
	Bezeichnung	Betrag	Erläuterung
Zugang	Maschinen, techn. Anlagen und Fahrzeuge	401.791,68 EUR	Diverse Gerätschaften und Fahrzeuge für alle Bereiche
Umbuchung	Maschinen, techn. Anlagen und Fahrzeuge	417.687,02 EUR	Aktivierung HLF 20 Feuerwehr
		209.984,50 EUR	Aktivierung RTW Feuer- und Rettungswache
		345.179,71 EUR	Erneuerung Niederspannungshauptverteilung Klärwerk

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören z.B. Ausstattungen der Klassenräume, Einrichtungen der Kitas, Feuerwehrausrüstung und Büroausstattungen. Die geringfügigen Wirtschaftsgüter (Wert unter 410 EUR) werden nicht als Anlagevermögen gebucht. Geringfügige Wirtschaftsgüter wurden in 2014 in Höhe von 146.832,13 EUR als Aufwand verbucht.

Für das Jahr 2014 wurden die Zugänge und Abgänge der geringwertigen Wirtschaftsgüter im Anlagenspiegel entsprechend der rechtlichen Vorgaben dargestellt. Die Anschaffungskosten wurden in einer Summe als Abgang dargestellt. Die (historischen) Anschaffungskosten (aus Vorjahren) bleiben softwarebedingt bestehen.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
2.510.527,53 EUR	1.991.402,19 EUR	519.125,34 EUR

Wesentliche Veränderungen der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Anlagenspiegel > 100.000,00 EUR			
	Bezeichnung	Betrag	Erläuterung
Zugang	Betriebs- und Geschäftsausstattung	564.572,48 EUR	Diverse Ausstattungs- gegenstände für alle Bereiche
Umbuchung	Betriebs- und Geschäftsausstattung	244.494,97 EUR	Aktivierung Ausstattung Naturwissenschaft Thomas-Morus- Gymnasium

1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Unter dieser Position werden alle Vermögenswerte erfasst, die zum Bilanzstichtag noch nicht in Betrieb genommen wurden bzw. für die bereits Anzahlungen geleistet wurden.

Die Aktivierung, d.h. die Übernahme in das Anlagevermögen erfolgt mit der endgültigen Herstellung bzw. mit dem Eigentumsübergang auf die Stadt Oelde. Bilanztechnisch handelt es sich hier um einen Aktivtausch, der Bilanzsumme und die Ergebnisrechnung unverändert lässt.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
3.963.347,40 EUR	4.550.427,05 EUR	-587.079,65 EUR

Wesentliche Veränderungen der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Anlagenspiegel > 100.000,00 EUR			
	Bezeichnung	Betrag	Erläuterung
Zugang	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	400.000,00 EUR	Anzahlung Baugebiet Stromberg
		100.931,98 EUR	Radweg B61 - Gründerwerb für den Bau des Radweges
		363.147,89 EUR	Erweiterung Feuerwehr Ahmenhorst
		490.842,03 EUR	Neubau der Feuer- und Rettungswache Wiedenbrücker Straße
		447.625,67 EUR	Kunstrasenplatz Lette
		254.443,23 EUR	Lärmschutzwall
		209.984,50 EUR	RTW

		15.197,36 EUR	Frei- und Außenspielfläche TMG
		981.024,18 EUR	Straßenendausbau Zum Sundern
		214.627,68 EUR	Straßenendausbau Neubaugebiet Lette I. Bauabschnitt
		108.760,47 EUR	Straßenendausbau Neubaugebiet Lette II. Bauabschnitt
		1.641.843,55 EUR	Straßenendausbau Am Landhagen
		33.915,17 EUR	Herstellung RRB Nonnenbach
		76.216,65 EUR	Maßnahmen zur Vorbereitung Hochwasserschutz
		244.494,97 EUR	Ausstattung Naturwissenschaft Thomas-Morus-Gymnasium
Umbuchung	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	-6.571.706,84 EUR	Aktivierung diverser Maßnahmen - siehe weitere Bilanzpositionen (Umbuchungen)

1.3 Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden die Werte angesetzt, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken dienen. Daher werden hier u.a. wirtschaftliche Unternehmen der Stadt Oelde (incl. Sondervermögen) sowie die damit zusammenhängenden Ausleihungen und die Wertpapiere des Anlagevermögens angesetzt.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
14.000.734,61 EUR	13.564.849,25 EUR	435.885,36 EUR

Wesentliche Veränderungen der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Anlagenspiegel > 100.000,00 EUR			
	Bezeichnung	Betrag	Erläuterung
Zugang	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	920.000,00 EUR	Zuschreibung auf die Finanzanlage WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH (Wertaufholung)
Abgang	kvw Versorgungsfonds	35.138,79 EUR	Wertanpassung
	Eigenbetrieb Forum Oelde	377.196,36 EUR	Wertanpassung
Umbuchung	KoPart eG	-750,00 EUR	Ausweisänderung des Genossenschaftsanteil - Neu: sonstige Ausleihung

- 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen. Ausgewiesen wird die 100 %ige Beteiligung der Stadt an der WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH.
- 1.3.2 Beteiligungen / Übrige Beteiligungen. Ausgewiesen werden die 40%ige Beteiligung an der AUREA DAS A2 WIRTSCHAFTSZENTRUM GmbH, die 25,1 %ige Beteiligung an der Krumtüngr Entsorgung GmbH.
- 1.3.3 Als Sondervermögen wird die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Forum Oelde ausgewiesen.
- 1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens. Ausgewiesen werden Anteile der Stadt Oelde am Versorgungsfonds der Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände.
- 1.3.5 Ausleihungen
 - 1.3.5.2 Ausleihungen an Beteiligungen. Hierbei handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen an die AUREA GmbH.
 - 1.3.5.3 Ausleihungen an Sondervermögen (entfällt)
 - 1.3.5.4. Sonstige Ausleihungen. Bei den sonstigen Ausleihungen handelt es sich um langfristige Forderungen der Stadt, die durch Vergabe von Darlehen erworben wurden. Hierbei handelt es sich um folgende Darlehen, die sich durch ordentliche, wie auch durch außerordentliche Tilgungen im Laufe des Jahres reduzieren:

Familienzusatzdarlehen als Wohnungsbaudarlehen		
	Anzahl	Betrag
2013	53	55.071,76 EUR
2014	34	34.379,83 EUR
Darlehen für den sozialen Wohnungsbau		
	Anzahl	Betrag
2013	10	924.675,86 EUR
2014	9	877.018,77 EUR

Arbeitgeberdarlehen		
	Anzahl	Betrag
2013	6	7.156,21 EUR
2014	6	3.816,36 EUR

Wohnungsbaudarlehen		
	Anzahl	Betrag
2013	1	3.374,18 EUR
2014	1	3.283,56 EUR

Weiter wird der Geschäftsanteil an der KoPart eG (750,00 EUR) als sonstige Ausleihung bilanziert.

2. Umlaufvermögen

Zum Umlaufvermögen gehören Vorräte, Forderungen und liquide Finanzmittel der Stadt Oelde zum Bilanzstichtag.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
12.011.148,86 EUR	11.742.917,01 EUR	268.231,85 EUR

2.1 Vorräte/Waren

Durch die Vorschriften wird definiert, dass in der gemeindlichen Bilanz nur die Gegenstände als Anlagevermögen auszuweisen sind, die dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung der Stadt zu dienen. Dazu gehören alle Vermögensgegenstände der Stadt, deren Zweckbestimmung darin besteht, dem Geschäftsbetrieb der Stadt dauernd zu dienen. Dies bedeutet, dass Vermögensgegenstände nur dann dem Anlagevermögen zuzurechnen sind, wenn sie der Stadt über mehrere Jahre „dienen“, mindestens aber über ein Jahr hinaus zum Vermögen der Stadt zu zählen sind.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurden die aktuell zur Veräußerung stehenden Immobilien und die zum Verkauf anstehenden Grundstücke unter den Waren in den Vorräten ausgewiesen.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
2.793.754,50 EUR	2.351.989,49 EUR	441.765,01 EUR

2.2 Forderungen

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen Steuern und Gebühren. Das Ausfallrisiko sowie die Unsicherheiten sind durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
5.527.703,95 EUR	4.832.434,45 EUR	695.269,50 EUR

Hiervon sind öffentlich-rechtliche Forderungen
 wie z.B. ausstehende Steuern, Gebühren und Beiträge..... 3.184.518,03 EUR

und privatrechtliche Forderungen wie z.B. Mieten,
 Käuferlöse, offene Personalkostenerstattungen..... 2.329.144,75 EUR

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden im Berichtsjahr um 547.150,97 EUR erhöht.
 Die privatrechtlichen Forderungen erhöhten sich um insgesamt 134.077,36 EUR.

Eine Gesamtübersicht der Forderungen kann dem Forderungsspiegel entnommen werden,
 der als Anlage dem Anhang beigefügt ist.

2.4 Liquide Mittel

Zu den liquiden Mittel gehören das Guthaben auf den Girokonten, Bargeld und Schecks.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
3.689.690,41 EUR	4.558.493,07 EUR	-868.802,66 EUR

Trotz geringer als geplant ausfallender Einzahlungen aus Steuern (-1.906.081,85 EUR) konnte aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein positiver Saldo von 1.692.465,31 EUR (Vorjahr: 4.503.561,42 EUR) erzielt werden.

Bei den Investitionen ergibt sich ein Saldo von -4.469.033,28 EUR (Vorjahr: -3.941.683,34 EUR) und aus der Finanzierungstätigkeit ein positiver Saldo von 1.907.765,31 EUR (Vorjahr: -1.139.037,19 EUR).

Zur Finanzierung der Investitionen (teilweise) und der Tilgungen wurden die aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erzielten Finanzüberschüsse eingesetzt.

Zur Finanzierung der Investitionen war die Aufnahme eines Investitionskredits in Höhe von 3.000.000,00 EUR erforderlich. Per Saldo, unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgung, wurden die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen um 1.850.463,53 EUR erhöht.

Die Liquidität der Stadtkasse verringerte sich zum Bilanzstichtag um 868.802,66 EUR gegenüber dem Vorjahresschluss.

Kassenkredite bestanden zum 31.12.2014, nachdem sie unterjährig kurzfristig in Anspruch genommen werden mussten, nicht.

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.980.234,37 EUR	1.056.298,57 EUR	923.935,80 EUR

Unter dieser Position sind u.a. die bereits im Dezember für Januar zu überweisenden Gehälter für die Beamten bilanziert.

III. Passiva

1. Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht gemäß § 41 Abs. 4 GemHVO NRW aus der allgemeinen Rücklage, der Sonderrücklage, der Ausgleichsrücklage und dem Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag. Es stellt eine rechnerische Größe dar, welche aus dem Saldo von „Vermögen und Schulden“ resultiert.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
72.870.102,23 EUR	73.616.351,37 EUR	-746.249,14 EUR

1.1 Allgemeine Rücklage

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
72.139.234,15 EUR	71.549.873,41 EUR	589.360,74 EUR

Die Ergebnisrechnung 2014 weist ein Ergebnis in Höhe von -1.335.609,88 EUR (Vorjahr: +855.764,80 EUR) aus. Aufgrund der zum Jahresende vorhandenen Ausgleichsrücklage i.H.v. 2.066.477,96 EUR wird die geplante Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage im Haushaltsjahr 2014 nicht notwendig. Der Jahresfehlbetrag wird in voller Höhe mit der Ausgleichsrücklage verrechnet werden.

Gem. § 43 Abs. 3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 3 Satz 1 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Es wurde die vermögensbezogene Sichtweise berücksichtigt.

Im Jahresabschluss 2014 mussten folgende Verrechnungen vorgenommen werden:

Bezeichnung	Betrag	Bemerkung
Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	133.985,19 EUR	Wechsel der Straßenbaulast K30n (108.509,29 EUR), Grundstücksgeschäfte über Restbuchwert (11.764,22 EUR), Veräußerung Fahrzeuge über Restbuchwert (13.711,68 EUR)
Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	920.000,00 EUR	Zuschreibung auf die Finanzanlage WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH (Wertaufholung)
Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	87.428,09 EUR	Wechsel der Straßenbaulast K30n (40.039,65 EUR), Wertanpassung kww Versorgungsfonds (35.138,79 EUR), diverse Abgänge
Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	377.196,36 EUR	Wertanpassung Eigenbetrieb Forum Oelde
Verrechnungssaldo	589.360,74 EUR	

Im Saldo wurden +589.360,74 EUR mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Dies führt zu einer Erhöhung der Allgemeinen Rücklage. Bei Defiziten, die, wie in der Finanzplanung vorgesehen, über die vorhandene Ausgleichsrücklage hinausgehen, wird der (fiktive) Haushaltsausgleich dadurch erleichtert. Die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage ist als Anlage dargestellt.

1.2 Sonderrücklage

Die Stadt Oelde führt keine Sonderrücklage in ihrem Eigenkapital.

1.3 Ausgleichsrücklage

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
2.066.477,96 EUR	1.210.713,16 EUR	855.764,80 EUR

Der Ausgleichsrücklage wurde der Vor-Jahresüberschuss 2013 i.H.v. 855.764,80 EUR zugeführt.

1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
-1.335.609,88 EUR	855.764,80 EUR	-2.191.374,68 EUR

Die Bilanz weist das Jahresergebnis des Haushaltsjahres 2014 in Höhe von -1.335.609,88 EUR (Vorjahr: +855.764,80 EUR) aus. Der Jahresfehlbetrag wird mit der Ausgleichsrücklage verrechnet.

2. Sonderposten

Nach § 43 Abs. 5 GemHVO NRW wurden erhaltene Zuwendungen für Investitionen, die im Rahmen einer Zweckbindung gezahlt wurden, passivisch als Sonderposten ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der durch sie mitfinanzierten Vermögensgegenstände ergebniswirksam aufgelöst. Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen sind als Sonderposten für den Gebührenaussgleich anzusetzen, § 43 Abs. 6 GemHVO NRW.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
84.297.274,44 EUR	84.691.035,96 EUR	-393.761,52 EUR

Sonderposten für Zuwendungen	49.607.012,54 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Zugang	219.729,83 EUR
Abgang	96.999,50 EUR
Umbuchung.....	2.953.522,05 EUR
Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst.....	2.166.635,91 EUR
Sonderposten für Beiträge	33.611.101,55 EUR
davon:	
Sonderposten für Erschließungsbeiträge	14.603.810,48 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Zugang	285.688,46 EUR
Abgang	79.207,00 EUR
Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst.....	1.224.567,74 EUR
Sonderposten für KAG Beiträge.....	3.053.606,83 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Zugang	175.337,48 EUR
Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst.....	206.184,76 EUR
Sonderposten für Kanalanschlussbeiträge.....	15.953.684,24 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Zugang	121.809,38 EUR
Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst.....	429.208,77 EUR
Sonderposten für Gebührenausschleiche	966.380,59 EUR
davon:	
Sonderposten für den Gebührenausschleich	
Stadtentwässerung	922.173,31 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Zugang	38.779,46 EUR
Sonderposten für den Gebührenausschleich	
Abfallentsorgung.....	13.978,02 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Zugang	13.978,02 EUR
Sonderposten für den Gebührenausschleich Markt.....	17.350,90 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Zugang	5.587,88 EUR
Sonderposten für den Gebührenausschleich	
Kleinkläranlagen	12.878,36 EUR
<u>Veränderung im Berichtsjahr:</u>	
Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst.....	4.922,84 EUR

Der Gebührenhaushalt „Friedhof Lette“ wurde in 2014 nicht abgerechnet. Es ist jedoch, aufgrund der bewusst nicht kostendeckend festgesetzten Gebühren, davon auszugehen, dass hier eine Kostenunterdeckung besteht. Ob diese in Zukunft ausgeglichen werden soll, ist derzeit nicht bekannt.

Im Bereich des Gebührenhaushalts „Rettungsdienst“ besteht zum Jahresende 2014 noch ein Verlustvortrag von 41.731,57 EUR. Dieser soll in den Folgejahren ausgeglichen werden.

Sonstige Sonderposten 112.779,76 EUR
 davon:

Sonderposten für Stellplatzablöse..... 112.509,55 EUR

Veränderung im Berichtsjahr:

Zugang 0,00 EUR

Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst..... 3.020,15 EUR

Der Ausweis der Sonderposten für Stellplatzablöse erfolgt seit 2014 als sonstiger Sonderposten, bis einschließlich 2013 erfolgte er als Sonderposten für Beiträge.

Übrige sonstige Sonderposten 270,21 EUR

Veränderung im Berichtsjahr:

Zugang 0,00 EUR

Ertragswirksam wurden hiervon aufgelöst..... 87,64 EUR

3. Rückstellungen

Als Rückstellungen sind die Aufwendungen zu erfassen, die wirtschaftlich dem Haushaltsjahr zugerechnet werden müssen, wobei jedoch die genaue Höhe und der Zeitpunkt der Fälligkeit zum Bilanzstichtag nicht bekannt sind. Rückstellungen beruhen zum einen auf Verpflichtungen der Stadt gegenüber Dritten, und zum anderen auf Verpflichtungen der Stadt im Innenverhältnis. Eine genaue Übersicht der einzelnen Rückstellungen sowie deren Entwicklung im Berichtsjahr sind im beigefügten Rückstellungsspiegel dargestellt.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
31.949.967,18 EUR	30.485.303,33 EUR	1.464.663,85 EUR

3.1 Pensions- und Beihilferückstellungen

Nach § 36 GemHVO NRW sind Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften als Rückstellung anzusetzen. Zu diesen Rückstellungen gehören bestehende Versorgungsansprüche sowie sämtliche Anwartschaften und andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst. Der hier bilanzierte Betrag ist durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der Fa. Heubeck AG von der Westf.-Lippischen Versorgungskasse ermittelt worden. Für die Höhe der Versorgung wurden die zum 31.12.2014 maßgeblichen Werte gem. BesVerAnpG 2013/2014 NRW berücksichtigt.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilfeverpflichtungen erfolgt auf Grundlage von Kopfschadenstatistiken unter Berücksichtigung eines altersabhängig steigenden Schadenprofils. Mit den Wahrscheinlichkeitstabellen 2013 wurden die Kopfschadenstatistiken auf eine neue, erweiterte Datenbasis umgestellt. Da die neuen Statistiken insbesondere in höheren Altern einen signifikant anderen Verlauf aufweisen als die bisherigen Wahrscheinlichkeitstabellen war zum 31.12.2014 eine Bewertungsanpassung erforderlich. Durch die Umstellung erhöhen sich die Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen um Vergleich zum bisherigen Ansatz um durchschnittlich 3,1 %.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
30.144.229,00 EUR	28.374.267,20 EUR	1.769.961,80 EUR

In 2014 war eine Zuführung in Höhe von 1.861.775,80 EUR erforderlich. Eine Auflösung konnte durch Abgänge i.H.v. 91.814,00 EUR erfolgen. Eine Übersicht über die Aufteilung der Summe, und den Zu- und Abgängen im Jahr 2014 kann dem Rückstellungsspiegel entnommen werden, der als Anlage beigefügt ist.

3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten (entfällt)

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

Für unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
474.257,98 EUR	568.659,90 EUR	-94.401,92 EUR

Die Entwicklung der Instandhaltungsrückstellungen wird nachfolgend dargestellt:

Objekt	Bezeichnung	Stand	verbraucht/ aufgelöst	Stand
		01.01.2014		31.12.2014
Edith-Stein-Schule	Erneuerung Duschanlagen TH, Beseitigung Rotteranlage	20.000,00 €		20.000,00 €
Theodor-Heuss-Schule	Fortführung Sanierung Fenster und Fassade	94.401,92 €	94.401,92 €	0,00 €
Thomas-Morus- Gymnasium	Bestuhlung Aula	230.000,00 €		230.000,00 €
Pestalozzischule	Dachsanierung	25.000,00 €		25.000,00 €
Olympiahalle	Sanierung Hallenboden, Überarbeitung Kanalsystem	39.257,98 €		39.257,98 €
Von-Ketteler-Schule	Die Schulhoffläche ist abgängig. Tiefe Rillen sorgen bei Regenwetter für große Pfützenbildung. Kosten: 2000 m ² à 80 EUR.	160.000,00 €		160.000,00 €
		568.659,90 €	94.401,92 €	474.257,98 €

3.4 Sonstige Rückstellungen

Gebildet wurden Rückstellungen u.a. für bis zum Abschlussstichtag noch nicht genommenen Urlaub der Beschäftigten, Gleitzeitguthaben und Überstunden, für Prüfungsgebühren, für Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen sowie für gerichtsstreitige Besoldungsveränderungen der Beamten.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.331.480,20 EUR	1.542.376,23 EUR	-210.896,03 EUR

Seit 2013 werden die Erstattungsverpflichtungen der Stadt Oelde nach § 107b BeamtVG unter den sonstigen Rückstellungen (gem. IDW RS) und nicht mehr unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Einzelheiten können dem als Anlage beigefügten Rückstellungsspiegel entnommen werden.

4. Verbindlichkeiten

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
46.268.010,90 EUR	45.897.442,78 EUR	370.568,12 EUR

Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt rd. 19,6 % der Bilanzsumme. Der Anteil der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen beträgt 39.736.358,75 EUR und besteht gegenüber Kreditinstituten. Im Berichtsjahr wurde ein neues Darlehen in Höhe von 3.000.000,00 EUR aufgenommen. Der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Krediten von Kreditinstituten für Investitionen konnte jedoch durch ordentliche Tilgungen i.H.v. 1.149.536,47 EUR auf 1.850.463,53 EUR vermindert werden.

Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wurden im Laufe des Berichtsjahres nur kurzfristig aufgenommen. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kassenkredite.

Eine Gesamtübersicht der Verbindlichkeiten kann dem Verbindlichkeitspiegel entnommen werden, der als Anlage dem Anhang beigefügt ist.

5. Passive Rechnungsabgrenzung

Werden Einnahmen vor dem Stichtag erzielt, welche Ertrag für eine Zeit nach diesem darstellen, muss ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) gebildet werden. Passive Rechnungsabgrenzungsposten müssen beispielsweise gebildet werden, wenn Entgelte von Dritten im Voraus bezahlt werden. Dieser Posten dient der periodengerechten Abgrenzung der Erträge.

Bilanzausweis		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
501.931,58 EUR	321.012,01 EUR	180.919,57 EUR

Ausgewiesen werden u.a. die erhaltenen Grabstättennutzungsgebühren für den Friedhof Lette. Die Erhöhung der passiven Rechnungsabgrenzung in 2014 resultiert u.a. aus dem Wechsel der Straßenbaulast für die K30n und der Umbuchung von der Stadt Oelde zum Bau der Straße gewährten Zuschüssen.

6. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen in Form von Bürgschaften, die die Stadt für die Darlehen verschiedenster Institutionen und sozialer Einrichtungen übernommen hat. Die Haftungsverhältnisse sind nicht zu bilanzieren, da die Inanspruchnahme der Stadt durch den Gläubiger nicht zu erwarten ist. Der Gesamtbetrag der Bürgschaften ist unter dem Verbindlichkeitspiegel angegeben.

IV. Ergebnisrechnung

1. Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den kommunalen Steuern zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbsteuer, Grundsteuer A und B). Darüber hinaus werden hier die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer), die Landeszuwendungen für den Familienlastenausgleich und sonstige Steuern, z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer gebucht.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
39.677.989,90 EUR	38.740.200,10 EUR	937.789,80 EUR

2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zu den Zuwendungen zählen Zuweisungen und Zuschüsse. Zuweisungen sind Übertragungen finanzieller Mittel zwischen Gebietskörperschaften. Zuschüsse sind Übertragungen vom unternehmerischen und übrigen Bereich an Kommunen. Sie werden nicht ausdrücklich für die Durchführung von Investitionen geleistet. Beispiele sind Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land, sonstige allgemeine Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke. Auch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen fallen hierunter. Allgemeine Umlagen, werden vom Land oder von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden ohne Zweckbindung an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung des Finanzbedarfs aufgrund eines bestimmten Schlüssels geleistet.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
7.034.638,21 EUR	5.549.724,89 EUR	1.484.913,32 EUR

3. Sonstige Transfererträge

Unter sonstige Transfererträge fällt die Übertragung von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Solche Erträge treten vornehmlich im Sozialbereich auf und beinhalten z.B. die Rückzahlung von gewährten Hilfen, übergeleiteten Unterhaltsansprüchen oder aber auch Schuldendiensthilfen.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
890.902,41 EUR	1.656.758,76 EUR	-765.856,35 EUR

4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Unter öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten werden Verwaltungsgebühren aus der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen und Amtshandlungen, z.B. Passgebühren, Genehmigungsgebühren usw., erfasst. Auch Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte sowie zweckgebundene Abgaben für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen und für die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen, z.B. von Einrichtungen der Abwasserbeseitigung, werden hier erfasst. Auch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge und von Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden hier verbucht.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
13.854,691,26 EUR	13.119.020,87 EUR	735.670,39 EUR

5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Stadt Oelde beschafft ihre Finanzmittel nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW auch aus Entgelten für erbrachte Leistungen. Wenn diesen ein privates Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, z.B. bei Verkauf von Grundstücken, Mieten und Pachten, Eintrittsgeldern, sind diese als Erträge hier auszuweisen. Aber auch Erträge aus Erbbaurechtsverhältnissen gehören dazu.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
920.439,36 EUR	1.290.413,73 EUR	369.974,37 EUR

6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind solche, die von der Gemeinde aus der Erbringung von Gütern und Dienstleistungen für eine andere Stelle, die diese vollständig oder anteilig erstattet, erwirtschaftet werden. Der Erstattung liegt i.d.R. ein auftragsähnliches Verhältnis zu Grunde. Unerheblich ist, auf welcher Rechtsgrundlage die Erstattungspflicht beruht und ob die Erstattung die Kosten des Empfängers voll oder nur teilweise deckt. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern pauschal ermittelt und in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage. Dazu zählen jedoch nicht die Umlagen, die von Umlageverbänden zur allgemeinen Finanzierung ihres Haushalts erhoben werden. Es handelt sich im Wesentlichen um Kostenerstattungen für SGB-Leistungen, Grundsicherung und um Personalkostenerstattungen von WBO und Forum an die Stadt.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
2.028.402,35 EUR	2.745.867,97 EUR	717.465,62 EUR

7. Sonstige ordentliche Erträge

Als Auffangposten sind hier alle Erträge der Stadt Oelde, die nicht den anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind, z.B. ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder u.a.), Säumniszuschläge und dgl., Erträge aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften und Gewährverträgen, Verzinsung der Gewerbesteuer nach § 233 a AO, Konzessionsabgabe, erfasst worden. Aber auch Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (bei Erlösen über Buchwert) sowie die ertragswirksame Änderung von Rückstellungen gehören dazu. Außerdem fallen Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten sowie nicht zahlungswirksame Erträge hierunter.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
2.346.296,75 EUR	2.651.175,73 EUR	-304.878,98 EUR

8. Aktivierte Eigenleistungen

Erstellt die Stadt Oelde selbst aktivierungsfähige Vermögensgegenstände, so stellt deren Wert einen Ertrag dar, der hier auszuweisen ist. Diese Position ist die Gegenposition zu den Aufwendungen der Gemeinde zur Herstellung von Anlagevermögen, sofern diese Aufwendungen auch Herstellungskosten nach § 33 Abs. 3 GemHVO NRW darstellen, z.B. Materialaufwand und Personalaufwand für selbst erstellte Gebäude, Spielgeräte, usw.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
102.600,96 EUR	56.523,82 EUR	46.077,14 EUR

9. Bestandsveränderungen (entfällt)

10. Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge ergeben sich aus der Summe der Positionen 1 bis 9 der Ergebnisrechnung.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
66.855.961,20 EUR	65.809.685,87 EUR	1.046.275,33 EUR

11. Personalaufwendungen

Hierzu gehören alle anfallenden Aufwendungen für die Beamten und tariflich Beschäftigten sowie für weitere Personen, die auf Grund von Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Aufwandswirksam sind die Bruttobeträge einschließlich der Lohnnebenkosten, z.B. Sozialversicherungsbeiträge. Als Beiträge zu Versorgungskassen fallen z.B. die Arbeitgeberanteile zur Zusatzversorgungskasse hierunter.

Zu den Personalaufwendungen rechnen sich auch die jährlichen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für die Beschäftigten.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
15.550.512,40 EUR	14.625.379,05 EUR	925.133,35 EUR

12. Versorgungsaufwendungen

Hierzu gehören alle anfallenden Versorgungsleistungen, sowie weitere Aufwendungen, z.B. Beiträge zur Sozialversicherung, Beihilfen, etc. Ggf. können auch zusätzlich Zuführungen zu Pensionsrückstellungen anfallen, soweit sich die Ansprüche für den Kreis der Versorgungsempfänger verändert haben, z.B. durch Veränderungen der Sterbetafeln, die zur Berechnung der Rückstellungen herangezogen werden. Die jährlichen Umlagezahlungen an Versorgungskassen für Beamte können ganz oder teilweise Aufwendungen sein. Der Wertansatz der Pensionsrückstellungen ist zu einem Abschlussstichtag nur dann herab zu setzen, wenn er höher ist, als es dem Barwert der noch in Zukunft zu leistenden Versorgungszahlungen entspricht.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.976.638,09 EUR	1.732.531,99 EUR	244.106,10 EUR

13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Hier sind alle Aufwendungen, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln („Betriebszweck“) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen, auszuweisen. Die Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser, Aufwendungen für die Unterhaltung (inkl. Reparatur, Fremdinstandsetzung) und die Bewirtschaftung des Anlagevermögens, aber auch Kostenerstattungen an Dritte. Auch weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sind hierunter zu erfassen, z.B. für die Schülerbeförderung oder für Lernmittel.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
13.532.470,24 EUR	13.183.242,52 EUR	349.227,72 EUR

14. Bilanzielle Abschreibungen

Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung des Anlagevermögens entsteht, wird über die Abschreibung erfasst. Sie sind während der Nutzungsdauer des angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstandes jährlich zu ermitteln und hier auszuweisen. Auch die Sofortabschreibungen geringwertiger Vermögensgegenstände sowie außerplanmäßige Abschreibungen werden hier erfasst.

Desweiteren sind Veränderungen der Finanzanlagen, wie z.B. die Wertigkeiten der städtischen Beteiligungen zu prüfen und entsprechend anzupassen.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
7.649.676,40 EUR	7.501.320,11 EUR	148.356,29 EUR

15. Transferaufwendungen

Hierunter sind alle Leistungen der Gemeinde an Dritte zu erfassen, die von der Stadt Oelde gewährt werden, ohne dass sie dadurch einen Anspruch auf eine konkrete Gegenleistung erwirbt. Sie beruhen i.d.R. auf einseitigen Geschäftsvorfällen und nicht auf einem Leistungsaustausch. Diese Art gemeindlicher Leistungen stellen Transferleistungen dar und sind von der Stadt Oelde als Aufwendungen in der Ergebnisrechnung zu erfassen (Transferaufwendungen). Darunter fallen insbesondere gemeindliche Hilfen an private Haushalte (Sozialtransfers). Typisch dafür sind Leistungen der Sozialhilfe, der Jugendhilfe, Leistungen an Arbeitssuchende, und ähnliche Anspruchsberechtigte, Leistungen an Asylbewerber sowie sonstige soziale Leistungen. Aber auch Hilfen der Stadt an Unternehmen (Subventionen) fallen hierunter. Als Transferaufwendungen werden daher z.B. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände, Schuldendiensthilfen u.a., erfasst. Die Steuerpflichten der Gemeinde sind hierunter nicht zu erfassen. Auch Umlagen, die ohne Zweckbindungen an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs gezahlt werden (z.B. Kreisumlage), aber auch Umlagen an Zweckverbände und ähnliche kommunale Zusammenschlüsse für die Erfüllung bestimmter Aufgaben sind hier zu verbuchen. Viele dieser Positionen können nicht genau geplant werden, da sie teilweise von fremdbestimmten Faktoren abhängig sind. Die Planwerte stellen oftmals einen „Schätzwert“ aufgrund von Vorjahresergebnissen dar.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
26.440.617,85 EUR	23.963.865,38 EUR	2.476.785,47 EUR

16. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Sonstige ordentliche Aufwendungen umfassen alle Aufwendungen, die nicht den anderen Aufwandpositionen, den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen oder den außerordentlichen Aufwendungen zuzuordnen sind. Hier sind die sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen, z.B. für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Ersatz für Sachschäden, Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz u.a. zu erfassen. Aber auch Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Geschäftsaufwendungen, Aufwendungen für Beiträge, Wertberichtigungen, Verluste aus Finanzeinlagen und Wertpapieren, Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen, und betriebliche Steueraufwendungen gehören dazu. Unter dieser Position werden auch die Aufwendungen für die ehrenamtliche Tätigkeit (Ratsmitglieder u.a.) erfasst.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
2.140.439,88 EUR	2.746.014,08 EUR	-605.574,20 EUR

17. Ordentlichen Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen ergeben sich aus der Summe der Positionen 11 bis 16 der Ergebnisrechnung.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
67.290.354,86 EUR	63.752.353,13 EUR	3.638.001,73 EUR

18. Ordentliches Ergebnis

Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Differenz von ordentlichen Aufwendungen und ordentlichen Erträgen.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
-434.393,66 EUR	2.057.332,74 EUR	-2.491.726,40 EUR

19. Finanzerträge

Hier sind insbesondere Zinsen aus gegebenen Darlehen, aber auch Dividenden oder andere Gewinnanteile als Erträge aus Beteiligungen sowie andere zinsähnliche Erträge als Finanzerträge zu erfassen. Hierunter fallen auch die Erträge aus Wertpapieren des Umlaufvermögens, z.B. Tages- und Festgeldzinsen und Erträge aus Beteiligungen.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
500.585,10 EUR	325.013,95 EUR	175.571,15 EUR

20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Hier sind Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital, aber auch sonstige Finanzaufwendungen wie z.B. Zinsen für Steuererstattungen aus Vorjahren auszuweisen.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.401.801,32 EUR	1.526.581,89 EUR	-124.780,57 EUR

21. Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus der Differenz von Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen sowie Finanzerträgen.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
-901.216,22 EUR	-1.201.567,94 EUR	300.351,72 EUR

22. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Das ordentliche Ergebnis ergibt sich aus der Summe des ordentlichen Ergebnisses und des Finanzergebnisses

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
-1.335.609,88 EUR	855.764,80 EUR	-2.191.374,68 EUR

23./24./25. Außerordentliches Ergebnis

Die Begriffe „Außerordentliche Erträge“ und „Außerordentliche Aufwendungen“ sind aus dem kaufmännischen Rechnungswesen abgeleitet und beinhalten Erträge und Aufwendungen, die „außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ anfallen. Hierunter werden solche Vorfälle erfasst, die ungewöhnlich in der Art, selten vorkommen und von einiger materieller Bedeutung sind. Dabei ist auf die „Verhältnisse des Einzelfalls“ abzustellen.

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

26. Jahresergebnis

Das Jahresergebnis ist die Summe aus ordentlichem Ergebnis und außerordentlichem Ergebnis

Ausweis in der Ergebnisrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
-1.335.609,88 EUR	855.764,80 EUR	-2.191.374,68 EUR

Die Postionen **27 – 31 Verrechnungen und Aufwendungen** mit der allgemeinen Rücklage sind bereits im Abschnitt Allgemeine Rücklage erläutert.

V. Finanzrechnung (Investition- und Finanzierungstätigkeit)

Die Positionen 1 bis 17 der Finanzrechnung betreffen die laufende Verwaltungstätigkeit und sind nicht näher zu erläutern.

18. Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen

Zu den Zuwendungen zählen Zuweisungen und Zuschüsse. Zuweisungen sind Übertragungen finanzieller Mittel zwischen Gebietskörperschaften. Zuschüsse sind Übertragungen vom unternehmerischen und übrigen Bereich an Kommunen. Sie werden ausdrücklich für die Durchführung von Investitionen geleistet.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
2.744.115,77 EUR	2.936.626,59 EUR	-195.510,82 EUR

19. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen

Zu den Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen gehören insb. alle Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und sonstigen Gegenständen des kommunalen Vermögens.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
714.849,78 EUR	1.542.741,57 EUR	-827.891,79 EUR

20. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

21. Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Zu den Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten gehören insb. Kanalanschlussbeiträge, Erschließungsbeiträge sowie KAG-Beiträge.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
563.947,34 EUR	1.778.548,00 EUR	-1.214.600,66 EUR

22. Sonstige Investitionseinzahlungen

Die Position dient als Sammelposten für im Übrigen nicht zuzuordnende Investitionseinzahlungen.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
27.417,75 EUR	49.238,43 EUR	-21.820,68 EUR

23. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit ergeben sich aus der Summe der Positionen 18 bis 22 der Finanzrechnung.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
4.050.330,64 EUR	6.307.154,59 EUR	-2.256.823,95 EUR

24. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Zu den Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden zählen alle Geschäftsvorfälle, die dem Erwerb im Rahmen des kommunalen Liegenschaftsbetriebes dienen.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.114.488,72 EUR	3.303.086,73 EUR	-2.188.598,01 EUR

25. Auszahlungen für Baumaßnahmen

Zu den Auszahlungen für Baumaßnahmen werden alle Geschäftsvorfälle, die im Zusammenhang mit den investiven Baumaßnahmen stehen, erfasst.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
5.288.150,28 EUR	3.833.350,19 EUR	1.454.800,09 EUR

26. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Zu den Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen gehören alle Investitionsvorgänge rund um die Beschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.900.869,37 EUR	1.200.727,46 EUR	700.141,91 EUR

27. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen

Zu den Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen gehören insbesondere Auszahlungen für Eigenkapitalverstärkungen der bestehenden Finanzanlagen und dem Erwerb neuer Finanzanlagen.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
0,00 EUR	1.510.750,00 EUR	-1.510.750,00 EUR

28. Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen

Hier werden die von der Stadt Oelde geleisteten Investitionskostenzuschüsse an Dritte erfasst.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
143.600,00 EUR	391.327,47 EUR	-247.727,47 EUR

29. Sonstige Investitionsauszahlungen

Die Position dient als Sammelposten für im Übrigen nicht zuzuordnende Investitionsauszahlungen.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
72.255,55 EUR	7.596,08 EUR	64.659,47 EUR

30. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ergeben sich aus der Summe der Positionen 24 bis 29 der Finanzrechnung.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
8.519.363,92 EUR	10.248.837,93 EUR	-1.729.474,01 EUR

31. Saldo aus Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit ergibt sich aus der Differenz von Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
-4.469.033,28 EUR	-3.941.683,34 EUR	-527.349,94 EUR

32. Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (hier nicht zu erläutern)**33. Aufnahme und Rückflüsse von Darlehn**

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
3.071.442,85 EUR	2.061.701,64 EUR	1.009.741,21 EUR

Im Jahr 2014 wurde ein neues Darlehn i.H.v. 3.000.000,00 EUR aufgenommen. Bedingt durch die im Jahr 2013 entstandene Überschreitung der Kreditaufnahmeermächtigung i.H.v. 932.841 EUR und durch geringere Auszahlungen aus Investitionstätigkeit kam es auch in 2014 erneut zu einer Überschreitung der Kreditaufnahmeermächtigung i.H.v. 64.038 EUR. Diese ist im Jahr 2015 abzubauen. Auf die detaillierten Berechnungen in der Anlage wird verwiesen.

34. Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung

Hier wird die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten) durch die Stadt Oelde erfasst. Ausgewiesen wird die kulminierte Aufnahme des Berichtsjahres.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
14.000.000,00 EUR	5.000.000,00 EUR	9.000.000,00 EUR

Die Aufnahme der Kredite zur Liquiditätssicherung erfolgte wie folgt:

Datum	Betrag in EUR
28.01.2014	3.000.000,00 EUR
27.03.2014	1.000.000,00 EUR
24.04.2014	2.000.000,00 EUR
08.07.2014	1.000.000,00 EUR
24.07.2014	3.500.000,00 EUR
22.09.2014	3.000.000,00 EUR
16.10.2014	500.000,00 EUR

Die Tilgung der Liquiditätskredite erfolgte vollständig. Auf die Ausführungen zu Position 36 wird verwiesen.

35. Tilgung und Gewährung von Darlehn

Hier wird die Tilgung von Darlehn durch die Stadt Oelde und die Gewährung von Darlehn durch die Stadt Oelde erfasst. Im Jahr 2014 wurde die ordentliche Tilgung geleistet. Außerordentliche Tilgungen erfolgten nicht.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.163.677,54 EUR	3.200.738,83 EUR	-2.037.061,29 EUR

36. Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung

Hier wird die Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten) durch die Stadt Oelde erfasst.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
14.000.000,00 EUR	5.000.000,00 EUR	9.000.000,00 EUR

Die Tilgung der Kredite zur Liquiditätssicherung erfolgte wie folgt:

Datum	Betrag in EUR
05.02.2014	700.000,00 EUR
17.02.2014	2.300.000,00 EUR
06.05.2014	2.000.000,00 EUR
07.05.2014	1.000.000,00 EUR
31.07.2014	2.500.000,00 EUR
20.08.2014	2.000.000,00 EUR
30.10.2014	3.500.000,00 EUR

Auf die Ausführungen zur Aufnahme unter Position 34 wird verwiesen.

37. Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit ergibt sich aus der Differenz der Positionen 33 und 34 einerseits und 35 und 36 andererseits.

Ausweis in der Finanzrechnung		
31.12.2014	31.12.2013 (Vorjahr)	Differenz
1.907.765,31 EUR	-1.139.037,19 EUR	3.046.802,50 EUR

Die Postionen **38 bis 41 der Finanzrechnung** sind hier nicht näher zu erläutern.

VI. Anlagen

Forderungsspiegel

Art der Forderungen	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	3.184.518,03	3.069.010,03	0,00	115.508,00	2.637.367,06
1.1 Gebühren	842.436,29	842.436,29	0,00	0,00	1.199.861,51
1.2 Beiträge	80.541,75	80.541,75	0,00	0,00	68.270,87
1.3 Steuern	1.874.952,39	1.874.952,39	0,00	0,00	949.583,49
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	27.509,37	27.509,37	0,00	0,00	141.307,30
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	359.078,23	243.570,23	0,00	115.508,00	278.343,89
2. Privatrechtliche Forderungen	2.329.144,75	2.329.144,75	0,00	0,00	2.195.067,39
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	203.304,54	203.304,54	0,00	0,00	189.186,49
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	18.990,16	18.990,16	0,00	0,00	22.742,53
2.3 gegen verbundene Unternehmen	1.708.891,41	1.708.891,41	0,00	0,00	1.711.185,68
2.4 gegen Beteiligungen	227.684,44	227.684,44	0,00	0,00	171.975,99
2.5 gegen Sondervermögen	170.274,20	170.274,20	0,00	0,00	99.976,70
3. Sonstige Vermögensgegenstände	14.041,17	14.041,17	0,00	0,00	0,00
4. Summe aller Forderungen	5.527.703,95	5.412.195,95	0,00	115.508,00	4.832.434,45

Entwicklung der Allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage

Entwicklung der Jahresergebnisse und Rücklagen						
		2014	2015	2016	2017	2018
	Jahresergebnis / Plan	vorl. Erg. 2014	Beschluss 2015	Beschluss 2015	Beschluss 2015	Beschluss 2015
bilanzieller Ausweis	Jahresergebnis	-1.335.609,88 €	-3.093.471,00 €	-3.338.461,00 €	-3.061.098,00 €	-2.433.604,00 €
	Stand der Ausgleichsrücklage 01.01.	1.210.713,16 €	2.066.477,96 €	730.868,08 €	0,00 €	0,00 €
	Zuführungen aufgrund Vorjahresergebnis zur Ausgleichsrücklage	855.764,80 €				
	Entnahme aufgrund Vorjahresergebnis (2009: Jahresergebnis) aus der Ausgleichsrücklage		1.335.609,88 €	730.868,08 €	0,00 €	0,00 €
	Stand der Ausgleichsrücklage 31.12.	2.066.477,96 €	730.868,08 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
HH-Planung	Ausgleichsrücklage für Haushaltsausgleich Folgejahr (Jahresergebnis + Stand Ausgleichsrücklage 31.12.)	730.868,08 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
bilanzieller Ausweis	Stand der Allgemeinen Rücklage 01.01.	71.549.873,41 €	72.139.234,15 €	72.139.234,15 €	69.776.631,23 €	66.438.170,23 €
	Verrechnung (-) mit der Allgemeinen Rücklage	464.624,45 €				
	Verrechnung (+) mit der Allgemeinen Rücklage	1.053.985,19 €				
	Entnahme aus der allg. Rücklage (Vorjahresergebnis, 2008 & 2009: Jahresergebnis)	0,00 €	0,00 €	2.362.602,92 €	3.338.461,00 €	3.061.098,00 €
	Stand der Allgemeinen Rücklage 31.12.	72.139.234,15 €	72.139.234,15 €	69.776.631,23 €	66.438.170,23 €	63.377.072,23 €
	Summe Ausgleichsrücklage + allg. Rücklage 31.12.	74.205.712,11 €	72.870.102,23 €	69.776.631,23 €	66.438.170,23 €	63.377.072,23 €
HH-Planung	Allgemeine Rücklage für Haushaltsausgleich Folgejahr (Jahresergebnis + Stand Allgemeine Rücklage 31.12.)	72.139.234,15 €	69.776.631,23 €	66.438.170,23 €	63.377.072,23 €	60.943.468,23 €
	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in %	0,00%	-3,28%	-4,78%	-4,61%	-3,84%
	Entwicklung Rücklagen	1.445.126 €	-1.335.610 €	-3.093.471 €	-3.338.461 €	-3.061.098 €
	Entwicklung Rücklagen kumuliert	-23.249.277 €	-24.584.886 €	-27.678.357 €	-31.016.818 €	-34.077.916 €
	Schwellenwert					
	5,00%	-3.577.493,67 €	-3.606.961,71 €	-3.488.831,56 €	-3.321.908,51 €	-3.168.853,61 €
Über (+)/Unterschreitung (-)						
Schwellenwert	-4.308.361,75 €	-1.244.358,79 €	-150.370,56 €	-260.810,51 €	-735.249,61 €	

Verbindlichkeitspiegel

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	39.736.358,75	3.550,48	7.300.476,85	32.432.331,42	37.942.181,93
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00			0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00			0,00	42.145,64
2.3 von Sondervermögen	0,00			0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00			0,00	14.141,07
2.5 von Kreditinstituten	39.736.358,75	3.550,48	7.300.476,85	32.432.331,42	37.885.895,22
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	83.824,84	11.012,84	45.728,29	27.083,71	81.735,84
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.202.222,41	1.202.222,41	0,00	0,00	1.619.155,73
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	384.415,02	384.415,02	0,00	0,00	136.786,76
7. Sonstige Verbindlichkeiten	575.978,02	575.978,02	0,00	0,00	806.547,13
8. Erhaltene Anzahlungen	4.285.211,86	4.285.211,86	0,00	0,00	5.311.035,39
9. Summe aller Verbindlichkeiten	46.268.010,90	6.462.390,63	7.346.205,14	32.459.415,13	45.897.442,78
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten (Bürgschaften*)	17.251.337,43				17.400.424,36
* zur Absicherung von Investitionskrediten der WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH und AUREA GmbH. Mit dem Jahresabschluss 2014 wurde das Verfahren zur Ermittlung des Haftungsbetrages an die tatsächliche Höhe der Bürgschaft und des Darlehensrestbetrages angepasst. Auf die gesonderte Anlage wird verwiesen. Der Vorjahresausweis wurde ebenfalls angepasst.					
Die Aufteilung der Fristigkeiten der Verbindlichkeiten wird nach den Vorgaben der 6. NKF-Handreichung vorgenommen. Für das Jahr 2015 sind in der Haushaltsplanung Darlehnstilgungen i.H.v. 1.210 TEUR vorgesehen. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für das Jahr 2016 Tilgungen i.H.v. 1.355 TEUR, für 2017 1.528 TEUR und für 2018 1.610 TEUR vorgesehen. Diese Beträge enthalten die Tilgungen für die in den jeweiligen Jahren vorgesehenen Tilgungen. Aufgrund der annuitätischen Funktionsweise der Darlehen steigt die Tilgung jedes Jahr an.					

Bürgschaftsspiegel

Ifd. Nr.	Darlehensnehmer	Stand der Bürgschaftsverpflichtung	
		Zum Ende des Vorjahres (31.12.2013)	Zum Ende des Jahres (31.12.2014) (*)
1	2	10	11
1	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	1.661.887,82 €	1.577.425,82 €
2	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	1.275.202,03 €	1.235.854,35 €
3	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	820.345,61 €	803.657,66 €
4	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	805.011,62 €	778.328,97 €
5	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	6.071.340,59 €	6.002.286,95 €
6	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	392.672,19 €	388.225,75 €
7	WBO Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH	3.129.750,00 €	2.969.250,00 €
8	AUREA das A2-Wirtschafts- zentrum GmbH	3.244.214,50 €	3.496.307,92 €
Summe:		17.400.424,36 €	17.251.337,43 €
* tlw. vorläufige Werte			

Rückstellungsspiegel

Bilanzposition	Rückstellungsgrund	Gesamtbetrag	Veränderung im Haushaltsjahr			Gesamtbetrag
		01.01.2014	Verbrauch	Auflösung	Zuführung / Neubildung	31.12.2014
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
Pensionsrückstellungen	Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	11.434.173,20	1.322.664,00	0,00	1.178.462,80	11.289.972,00
	Beihilferückstellungen für Beschäftigte	3.465.915,00	361.961,00	0,00	226.769,00	3.330.723,00
	Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger	10.678.361,00	0,00	69.429,00	1.504.032,00	12.112.964,00
	Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger	2.795.818,00	0,00	22.385,00	637.137,00	3.410.570,00
Instandhaltungsrückstellungen	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	568.659,90	94.401,92	0,00	0,00	474.257,98
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub	534.596,07	534.596,07	0,00	531.263,53	531.263,53
	Rückstellungen für geleistete Überstunden	156.855,23	156.855,23		248.288,80	248.288,80
	Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit	65.900,00	43.600,00	0,00	0,00	22.300,00
	Rückstellungen für Sonderzahlungen an Beamte	310.500,00	85.243,94	225.256,06	88.000,00	88.000,00
	Rückstellungen Jubiläumswendung	61.978,40	475,42	0,00	0,00	61.502,98
	Prüfungsgebühren (u.a. GPA)	208.697,64	90.827,60	55.510,04	55.000,00	117.360,00
	Prozesskostenrückstellungen	41.570,89	335,39	16.764,61	67.450,00	91.920,89
	Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	70.000,00	0,00	0,00	0,00	70.000,00
	Andere Rückstellungen	10.835,00	2.080,00	1.255,00	7.500,00	15.000,00
	§ 107b BeamtVG	81.443,00	0,00	0,00	4.401,00	85.844,00
	Summe der Rückstellungen	30.485.303,33	2.693.040,57	390.599,71	4.548.304,13	31.949.967,18

Ermächtigungsübertragung 2014 nach 2015Ergebnisplan:

Im Ergebnisplan wurden nachfolgende Haushaltsermächtigungen übertragen:

Haushaltsposition		Übertragung nach 2015 in EUR	Grund / Zweck	
Sachkonto	Bezeichnung			
01.10.01	5215001	Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	43.866,33 €	Restabwicklung Aufträge aus 2014 (Baumaßnahmen)
01.09.02	5293001	Beratungsleistungen	34.500,00 €	Restabwicklung Aufträge aus 2014 (Beratung Konzessions-, Straßenbeleuchtungsvertrag und steuerliche Strukturen)
01.09.01	5293001	Beratungsleistungen	1.000,00 €	Restabwicklung Auftrag aus 2014 (Jahreshauptveranlagung Steuern/Gebühren)
01.09.01	5439001	Sonstige Geschäftsaufwendungen	3.700,00 €	Restabwicklung Auftrag aus 2014 (Jahreshauptveranlagung Steuern/Gebühren)
01.09.02	5315001	Aufw. f. Zuw. und Zusch. an verb. Untern., Beteiligungen u. Sonderverm.	120.000,00 €	reserviert für Verlustausgleich Forum Vorjahre
03.03.04	5281001	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	611,14 €	Restabwicklung Aufträge aus 2014 (Verbrauchsmaterialien)
09.01.01	5293001	Beratungsleistungen	4.455,00 €	Restabwicklung Auftrag (Vergabebetrieuung f. Nachfolgenutzung Erich-Kästner-Schule)
09.01.01	5281001	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	10.115,00 €	Restabwicklung Auftrag aus 2014 (Fortschreibung Stadtentwicklung Markenprofil Stadt Oelde)
11.01.02	5216001	Instandhaltung des Infrastrukturvermögens	89.572,95 €	Restabwicklung Aufträge aus 2014 (Kanalinnensanierung)
05.04.03	5281001	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	500,00 €	Übertragung gespendeter Mittel, die im Vorjahr noch nicht verwandt werden konnten
09.01.06	5318010	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	10.000,00 €	Übertragung aufgrund der Bestimmungen zu den ergänzenden Fördermitteln notwendig
04.01.01	5253001	Aufwendungen für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.500,00 €	Restabwicklung Auftrag aus 2014 (Reparatur Tonbrennofen)
Summe			319.820,42 €	

Finanzplan:

Im Finanzplan wurden für Investitionen nachfolgende Haushaltsermächtigungen übertragen:

Haushaltsposition		Übertragung nach 2014 in EUR	Grund / Zweck
Sachkonto	Bezeichnung		
01.08.01/9999.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	13.000,00 €	Abwicklung der Beschaffung Ausstattung Rathaus
01.08.01/9999.7832001	Ausz. a. d. Erw. v. bewegl. Sachen d. Anlageverm. < der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	5.500,00 €	Abwicklung der Beschaffung Ausstattung Rathaus
01.08.02/0071.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	3.795,07 €	Abwicklung der Beschaffung Zeiterfassungsmanagement Feuerwehr
01.08.02/9999.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	42.000,00 €	Abwicklung Beschaffungs Softwarelizenzen
01.10.01/2002.7851001	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	18.367,20 €	Planungsaufträge Gebäudetechnik - Neubau Feuer- und Rettungswache
01.10.01/2033.7851001	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	22.930,43 €	Abwicklung Bauaufträge - Feuer- und Gerätehäuse Außenzüge
01.10.01/2042.7851001	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	50.459,43 €	Abwicklung Bauaufträge - Investitionen zur Verbesserung der Barrierefreiheit an Gesamtschule (Unterstufe)
01.10.01/9999.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	2.635,61 €	Abwicklung Auftrag Geräte und Ausstattung - Overbergschule
01.10.02/6504.7821001	Auszahlungen für den Erwerb von Gewerbegrundstücken	420.000,00 €	Abwicklung Grundstückskaufverträge
02.02.01/0003.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	57.609,23 €	Abwicklung der Beschaffung "digitaler Alarmierungs- und Funktechnik"
02.02.01/0020.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	1.200,00 €	Abwicklung Beschaffung Hilfeleistungslöschfahrzeug
02.02.01/9999.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	19.682,20 €	Abwicklung Beschaffung sächliche Ausrüstung
03.01.01/9999.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	1.129,92 €	Abwicklung Beschaffung Möbel für die schulische Inklusion
03.03.04/0063.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	25.690,00 €	Abwicklung Beschaffung Ausstattung für Fachschaften
03.03.06/0073.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	10.485,65 €	Abwicklung Beschaffung Ausstattung für Fachschaften
03.03.06/9999.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	10.950,00 €	Abwicklung Beschaffung Ausstattung für Fachschaften
05.03.02/9999.7831001	Ausz. a.d. Erw. v. bew. Sachen d. Anlageverm. > der Wertgr. i. H. v. 410 Euro	2.000,00 €	Übertragung gespendeter Mittel, die im Vorjahr noch nicht verwandt werden konnten

Haushaltsposition		Übertragung nach 2014 in EUR	Grund / Zweck
Sachkonto	Bezeichnung		
08.01.01/2046.7818001	Allgemeine Investitionszuschüsse an übrige Bereiche	313.000,00 €	Übertragung nicht abgerufene Zuschussmittel Umkleide Sünninghausen
11.01.02/2030.7853001	Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen	47.345,00 €	Übertragung für Maßnahme BHKW
11.01.02/5044.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	135.343,30 €	Abwicklung Baumaßnahme Regenrückhaltebecken "Nonnenbach" in Oelde-Lette
12.01.01/1852.7815001	Allge. Investitionszuschüsse an verbu. Untern., Beteiligungen u. Sonderverm.	320.000,00 €	Übertragung nicht abgerufene Zuschussmittel K6n (Kreis Gütersloh)
12.01.01/4014.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	23.156,45 €	Abwicklung Baumaßnahme "Am Landhagen"/Kreisverkehr "Letter Str."
12.01.01/5006.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	95.000,00 €	Abwicklung Baumaßnahme "Zum Sundern II. BA"
12.01.01/5013.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	5.500,00 €	Abwicklung Baumaßnahme Gewerbegebiet A2-Sudbergweg-II. BA
12.01.01/5017.7852001	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	12.500,00 €	Abwicklung Baumaßnahme Baugebiet "Herzebrocker Straße (Lette)"
Summe		1.659.279,49 €	

Leasingverträge

Gegenstand	Vertragspartner	Aufwand / Jahr
Kopierer Ricoh	Ricoh	15.856,52 €
Audi	Audi Leasing (Monate 01-02/2014)	528,58 €
Mercedes-Benz	Mercedes Leasing (Monate 03-12/2014)	2.806,70 €

Kreditermächtigung

	IST 31.12.2013	IST 31.12.2014 (Entwurf Jahresabschluss)
Auszahlungen aus Investitionen	10.248.838	8.519.364 €
Einzahlungen aus Investitionen	6.307.155	4.050.331 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	3.941.683 €	4.469.033 €
Rückflüsse von Darlehen (ohne Darlehensaufnahmen)	61.702 €	71.443 €
Saldo	3.879.982 €	4.397.590 €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	78.704.968	77.834.029 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	74.201.406	76.141.564 €
Saldo	4.503.561 €	1.692.465 €
Tilgung und Darlehensgewährung	3.200.739 €	1.163.678 €
zusätzliche Liquidität für Investitionen	1.302.823 €	528.788 €
Differenz Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit abzgl. Tilgung	1.302.823 €	528.788 €
Kreditbedarf für Investitionen lfd. Jahr	2.577.159 €	3.868.803 €
abzgl. Kreditüberhang Vorjahr / abzgl. Sperren	-1.510.000 €	-932.841 €
⇒ Kreditermächtigung	1.067.159 €	2.935.962 €
davon genutzt	2.000.000 €	3.000.000 €
verbleibender Kreditbedarf (+) / Kreditüberhang (-)	-932.841 €	-64.038 €

Nicht erhobene Beiträge aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen

Nr.	Maßnahmen nach KAG/BauGB	derzeitiger Stand der Maßnahme	voraussichtliche Abrechnung der Maßnahme	Einnahmeerwartung
1	Goldbrink	Anliegerversammlung 2012 Schlussrechnung vom 07.05.2013	Abrechnung in 2015	2015: 54.600 Euro (Straßenausbaubeitrag)
2	BPlan Nr. 77 „Gewerbegebiet Am Sudbergweg“	Erschließung 2002/2003 2012: Endausbau Stichweg „Von-Büren-Allee“ (bei Red Bowl/OPUS) 2015: Endausbau Heinrich-Hertz-Straße tlw. und Carl-Zeiss-Straße ganz	Abrechnung der Beiträge seit 2004 ff. je nach Verkauf der Grundstücke	2015: 231.000 Euro (Erschließungsbeitrag) 2016: 38.450 Euro (Erschließungsbeitrag) 2017: 38.450 Euro (Erschließungsbeitrag) 2015: 387.000 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2016: 63.150 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2017: 63.150 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2015: 52.000 Euro (Kostenerstattung) 2016: 8.600 Euro (Kostenerstattung) 2017: 8.600 Euro (Kostenerstattung)
3	BPlan Nr. 86 „Südlich der Herzebrocker Straße“ und nördlicher Gehweg an der Herzebrocker Straße	Erschließung ab 2004 ff. in 3 Bauabschnitten 2012: Anliegerversammlung Endausbau 1. BA 2013: Endausbau 1. BA 2014: Erschließung 2. BA	Ablösung in 2005 ff. für 1. BA und seit 2014 für 2. BA je nach Verkauf der Grundstücke	2015: 55.000 Euro (Erschließungsbeitrag) 2016: 55.000 Euro (Erschließungsbeitrag) 2017: 55.000 Euro (Erschließungsbeitrag) 2018: 55.000 Euro (Erschließungsbeitrag) 2015: 15.000 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2016: 15.000 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2017: 15.000 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2018: 15.000 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2015: 4.900 Euro (Kostenerstattung) 2016: 4.900 Euro (Kostenerstattung) 2017: 4.900 Euro (Kostenerstattung) 2018: 4.900 Euro (Kostenerstattung)
4	BPlan Nr. 114 „Westlich Zur Polterkuhle“	Erschließung in 2013	Ablösung seit 2013 ff.	2015: 200.000 Euro (Erschließungsbeitrag) 2015: 63.000 Euro (Kanalanschlussbeitrag) 2015: 11.500 Euro (Kostenerstattung)
5	Möllenbrock/Höner	Vertrag über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen vom 29.11.2011	letzte Rate in 2015	2015: 15.000 Euro

Anlagenpiegel¹

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen / Wertberichtigungen					Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen		
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Um-buchungen	Endstand	Anfangsstand	Ab-schreibungen im Wirtschafts-jahr	Zu-schreibungen im Wirtschafts-jahr	angesammelte Abschr. a. d. in Spalte 4 ausgew. Abgänge	Endstand			Durchschnitt-licher Abschreibungs-satz	Durchschnitt-licher Restbuchwert	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10			13	14	
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	707.859,83	61.706,95	0,00	0,00	769.566,78	-587.532,55	-43.214,46	0,00	0,00	-630.747,01	138.819,77	120.327,28	5,6 %	18,0 %
2.1.1	Grünflächen	20.167.401,46	84.601,44	-1.214,75	550.444,73	20.801.232,88	-925.226,51	-187.839,69	0,00	0,00	-1.113.066,20	19.688.166,68	19.242.174,95	0,9 %	94,6 %
2.1.2	Ackerland	3.198.256,79	123.693,07	0,00	-270.599,72	3.051.350,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.051.350,14	3.198.256,79	0,0 %	100,0 %
2.1.3	Wald, Forsten	425.404,25	162,08	0,00	0,00	425.566,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	425.566,33	425.404,25	0,0 %	100,0 %
2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke	1.802.922,38	0,00	0,00	0,00	1.802.922,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.802.922,38	1.802.922,38	0,0 %	100,0 %
2.2.1	Kindertageseinrichtungen	1.007.459,00	0,00	0,00	0,00	1.007.459,00	-98.264,10	-16.377,35	0,00	0,00	-114.641,45	892.817,55	909.194,90	1,6 %	88,6 %
2.2.2	Schulen	38.082.161,98	19.244,31	0,00	37.598,84	38.139.005,13	-5.819.009,76	-1.002.288,23	0,00	0,00	-6.821.297,99	31.317.707,14	32.263.152,22	2,6 %	82,1 %
2.2.3	Wohnbauten	4.801.490,00	25.950,00	0,00	0,00	4.827.440,00	-731.202,63	-119.819,23	0,00	0,00	-851.021,86	3.976.418,14	4.070.287,37	2,5 %	82,4 %
2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	24.115.209,42	54.643,26	0,00	187.767,65	24.357.620,33	-3.354.386,83	-569.684,65	0,00	0,00	-3.924.071,48	20.433.548,85	20.760.822,59	2,3 %	83,9 %
2.3.1	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	17.330.680,24	82.833,57	-622.611,72	-544.451,10	16.246.450,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.246.450,99	17.330.680,24	0,0 %	100,0 %
2.3.2	Brücken und Tunnel	1.475.926,86	35.100,85	0,00	0,00	1.511.027,71	-254.241,79	-41.736,40	0,00	0,00	-295.978,19	1.215.049,52	1.221.685,07	2,8 %	80,4 %
2.3.4	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	66.109.096,61	100.982,35	0,00	1.387.719,13	67.597.798,09	-10.234.674,36	-1.612.023,55	0,00	0,00	-11.846.697,91	55.751.100,18	55.874.422,25	2,4 %	82,5 %
2.3.5	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkung	54.747.735,77	275.560,10	-346.800,89	3.500.423,11	58.176.918,09	-17.169.174,53	-2.956.667,70	0,00	51.336,72	-20.074.505,51	38.102.412,58	37.578.561,24	5,1 %	65,5 %
2.3.6	Sonstige Bauten/Aufbauten des Infrastrukturvermögens	917.264,90	20.056,43	0,00	0,00	937.321,33	-174.197,13	-33.623,18	0,00	0,00	-207.820,31	729.501,02	743.067,77	3,6 %	77,8 %
2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	4.415.924,65	261.876,91	0,00	0,00	4.677.801,56	-862.489,68	-152.137,39	0,00	0,00	-1.014.627,07	3.663.174,49	3.553.434,97	3,3 %	78,3 %
2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	3,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	3,00	0,0 %	100,0 %
2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.708.143,97	430.490,51	-29.843,73	972.851,23	6.081.641,98	-1.697.289,86	-426.749,73	0,00	28.682,41	-2.095.357,18	3.986.284,80	3.010.854,11	7,0 %	65,5 %
2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattungen	3.461.032,70	615.313,08	0,00	244.494,97	4.320.840,75	-1.469.630,51	-340.682,71	0,00	0,00	-1.810.313,22	2.510.527,53	1.991.402,19	7,9 %	58,1 %
2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.550.427,05	6.039.871,90	-13.671,13	-6.613.280,42	3.963.347,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.963.347,40	4.550.427,05	0,0 %	100,0 %
3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	12.430.900,00	0,00	0,00	0,00	12.430.900,00	-2.660.000,00	0,00	920.000,00	0,00	-1.740.000,00	10.690.900,00	9.770.900,00	7,4 %	86,0 %
3.2	Beteiligungen	60.182,59	0,00	0,00	-750,00	59.432,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	59.432,59	60.182,59	0,0 %	100,0 %
3.3	Sondervermögen	9.506.875,81	0,00	0,00	0,00	9.506.875,81	-7.209.105,14	-377.196,36	0,00	0,00	-7.586.301,50	1.920.574,31	2.297.770,67	4,0 %	20,2 %
3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	272.756,73	0,00	0,00	0,00	272.756,73	0,00	-35.138,79	0,00	0,00	-35.138,79	237.617,94	272.756,73	12,9 %	87,1 %
3.5.2	Ausleihungen an Beteiligungen	172.961,25	0,00	0,00	0,00	172.961,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	172.961,25	172.961,25	0,0 %	100,0 %
3.5.4	Sonstige Ausleihungen	990.278,01	-71.779,49	0,00	750,00	919.248,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	919.248,52	990.278,01	0,0 %	100,0 %
4.99	GWG	510.887,74	146.832,13	-146.832,13	0,00	510.887,74	-510.887,74	-146.832,13	0,00	146.832,13	-510.887,74	0,00	0,00	28,7 %	0,0 %
5.0	Umlaufvermögen (Waren des Umlaufvermögens)	2.429.489,49	19.912,82	-205.179,39	547.031,58	2.791.254,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.791.254,50	2.429.489,49	0,0 %	100,0 %
	Gesamt	278.398.732,48	8.327.052,27	-1.366.153,74	0,00	285.359.631,01	-53.757.313,12	-8.062.011,55	920.000,00	226.851,26	-60.672.473,41	224.687.157,60	224.641.419,36	2,5 %	78,74 %

¹ Software-technisch bedingt ist es nicht möglich, Umbuchungen vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen (soweit über die Anlagenbuchhaltung gepflegt) als Abgang bzw. Zugang darzustellen. Die Spalte Umbuchungen gleicht sich daher, wie dargestellt, nur unter Einbeziehung der genannten Position aus.

Aufgestellt:
Oelde, den 30.09.2015



Michael Jathe
Stadtkämmerer

Festgestellt:
Oelde, den 30.09.2015



Karl-Friedrich Knop
Bürgermeister

Lagebericht

Lagebericht **zum Jahresabschluss der Stadt Oelde** **für das Haushaltsjahr 2014**

1. Einleitung

Nach § 37 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) ist der Jahresabschluss durch einen Lagebericht entsprechend § 48 GemHVO NRW zu ergänzen. Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse aus der Aufstellung des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben und so gefasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

2. Verlauf des Jahres 2014

Das Haushaltsjahr 2014 schließt, nachdem in den Jahren 2012 und 2013 ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet werden konnte, mit einem Defizit ab.

Durch Verbesserungen der Ertrags- und Aufwandspositionen hat sich das Ergebnis 2014 dennoch gegenüber der Planung 2014 verbessert.

3. Erläuterungen des Jahresergebnisses

3.1 Jahresergebnisrechnung

Im Gesamtbild zeigt der Plan/Ist-Vergleich nachfolgende Ertragslage:

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	fortgeschr. Ansatz 2014	Differenz 2014
Ordentliche Erträge	65.809.685,87 €	66.855.961,20 €	65.150.324,00 €	65.150.324,00 €	1.705.637,20 €
Finanzerträge	325.013,95 €	500.585,10 €	291.100,00 €	291.100,00 €	209.485,10 €
Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe der Erträge	66.134.699,82 €	67.356.546,30 €	65.441.424,00 €	65.441.424,00 €	1.915.122,30 €
Ordentliche Aufwendungen	63.752.353,13 €	67.290.354,86 €	66.092.925,00 €	66.312.244,56 €	978.110,30 €
Zinsen und Finanzaufwendungen	1.526.581,89 €	1.401.801,32 €	1.460.100,00 €	1.460.100,00 €	-58.298,68 €
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe der Aufwendungen	65.278.935,02 €	68.692.156,18 €	67.553.025,00 €	67.772.344,56 €	919.811,62 €
Ordentliches Ergebnis	2.057.332,74 €	-434.393,66 €	-942.601,00 €	-1.161.920,56 €	727.526,90 €
Finanzergebnis	-1.201.567,94 €	-901.216,22 €	-1.169.000,00 €	-1.169.000,00 €	267.783,78 €
Jahresergebnis	855.764,80 €	-1.335.609,88 €	-2.111.601,00 €	-2.330.920,56 €	995.310,68 €

Bei den ordentlichen Erträgen verbesserte sich das Ergebnis gegenüber der Planung um 1.706 TEUR bzw. 2,62%. Die ordentlichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber der Planung um 978 TEUR bzw. um 1,48%. Das Finanzergebnis verbesserte sich um rd. 268 TEUR.

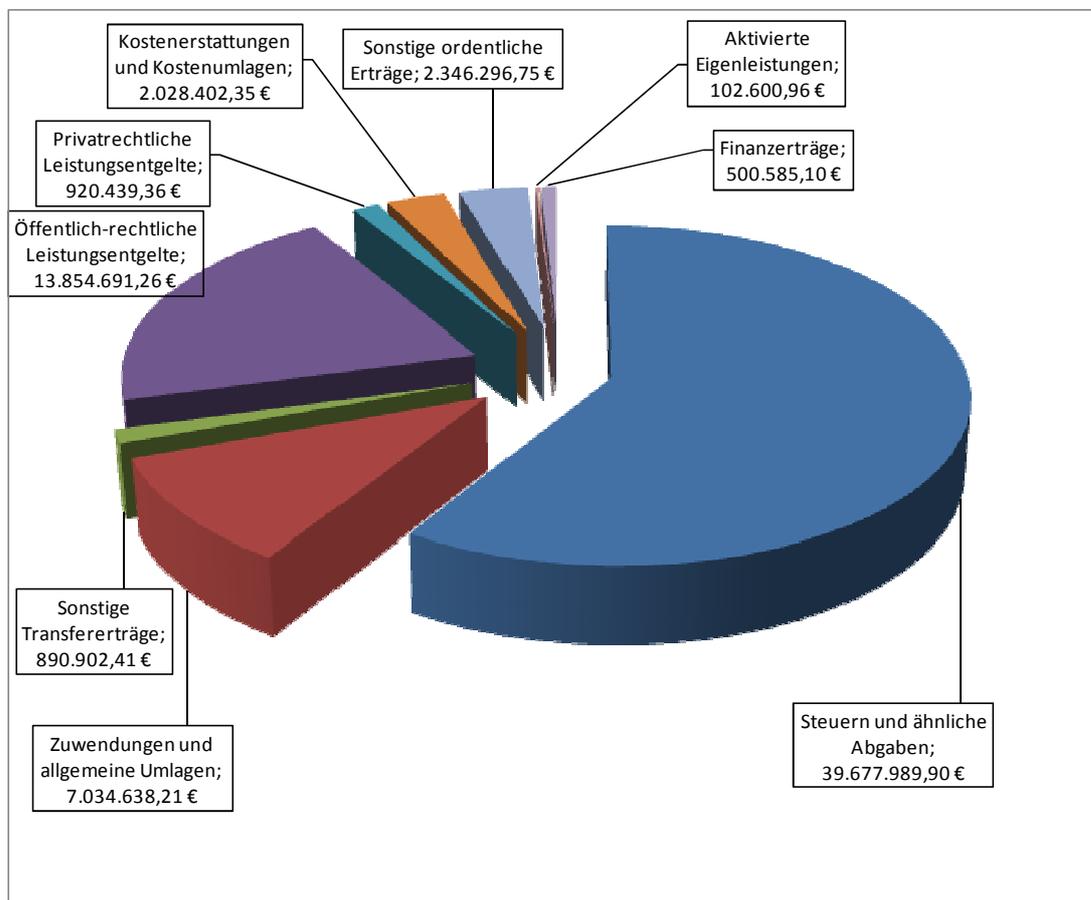
Die Haushaltsplanung für 2014 schloss unter Einbeziehung der aus 2013 übertragenen Haushaltsermächtigungen (fortgeschriebener Ansatz) mit einem Ergebnis in Höhe von -2.331 TEUR ab. Das Rechnungsergebnis 2014 schließt mit einem Ergebnis in Höhe von -1.336 TEUR ab. Gegenüber der Planung konnte das Ergebnis somit um 995 TEUR verbessert werden.

3.2 Die wichtigsten Erträge und Aufwendungen im Überblick

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Erträge				
Grundsteuer A und B	4.379.579,92 €	4.495.157,92 €	4.537.000,00 €	-41.842,08 €
Gewerbesteuer	19.129.249,87 €	19.071.076,29 €	19.800.000,00 €	-728.923,71 €
Gemeindeanteil ESt	11.824.227,00 €	12.496.865,54 €	12.570.000,00 €	-73.134,46 €
Gemeindeanteil USt	1.927.265,00 €	1.988.625,30 €	2.011.000,00 €	-22.374,70 €
Vergnügungssteuer	140.127,69 €	248.536,06 €	200.000,00 €	48.536,06 €
öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	13.119.020,87 €	13.854.691,26 €	12.500.333,00 €	1.354.358,26 €
privatrechtl. Leistungsentgelte	1.290.413,73 €	920.439,36 €	410.400,00 €	510.039,36 €
Konzessionsabgaben	1.269.401,94 €	1.284.809,40 €	1.300.000,00 €	-15.190,60 €
Schlüsselzuweisungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Finanzerträge	325.013,95 €	500.585,10 €	291.100,00 €	209.485,10 €
Aufwendungen				
Personalaufwendungen	14.625.379,05 €	15.550.512,40 €	15.393.888,00 €	156.624,40 €
Versorgungsaufwendungen	1.732.531,99 €	1.976.638,09 €	1.470.000,00 €	506.638,09 €
Sach- und Dienstl.	13.183.242,52 €	13.532.470,24 €	13.892.460,00 €	-359.989,76 €
Transferaufwendungen	23.963.865,38 €	26.440.617,85 €	26.068.550,00 €	372.067,85 €
Sonst. ordentl. Aufw.	2.746.014,08 €	2.140.439,88 €	1.953.294,00 €	187.145,88 €
Finanzaufwendungen	1.526.581,89 €	1.401.801,32 €	1.460.100,00 €	-58.298,68 €
Bilanzielle Abschreibungen	7.501.320,11 €	7.649.676,40 €	7.314.733,00 €	334.943,40 €

3.3 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

3.3.1 Erträge im Überblick



3.3.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben (Zeile 1 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Steuern und ähnliche Abgaben	38.740.200,10 €	39.677.989,90 €	40.507.000,00 €	-829.010,10 €

Auswertung:

Im Berichtsjahr wurden folgende Steuererträge erzielt:

- Grundsteuer A..... 155.764,76 EUR
- Grundsteuer B..... 4.339.393,16 EUR
- Gewerbesteuer..... 19.071.076,29 EUR
- Vergnügungssteuer..... 248.534,06 EUR
- Hundesteuer..... 84.357,87 EUR

Die Erträge aus den Grundsteuern und der Hundesteuer sind weiterhin konstant. Der Ertrag aus der Vergnügungssteuer hat sich aufgrund der Änderung der Besteuerungsgrundlage um rd. 108 TEUR gegenüber dem Vorjahr erhöht. Gegenüber 2013 sank das Aufkommen der Gewerbesteuer um rd. 58 TEUR. Im langjährigen Mittel verbleibt das Ergebnis auf hohem Niveau. Der Planansatz 2014 in Höhe von rd.19.800 TEUR konnte erreicht nicht werden.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch bei den Erträgen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer, die sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 734 TEUR verbesserten. In 2014 konnten hier 14.485 TEUR eingenommen werden.

Die Landeszuwendung für Kompensationsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich erhöhte sich um rd. 34 TEUR auf rd. 1.293 TEUR. In 2015 setzt sich dieser Trend leider nicht fort, da die Schlüsselzahlen zuungunsten der Stadt Oelde gesenkt wurden.

3.3.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Zeile 2 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.549.724,89 €	7.034.638,21 €	6.383.185,00 €	651.453,21 €

Auswertung:

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Zuwendungen betragen rd. 2.167 TEUR. Die Höhe der ertragswirksamen Auflösung ist einerseits von der Höhe der erhaltenen Zuwendungen/Zuschüssen und andererseits von der Höhe der getätigten Investitionen abhängig.

An Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke wurden rd. 4.867 TEUR ertragswirksam verbucht.

Die größten Positionen sind hier:

- Zuweisungen & Zuschüsse für Schulen (Schulpauschale) . 775.682,00 EUR
- Zuweisungen & Zuschüsse für Kindertagesbetreuung 427.599,40 EUR
- Zuweisungen & Zuschüsse für VHS 120.951,58 EUR
- Zuweisungen & Zuschüsse für Offene Ganztagschule 27.582,50 EUR
- Zuweisungen & Zuschüsse für Schulen (weitere Mittel) 27.252,50 EUR
- Zuweisungen & Zuschüsse für soziale Leistungen 60.684,02 EUR

Gegenüber der Planung konnten Mehrerträge aus dem laufenden Zuweisungen vom Land i.H.v. insgesamt 290 TEUR u.a. aus den Bereichen Volkshochschule (+33 TEUR), Leistungen für Flüchtlinge (+107 TEUR) und Kinderbetreuungsplatz (+157 TEUR) verbucht werden. Diese wurden durch gegenläufige Effekte teilweise reduziert. Des Weiteren ergaben sich aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen Mehrerträge i.H.v. 360 TEUR.

3.3.1.3 Sonstige Transfererträge (Zeile 3 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Sonstige Transfererträge	1.656.758,76 €	890.902,41 €	851.711,00 €	39.191,41 €

Auswertung:

Die Erträge sind im Wesentlichen dem Sozialbereich und der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zuzuordnen. Rückzahlungen von gewährten Hilfen etc. lassen sich nicht genau planen, daher kann es immer wieder zu Abweichungen vom Planansatz kommen. Einmaleffekte wie im Vorjahr (Einheitslastenabrechnungsgesetz) konnten nicht erneut verbucht werden.

3.3.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Zeile 4 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.119.020,87 €	13.854.691,26 €	12.500.333,00 €	1.354.358,26 €

Auswertung:

Die größten Positionen sind:

- Benutzungsgebühren 11.531.869,59 EUR
 - davon u.a.:
 - Entwässerungsgebühren..... 5.900.734,52 EUR
 - Gebühren Abfallentsorgung 1.987.396,04 EUR
 - Krankentransportgebühren..... 1.738.366,83 EUR
 - Kinderbetreuung 862.368,98 EUR
 - Kursgebühren VHS 318.225,69 EUR
 - Offene Ganztagschule 230.415,66 EUR
 - Brandschutz / Feuerwehr 97.255,31 EUR
 - Straßenreinigung / Winterdienst..... 93.459,85 EUR
 - Märkte/Kirmes 89.551,20 EUR
- Verwaltungsgebühren..... 516.282,92 EUR
 - Baugenehmigungsgebühren 207.425,55 EUR
 - Gebühren Bürgerbüro (Pässe, Gewerbean- und Ummeldungen 207.425,55 EUR
 - Bauüberwachungsgebühren 68.750,00 EUR
- Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen.....1.859.961,27 EUR

Gegenüber den Planungen konnten im Bereich Feuerschutz (+67 TEUR), Rettungsdienst (+198 TEUR), Kinderbetreuungsplatz (+862 TEUR) und Abwasserbeseitigung (+101 TEUR) Mehrerträge erzielt werden. Im Bereich Kinderbetreuungsplatz („Elternbeiträge“) handelt es sich nicht um eine Ergebnisverbesserung - hier erfolgte die Veranschlagung im Bereich Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die Verbuchung erfolgte entsprechend der gesetzlichen Vorgaben im Bereich öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte.

3.3.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte (Zeile 5 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.290.413,73 €	920.439,36 €	410.400,00 €	510.039,36 €

Auswertung:

Die großen Ertragspositionen sind:

- Mieten und Pachten..... 454.688,34 EUR
- Erträge aus Verkäufen..... 462.661,72 EUR

Die Erträge aus Verkäufen waren im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes nicht eingeplant worden und tragen somit zu dem verbesserten Ergebnis bei.

3.3.1.6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Zeile 6 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.745.867,97 €	2.028.402,35 €	2.450.650,00 €	-422.247,65 €

Auswertung:

In folgenden Bereichen sind Erstattungen bzw. Umlagen zu verzeichnen:

- Erstattungen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe 904.982,51 EUR
- Erstattung Personalbereich 589.117,10 EUR
- Erstattung Hausanschlüsse 353.214,46 EUR

Die im Bereich Kinderbetreuungsplatz veranschlagten Kostenerstattungen und Kostenumlagen („Elternbeiträge“) wurden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben im Bereich öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte verbucht. Diesbezüglich kommt es zu einer Abweichung von der Planung. Auf die Ausführungen im Bereich öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte wird verwiesen. Eine positive Abweichung gegenüber den Planansätzen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen ergibt sich im Bereich Hilfen zur Erziehung (+352 TEUR).

3.3.1.7 Sonstige ordentliche Erträge (Zeile 7 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Sonstige ordentliche Erträge	2.651.175,73 €	2.346.296,75 €	2.047.045,00 €	299.251,75 €

Auswertung:

Die größten Ertragspositionen sind:

- Konzessionsabgaben..... 1.284.809,40 EUR
- Auflösung von Rückstellungen..... 390.599,71 EUR
(Die Einzelpositionen sind im Anhang nachgewiesen.)
- Säumniszuschläge/Bußgelder..... 158.042,43 EUR

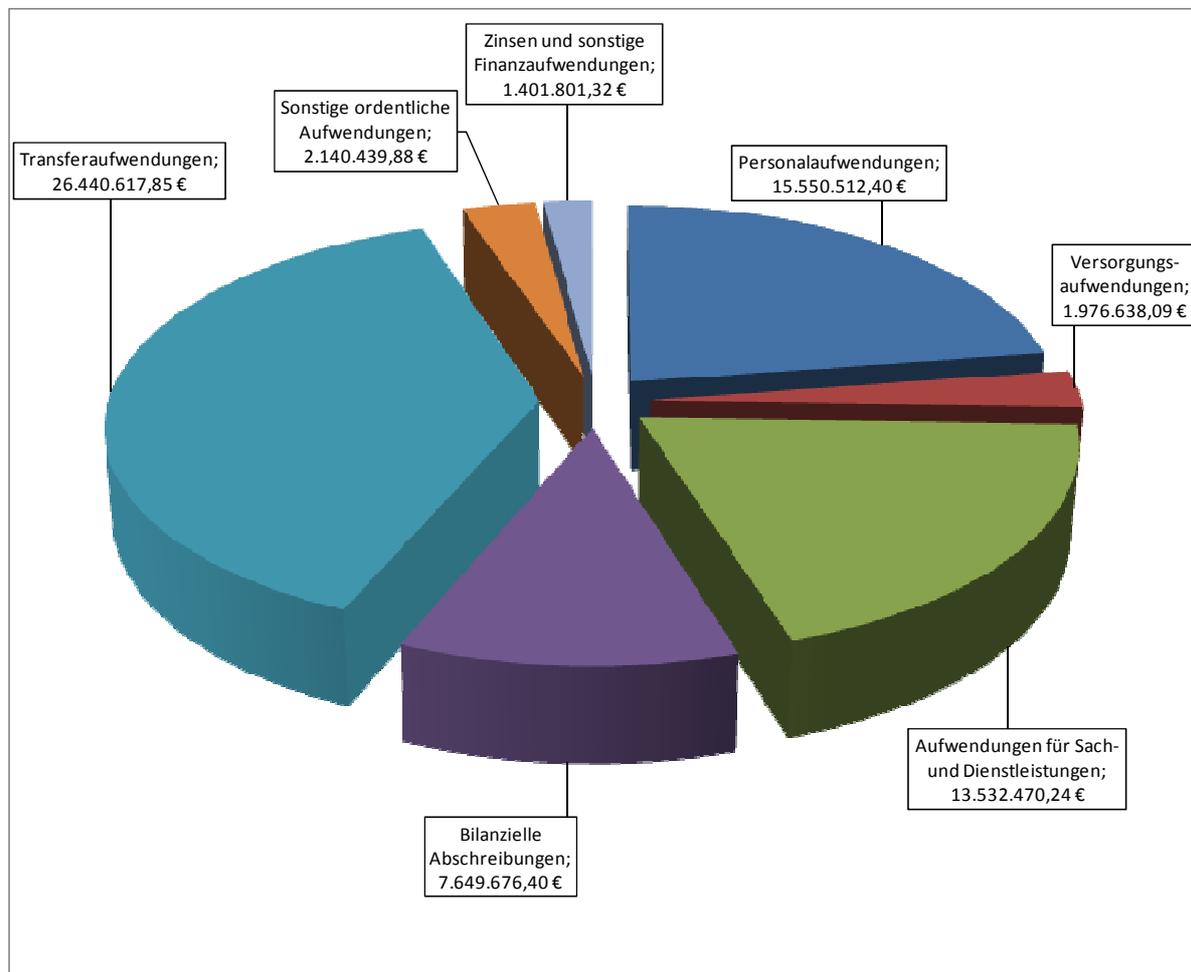
Gegenüber den Planungen fielen aufgrund einer an die gesetzlichen Vorgaben angepassten Verbuchung Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen weg (-223 TEUR). Demgegenüber konnten Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Bereich Brandschutz (+205 TEUR) aufgrund der Auflösung des nicht benötigten Teils der Rückstellungen im Bereich „Mehrarbeit Feuerwehr“ und im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft (+119 TEUR) aufgrund einer positiven Entwicklung bei den notwendigen Wertberichtigungen zu Forderungen in diesem Bereich erzielt werden.

3.3.1.8 Aktivierte Eigenleistungen (Zeile 8 Ergebnisrechnung)

Auswertung:

Im Jahr 2014 wurden Eigenleistungen in Höhe von 102.600,96 EUR aktiviert. Im Jahr 2014 erfolgte im Rahmen der Haushaltsplanung keine Veranschlagung, daher kommt es hier zu einem nicht geplanten Ertrag.

3.3.2 Aufwendungen im Überblick



3.3.2.1 Personalaufwendungen (Zeile 11 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus 2013	fortgeschriebener Ansatz	Differenz 2014
Personalaufwendungen	14.625.379,05 €	15.550.512,40 €	15.393.888,00 €	0,00 €	15.393.888,00 €	156.624,40 €

Auswertung:

Die Personalaufwendungen ohne Zuführung zu den Rückstellungen betragen in Berichtsjahr rd. 14.037 TEUR; in der Planung waren rd. 14.220 TEUR vorgesehen.

Zu den Dienstaufwendungen zählen u.a.:

- Bezüge für Beamte.....3.206.740,14 EUR
- Bezüge für tariflich Beschäftigte8.350.217,79 EUR

Der Planansatz der Dienstaufwendungen konnte um 25 TEUR unterschritten werden. Weitere Unterschreitungen ergaben sich in den Bereichen Beiträge zu Versorgungskassen (-112 TEUR), Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (-38 TEUR) und bei den Beihilfen (-9 TEUR).

Details zu den Rückstellungen im Personalbereich können dem Rückstellungsspiegel im Anhang entnommen werden.

Die Höhe der Personalrückstellungen insgesamt bzw. die Höhe der jährlichen Zuführungen und Entnahmen sind nicht direkt beeinflussbar. Die Berechnung erfolgt jährlich durch die kommunale Versorgungskasse nach versicherungsmathematischen Verfahren. Im Vergleich zur Planung kam es hier zu Mehraufwendungen i.H.v. 341 TEUR.

3.3.2.2 Versorgungsaufwendungen (Zeile 12 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus 2013	fortgeschriebener Ansatz	Differenz 2014
Versorgungsaufwendungen	1.732.531,99 €	1.976.638,09 €	1.470.000,00 €	0,00 €	1.470.000,00 €	506.638,09 €

Zu den Aufwendungen zählen:

- Beiträge zu Versorgungskassen.....1.271.503,92 EUR
- Beihilfen für Versorgungsempfänger 225.326,17 EUR
- Zuführung zu Rückstellungen 479.808,00 EUR

Die Versorgungsaufwendungen wurden im Jahr 2014 (und auch 2015) noch ohne Berücksichtigung der notwendigen Zuführungen zu Rückstellungen geplant. Es entstand ein Mehraufwand im Vergleich zur Planung i.H.v. 480 TEUR. Ab 2016 wird hier auch eine Berücksichtigung der Planzahlen erfolgen. Weitere Mehraufwendungen entstanden im Bereich Beiträge zu Versorgungskassen (+22 TEUR) und bei den Beihilfen (+5,3 TEUR).

3.3.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus 2013	fortgeschriebener Ansatz	Differenz 2014
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.183.242,52 €	13.532.470,24 €	13.892.460,00 €	211.072,00 €	14.103.532,00 €	-571.061,76 €

Auswertung:

Gegenüber der Planung 2014 wurden hier Aufwendungen von 571 TEUR weniger aufwandswirksam, als veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Rechnungsergebnis jedoch um rd. 349 TEUR.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Veränderungen:

➤ Instandhaltung, Unterhaltung und Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens

fort. Ansatz: 6.898.372,00 EUR; Rechnung: 6.692.441,44 EUR

Gegenüber der Planung 2014 wurden 873.376,92 EUR bzw. 3,05% eingespart. Das Rechnungsergebnis des Vorjahres lag um rd. 159 TEUR unter dem des Berichtsjahres.

Im Einzelnen verteilt sich der Aufwand im Wesentlichen:

- Gebäudemanagement
Zur Verfügung standen in 2014 Haushaltsmittel in Höhe von 1.804 TEUR. Hier wurden 1.893 TEUR in Anspruch genommen. Mehraufwand hier 89 TEUR.
- Sporthallen/Sportplätze
Von den geplanten Aufwendungen wurden 38.948,95 EUR benötigt; 25 TEUR wurden nicht aufwandswirksam.
- Kanalisation/Kläranlage
Für Bewirtschaftung und Unterhaltung waren 491.482,30 EUR eingeplant. Hiervon wurden 368.788,03 EUR in Anspruch genommen.
- Straßen und Verkehrsflächen
Für die Instandhaltung, Unterhaltung und Bewirtschaftung wurden 126.675,47 EUR benötigt. Die eingeplanten Haushaltsmittel konnten um rd. 22 TEUR unterschritten werden.

➤ Unterhaltung des beweglichen Vermögens

fort. Ansatz: ... 832.630,00 EUR; Rechnung: 823.676,57 EUR

- Fahrzeuge
Die Fahrzeuge des Baubetriebshofes verursachten einen Aufwand von rd. 92 TEUR; Feuerwehr und Rettungsdienst rd. 122 TEUR.
- Maschinen/technische Einrichtung
Im Bereich der Kläranlage/Kanalisation betragen die Aufwendungen 131 TEUR. Die technischen Einrichtungen in städtischen Gebäuden verursachten Kosten in Höhe von rd. 93 TEUR.
- Betriebs- und Geschäftsausstattung
Die größeren Aufwendungen entstanden bei der Feuerwehr/Rettungsdienst (rd. 67 TEUR), in den Schulen (rd. 25 TEUR) und beim Baubetriebshof (rd. 23 TEUR).

➤ Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

fort. Ansatz: ... 930.050,00 EUR; Rechnung: 835.399,73 EUR

- Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz
Schulen haben gesetzlichen Anspruch auf Finanzmittel für Lernmittel je Schüler. In einzelnen Schuljahren wird dieser nicht voll ausgeschöpft, da z.B. Klassensätze von Büchern weiter genutzt werden können. Dadurch konnten in 2014 rd. 31 TEUR eingespart werden. Der Gesamtaufwand betrug hier, ähnlich wie im Vorjahr, rd. 124 TEUR.
- Schülerbeförderungskosten
Gegenüber dem Vorjahr sind die Aufwendungen um rd. 4 TEUR auf 540 TEUR gestiegen. Gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz, der Aufwendungen in Höhe von rd. 565 TEUR vorsah, ergaben sich niedrigere Aufwendungen von rd. 25 TEUR.
- Landeszuweisungen "Geld oder Stelle"
Bei der Planung stehen die Schülerzahlen und Zügigkeiten nicht fest. Die Ansätze sind daher geschätzt. Es wurden rd. 48 TEUR weniger benötigt. Der Aufwand belief sich auf rd. 127 TEUR. In gleichem Umfang gab es jedoch auch weniger Zuweisungen vom Land.

➤ Aufwendungen für sonstige Sachleistungen

fort. Ansatz: ... 522.050,00 EUR; Rechnung: 426.633,71 EUR

Allein bei der Abwasserbeseitigung fallen rd. 254 TEUR der Aufwendungen. Hierunter fallen z.B. die Kosten der Klärschlamm Entsorgung, Betriebsmittel und Containermieten.

Für Schulen werden 39 TEUR, für Kinderbetreuung 45 TEUR und für die Bücherei 41 TEUR benötigt.

➤ Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

fort. Ansatz: 3.489.860,00 EUR; Rechnung: 3.328.722,61 EUR

Rd. 1.790 TEUR der Aufwendungen entfallen auf die Abfallentsorgung (Deponie- und Transportentgelte). Die Kosten der OGS-Betreuung, die an den Träger der Maßnahme zu zahlen sind, belaufen sich auf rd. 766 TEUR.

Im Bereich des Jugendamtes fallen insbesondere für die Schulsozialarbeit Aufwendungen in Höhe von rd. 176 TEUR an.

Die Aufwendungen für Kurshonorare der VHS betragen rd. 321 TEUR.

Für die Straßenreinigung wurden rd. 80 TEUR aufgewandt.

An Beratungsleistungen waren insgesamt rd. 148 TEUR eingeplant. Ergebniswirksam wurden in 2014 jedoch nur rd. 73 TEUR und zwar insbesondere für:

- Steuerliche Fragestellungen / Konzessionsvergabe 17.295,32 EUR
- Städtebauliche Planungen u.ä..... 48.533,76 EUR

3.3.2.4 Bilanzielle Abschreibungen (Zeile 14 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus 2013	fortgeschriebener Ansatz	Differenz 2014
Bilanzielle Abschreibungen	7.501.320,11 €	7.649.676,40 €	7.314.733,00 €	0,00 €	7.314.733,00 €	334.943,40 €

Auswertung:

Abschreibungen für vorhandenes Vermögen lassen sich relativ gut planen. Bei der Anschaffung von neuen Vermögensgegenständen sind aber der Zeitpunkt der Anschaffung sowie der Anschaffungswert für die Höhe der Abschreibung maßgeblich. Diese Faktoren lassen sich nur schwer planen, so dass es zu Differenzen im Vergleich zur Planung kommt. Bei einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung eines Vermögensgegenstandes des Anlagevermögens oder auch bei Finanzanlagen sind gem. § 35 Abs. 5 GemHVO NRW Wertberichtigungen vorzunehmen. Ggfls. sind diese gem. § 43 Abs. 3 GemHVO NRW direkt mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen.

Die Einzelbeträge der Abschreibungen des Anlagevermögens sind dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen.

3.3.2.5 Transferaufwendungen (Zeile 15 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus 2013	fortgeschriebener Ansatz	Differenz 2014
Transferaufwendungen	23.963.865,38 €	26.440.617,85 €	26.068.550,00 €	0,00 €	26.068.550,00 €	372.067,85 €

Auswertung:

Die Transferaufwendungen ergeben sich aus folgenden größeren Positionen:

- Kreisumlage..... 12.725.056,28 EUR
- Kinder- Jugend- und Familienhilfe 7.952.831,97 EUR
- Gewerbesteuerumlage 1.560.450,19 EUR
- Fonds dt. Einheit..... 1.515.865,91 EUR
- Krankenhausinvestitionsumlage 323.418,00 EUR
- ÖPNV 243.191,27 EUR

Im Vergleich zur Planung sind u.a. höhere Aufwendungen im Bereich Sozialtransferaufwendungen (+799 TEUR) aufgrund von u.a. Mehrbedarfen im Bereich Asylbewerber (+269 TEUR) und Hilfen zur Erziehung (+550 TEUR) zu verzeichnen.

Aufgrund des geringeren Ertrages aus der Gewerbesteuer fallen demgegenüber die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit (-240 TEUR) geringer aus.

3.3.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen (Zeile 16 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus 2013	fortgeschriebener Ansatz	Differenz 2014
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.746.014,08 €	2.140.439,88 €	1.953.294,00 €	8.247,56 €	1.961.541,56 €	178.898,32 €

Auswertung:

Zur Berücksichtigung des allgemeinen Ausfall- und Kreditrisikos bei Forderungen ist eine Pauschalwertberichtigung zu bilden. Die Höhe des Pauschalwertberichtigungssatzes sollte sich an den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre in der jeweiligen Gemeinde orientieren. Zweifelhafte Forderungen (u.a. niedergeschlagene Forderungen, Forderungen, die mit Rechtsbehelfen belegt sind und Forderungen, die im Insolvenzverfahren angemeldet sind) sind in Höhe des erwarteten Zahlungsausfalls einzeln wertzuberichtigen (Einzelwertberichtigung). Die Stadt Oelde hat im Haushaltsjahr 2014 nicht eingeplante Wertkorrekturen für Forderungen in Höhe von rd. 224 TEUR vorgenommen.

Weitere größere Positionen sind:

- Geschäftsaufwendungen 606.245,44 EUR
- Versicherungsbeiträge, Steuern..... 556.887,25 EUR
- Mieten und Pachten, Leasingkosten 191.301,03 EUR
- Aufwand für politische Gremien 180.165,65 EUR
- Sonst. Personalaufwendungen (u.a. Fort- und Ausbildung) 242.322,21 EUR

3.4 Finanzergebnis

3.4.1 Finanzerträge (Zeile 19 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Differenz 2014
Finanzerträge	325.013,95 €	500.585,10 €	291.100,00 €	209.485,10 €

Auswertung:

Zinserträge aus Fest- bzw. Tagesgeldern konnten trotz der kurzfristig notwendigen Aufnahme von Kassenkrediten noch in Höhe von rd. 2,5 TEUR erzielt werden.

Steuernachveranlagungen der Vorjahre erbrachten Zinsen in Höhe von rd. 243 TEUR.

Gewinnausschüttungen der Sparkasse (rd. 238 TEUR) und der KEG GmbH (rd. 10 TEUR) konnten im Jahr 2014 verbucht werden.

Gegenüber den Planungen ergibt sich der Mehrertrag aus nicht erwarteten Zinserträgen aus Steuernachveranlagungen.

3.4.2 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Zeile 20 Ergebnisrechnung)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus 2013	fortgeschriebener Ansatz	Differenz 2014
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.526.851,89 €	1.401.801,32 €	1.460.100,00 €	0,00 €	1.460.100,00 €	-58.298,68 €

Auswertung:

Die Zinsen für die laufenden Investitionskredite betragen 1.402 TEUR. Die Einsparung gegenüber der Planung von rd. 58 TEUR konnte dadurch erreicht werden, dass die für 2014 geplante Kreditaufnahme nur in Höhe von 3.000 TEUR in Anspruch genommen wurde.

Die Erstattungszinsen für Steuerrückzahlungen betragen rd. 6,5 TEUR.

Gegenüber den Planungen ergibt sich der Minderaufwand aus nicht in der erwarteten Höhe erfolgter Darlehensaufnahme.

3.5 Außerordentliches Ergebnis

3.5.1 Außerordentliche Erträge/Aufwendungen (Zeile 23/24 Ergebnisrechnung)

Auswertung:

Im Berichtsjahr 2014 wurden keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen verbucht.

4. Liquidität, Investitionen und Finanzierung

Die Finanzrechnung weist folgende Ergebnisse im Plan / Ist – Vergleich aus:

Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Plan 2014	Ermächtigung aus Vorjahren	Differenz 2014
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	78.704.967,89 €	77.834.028,87 €	61.467.207,00 €	0,00 €	16.366.821,87 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.307.154,59 €	4.050.330,64 €	3.610.950,00 €	0,00 €	439.380,64 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	7.061.701,64 €	17.071.442,85 €	8.956.586,00 €	0,00 €	8.114.856,85 €
Summe der Einzahlungen	92.073.824,12 €	98.955.802,36 €	74.034.743,00 €	0,00 €	24.921.059,36 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	74.201.406,47 €	76.141.563,56 €	59.042.943,00 €	0,00 €	17.098.620,56 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.248.837,93 €	8.519.363,92 €	13.871.800,00 €	1.242.579,37 €	-6.595.015,45 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	8.200.738,83 €	15.163.677,54 €	1.120.000,00 €	0,00 €	14.043.677,54 €
Summe der Auszahlungen	92.650.983,23 €	99.824.605,02 €	74.034.743,00 €	1.242.579,37 €	24.547.282,65 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.503.561,42 €	1.692.465,31 €	2.424.264,00 €	0,00 €	-731.798,69 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.941.683,34 €	-4.469.033,28 €	-10.260.850,00 €	-1.242.579,37 €	7.034.396,09 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-1.139.037,19 €	1.907.765,31 €	7.836.586,00 €	0,00 €	-5.928.820,69 €
Änderung Finanzmittelbestand	-577.159,11 €	-868.802,66 €	0,00 €		
Liquide Mittel (Stand: 31.12.)	4.558.493,07 €	3.689.690,41 €	4.558.493,07 €		

4.1 Liquiditätslage

Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln am 01.01.2014 in Höhe von 4.558 TEUR hat sich im Jahr 2014 um rd. 869 TEUR vermindert. Die liquiden Mittel betragen am 31.12.2014, also zum Bilanzstichtag, 3.690 TEUR.

Die Kassenliquidität der Stadtkasse im Jahr 2014 war jederzeit gewährleistet. Liquiditätskredite wurden im Berichtsjahr insgesamt i.H.v. 14.000 TEUR in Anspruch genommen. Auf die Aufschlüsselung der Aufnahme und Tilgungen der Liquiditätskredite im Anhang wird verwiesen.

4.2 Investitionen

4.2.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit (Zeile 23 Finanzrechnung)

Ansatz:3.610.950,00 EUR; Rechnung:4.050.330,64 EUR

Die Investitionen 2014 wurden wie folgt finanziert:

1. Durch Zuwendungen und Zuschüsse2.744.115,77 EUR
Wesentliche Positionen:
 - Investitionspauschale 1.238.352,37 EUR
 - Schulpauschale 775.682,00 EUR
 - Zuschuss „Am Landhagen“ 498.000,00 EUR
 - Feuerschutzpauschale 100.324,42 EUR
 - Sportpauschale 80.127,00 EUR

Gegenüber den Planungen erfolgte die Verbuchung der konsumtiv ausgewiesenen Schulpauschale in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften als investive Einzahlung. Insofern liegt das Ergebnis über dem Ansatz.

2. Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken714.849,78 EUR
3. Beiträge563.947,34 EUR
Wesentliche Positionen:
 - Erschließungsbeiträge280.863,56 EUR
 - KAG- Beiträge 137.798,45 EUR
 - Kanalanschlussbeiträge 124.499,18 EUR
 - Beiträge für den Naturschutz 20.786,15 EUR

Gegenüber den Planungen kommt es zu Mindereinnahmen im Bereich der KAG-Beiträge.

4. Sonstige Investitionseinzahlungen27.417,75 EUR

4.2.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit (Zeile 30 Finanzrechnung)

fortgeschr. Ansatz: 15.114.379,37 EUR; Rechnung:8.519.363,92 EUR

Insgesamt wurden für Investitionstätigkeiten 8.519 TEUR ausgezahlt. Gegenüber der fortgeschriebenen Planung, die Auszahlungen in Höhe von 15.114 EUR vorsah, konnten somit Investitionen von rd. 6.595 TEUR nicht umgesetzt werden. Es wurden somit 56,4 % der in 2014 geplanten Investitionsmaßnahmen realisiert.

Nachfolgende größere Investitionsausgaben wurden getätigt:

1. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

fortgeschr. Ansatz: 1.861.000,00 EUR; Rechnung: 1.114.488,72 EUR

Beim Grunderwerb wurden rd. 747 TEUR weniger ausgegeben, als ursprünglich vorgesehen. Insbesondere Gewerbegrundstücke wurden nicht in dem geplanten Umfang erworben.

2. Auszahlungen für Baumaßnahmen

fortgeschr. Ansatz: 9.488.175,26 EUR; Rechnung: 5.288.150,28 EUR

2.1 Hochbaumaßnahmen

fortgeschr. Ansatz: 2.550.000,00 EUR; Rechnung: 855.705,05 EUR

Wesentliche Abweichungen zur Planung:

	fortgeschriebener Ansatz 2014	Rechnungsergebnis 2014	Differenz
Bau Erweiterungsmaßnahme am Feuerwehrgerätehaus Oelde-Mitte	1.150.000,00	463.085,04	-686.914,96
Baul. Maßnahmen zur Weiternutzung v. Gebäuden der ehem. Erich-Kästner-Schule	25.000,00	2.434,38	-22.565,62
Umsetzung Energiekonzept am Thomas-Morus-Gymnasium	300.000,00	5.355,00	-294.645,00
Investitionen zur Verbesserung der Barrierefreiheit an Gesamtschule	150.000,00	86.621,51	-63.378,49
Erweiterung Betriebsgebäude Kläranlage	130.000,00	0,00	-130.000,00
Barrierefreies Toilettenhäuschen Innenstadt	130.000,00	0,00	-130.000,00
Umkleidegebäude Sport Sünninghausen	350.000,00	0,00	-350.000,00

2.2 Tiefbaumaßnahmen

fortgeschr. Ansatz:.....4.977.731,62 EUR; Rechnung:.....4.082.647,03 EUR

Wesentliche Abweichungen zur Planung:

	fortgeschriebener Ansatz 2014	Rechnungsergebnis 2014	Differenz
Abwicklung d. Vereinbarung "Bau der K 30n" Kreis Warendorf/Stadt Oelde	70.000,00	99.478,00	29.478,00
Baugebiet "Zum Sundern II. BA"	1.257.278,80	1.065.505,23	-191.773,57
Neub. Rückhalteb. Mitte, einschl. Umbau d. Bauwerke RÜB-Mitte,- Südost	211.260,00	84.388,91	-126.871,09
Baugeb. Nr. 86 Lette, südl. d. Herzebrocker Str. II BA	255.000,00	293.632,80	38.632,80
Wiedenbrücker Tor	60.000,00	10.645,10	-49.354,90
Am Rosendahl	40.000,00	0,00	-40.000,00
Herstellung Regenrückhaltebecken "Nonnenbach" in Oelde-Lette	295.000,00	129.656,70	-165.343,30
Ausbau "Goldbrink"	81.000,00	3.158,17	-77.841,83
"Ermländerweg / Pommernweg / Schlesierweg"	50.000,00	0,00	-50.000,00
Anbindung Nordring an A2	45.000,00	0,00	-45.000,00
Kunstrasenplatz Lette	485.000,00	382.396,86	-102.603,14
Investitionen unter der Wertgrenze	65.000,00	2.837,61	-62.162,39

2.3 sonstige Baumaßnahmen

fortgeschr. Ansatz:..... 1.960.443,64 EUR; Rechnung:.....403.798,20 EUR

Wesentliche Abweichungen zur Planung:

	fortgeschriebener Ansatz 2014	Rechnungsergebnis 2014	Differenz
Niederspannungshauptverteilung Klärwerk	300.000,00	168.791,25	-131.208,75
Frei- und Spielflächen im Außenbereich TMG	50.000,00	15.197,36	-34.802,64
Erneuerung u. Erweiterung des BHKW am Klärwerk	339.000,00	40.697,27	-298.302,73
Umsetzung 2. Rettungsweg für den Ratssaal	100.000,00	0,00	-100.000,00
Maßnahmen zum vorbeugen Hochwasserschutz im Einzugsgebiet Axtbach	938.443,64	67.905,55	-870.538,09
Ertüchtigung der Wehranlage Mühlenteich an Kramers Mühle	80.000,00	0,00	-80.000,00

3. Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

fortgeschr. Ansatz:.....3.243.004,11 EUR; Rechnung:.....1.900.869,37 EUR

3.1 Erwerb von beweglichem Anlagevermögen > 410 EUR

fortgeschr. Ansatz:.....3.050.764,11 EUR; Rechnung:.....1.750.181,13 EUR

Insbesondere die in Folgejahre verschobene Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen führt hier zu einer Abweichung i.H.v. 1.079 TEUR gegenüber dem Ansatz. Die Gründe im Bereich der Feuerwehren liegen an den kartellrechtlichen Problemen aus 2012. Dadurch bedingt sind längere Lieferzeiten und höhere Beschaffungspreise der Fahrzeuge einzuplanen. Die in 2014 eingesparten Mittel werden im Folgejahr fällig.

3.2 Erwerb von beweglichem Anlagevermögen < 410 EUR

fortgeschr. Ansatz:.....192.240,00 EUR; Rechnung:.....150.688,24 EUR

4.4 Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

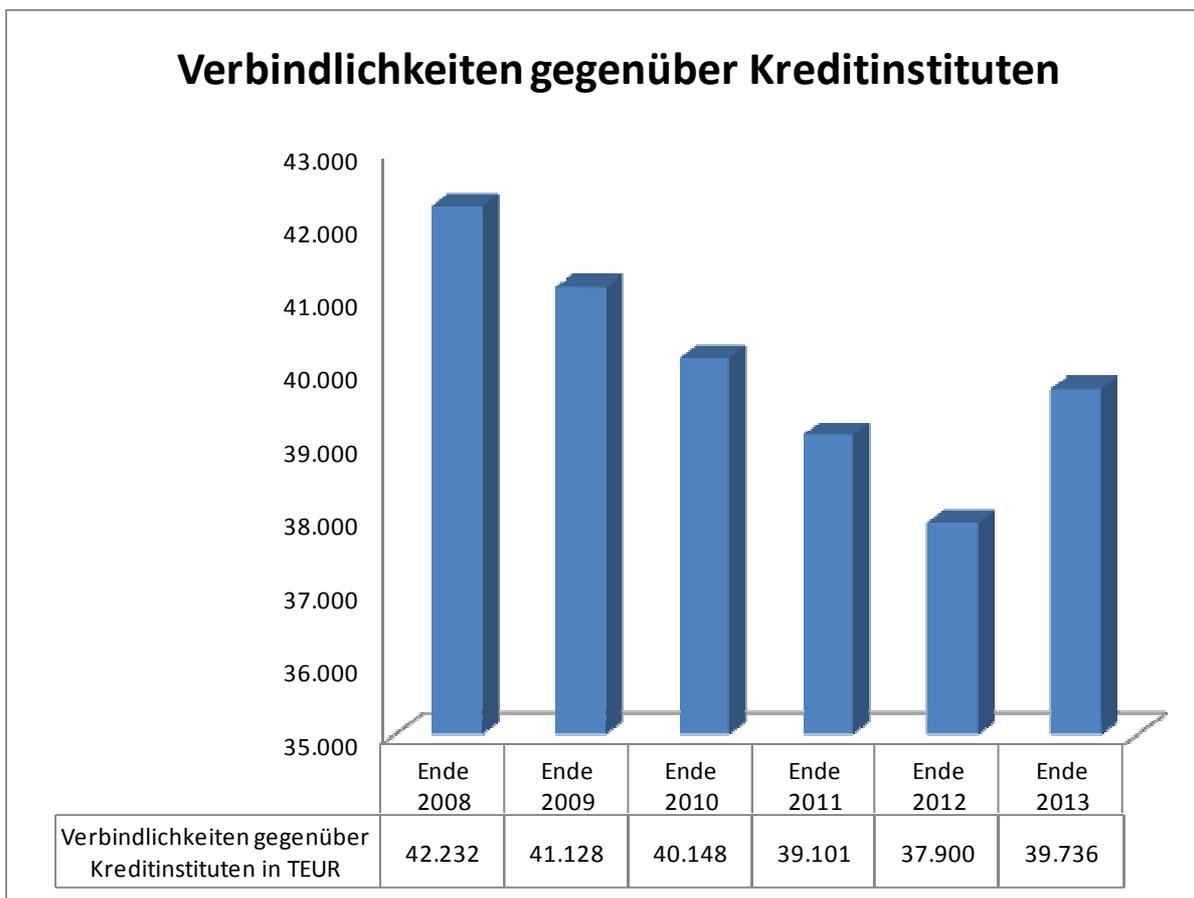
Der Schuldenstand gegenüber den Kreditinstituten zum 31.12.2014 entwickelte sich wie folgt:

- Ordentliche Tilgung 1.149.539,47 EUR
- Sondertilgung 0,00 EUR
- Neue Kreditaufnahme..... 3.000.000,00 EUR

Der für 2014 geplante Kreditrahmen in Höhe von 8.838 TEUR wurde nicht in Anspruch genommen. Die Gründe hierfür sind die geringer als erwartet entstandenen Investitionsauszahlungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten der Stadt Oelde zum 31.12.2014 betragen 39.736 TEUR. Dies entspricht einer Netto-Neuverschuldung i.H.v. rd. 1.850 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2014 wurde ein neues Darlehen i.H.v. 3.000 TEUR aufgenommen. Bedingt durch die im Jahr 2013 entstandene Überschreitung der Kreditaufnahmeermächtigung i.H.v. 933 TEUR und durch geringere Auszahlungen aus Investitionstätigkeit kam es auch in 2014 erneut zu einer Überschreitung der Kreditaufnahmeermächtigung i.H.v. 64 TEUR. Diese ist im Jahr 2015 abzubauen. Auf die detaillierten Berechnungen in der Anlage zum Anhang wird verwiesen.



5. Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Bilanzsumme zum Stichtag 31.12.2014 beträgt 235.887 TEUR und weist damit eine Erhöhung gegenüber der Bilanz zum 31.12.2013 von 876 TEUR aus.

Wesentliche Kennzahlen im Überblick:

<u>Grad der finanziellen Unabhängigkeit</u>							
Eigenkapital	X	100	72.870.102,23 €	X	100	=	
Bilanzsumme			235.887.286,33 €				30,89%
<u>Grad der Verschuldung</u>							
Fremdkapital*	X	100	78.217.978,08 €	X	100	=	
Bilanzsumme			235.887.286,33 €				33,16%
*Fremdkapital = Rückstellungen + Verbindlichkeiten							
<u>Sachanlagenintensität</u>							
Anlagevermögen	X	100	221.895.903,10 €	X	100	=	
Bilanzsumme			235.887.286,33 €				94,07%
<u>Anlagendeckung I</u>							
Eigenkapital	X	100	72.870.102,23 €	X	100	=	
Anlagevermögen			221.895.903,10 €				32,84%

6. Wirtschaftliche Lage

Eine ausgeglichene Bilanzstruktur ist ebenso als Grundvoraussetzung für die Zukunftsorientierung des gemeindlichen Handelns anzusehen wie die Entwicklung des Ergebnisses.

Für das Jahr 2014 wurde ein Jahresergebnis von rd. -1.336 TEUR erzielt. Wie vorab bereits dargelegt ist dieses Ergebnis zum Teil auf Vorschriften der GemHVO NRW hinsichtlich der direkten Verrechnung von bestimmten Geschäftsvorfällen mit der Allgemeinen Rücklage zurückzuführen. Ohne die in der Ergebnisrechnung nachrichtlich ausgewiesenen Verrechnungen hätte die Ergebnisrechnung mit dem besseren Ergebnis i.H.v. „nur“ -747 TEUR abgeschlossen.

Gleichwohl konnte ein deutlich positiveres Ergebnis erzielt werden, als ursprünglich geplant war. Ursächlich hierfür sind, gegenüber den Planungen, gestiegene Erträge (außer Steuern und Kostenumlagen). Die hinter den Erwartungen zurückbleibende Entwicklung der Gewerbesteuer zeigt auf, dass bei rd. 19.000 TEUR, selbst bei hervorragender Wirtschaftslage und derzeit geltenden Hebesätzen, eine weitere Steigerung nicht mehr möglich sein dürfte. Im Bereich der Aufwendungen mussten die Ansätze insgesamt überschritten werden.

Das Rechnungsergebnis führt dazu, dass nach Verrechnung des Jahresfehlbetrages die Ausgleichsrücklage zum 01.01.2015 einen Betrag von rd. 731 TEUR ausweisen wird.

Für den geplanten Jahresabschluss 2015 hat das folgende Auswirkungen:

In der Planung waren zum Ausgleich des Haushaltes 2015 der Allgemeinen Rücklage 3.093 TEUR (4,33 %) zu entnehmen. Dadurch, dass nunmehr nach Verrechnung des Jahresergebnisses 2014 noch ein Bestand der Ausgleichsrücklage i.H.v. 731 TEUR verbleibt, kann diese zur teilweisen Deckung des erwarteten Jahresfehlbetrages 2015 in Anspruch genommen werden. Die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage aufgrund des Jahresfehlbetrages 2015 kann daher auf 2.363 TEUR (3,28 %) verringert werden.

Auch die prozentuale Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage im Finanzplanungszeitraum bis 2018 verringert sich durch das Ergebnis 2014. Auf die Übersicht in der Anlage zum Anhang wird verwiesen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass das Jahresergebnis 2015 deutlich schlechter, als in der Planung unterstellt, ausfallen wird.

7. Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter der Stadt Oelde entwickelte sich im Berichtsjahr wie in der folgenden Tabelle dargestellt.

	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung	
			absolut	%
Mitarbeiter insgesamt:	351	347	-4	-1,14%
davon Beamte	74	73	-1	-1,35%
davon tariflich Beschäftigte	266	260	-6	-2,26%
davon Auszubildene/AnwärterInnen	11	14	3	27,27%
Personen in Freistellungsphase (ATZ)	9	3	-6	-66,67%
Personen in Erziehungszeit	12	16	4	33,33%
Anzahl der Teilzeitbeschäftigten	125	120	-5	-4,00%

8. **Ergebnisentwicklung / Risiken und Chancen / Ausblick**

Wie bereits dargelegt, waren die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des gemeindlichen Haushalts des Jahres 2014 günstiger, als erwartet.

Die Gewerbesteuereinnahmen konnten auf hohem Niveau gehalten werden. Dieser positive Effekt ist nicht nur auf die für 2011 beschlossene Steuererhöhung zurückzuführen, sondern auch auf die in 2014 noch anhaltenden sehr guten Rahmenbedingungen für Gewerbe und Industrie in Oelde. Eine weitere deutliche Steigerung der Erträge aus der Gewerbesteuer über den Wert von 19.000 TEUR hinaus ist nach hiesiger Einschätzung nicht zu erwarten. Vielmehr ist in kommenden Jahren mit zurückgehenden Erträgen aus der Gewerbesteuer zu rechnen. Hier liegt ein deutliches Risiko für die Haushaltswirtschaft der Folgejahre.

Die weiterhin konjunkturell starke Wirtschaft und das damit verbundene hohe Steueraufkommen führen jedoch, selbst bei stärkstem Aufkommen, nicht zu strukturell ausgeglichenen Haushalten in den kommenden Jahren. Insbesondere die ausbleibenden Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erschweren, bei steigenden Aufwendungen, den Haushaltsausgleich. Steigende Aufwendungen, z.B. im Bereich der Hilfen zur Erziehung und im gesamten Sozialbereich (auch über die Kreisumlage mitfinanzierte Aufwendungen des LWL) lassen einen Haushaltsausgleich für die Folgejahre nahezu unmöglich werden. Zudem schultert die Stadt Oelde die Belastung aus dem Stärkungspaktgesetz von jährlich rd. 500 TEUR. Mit dieser Abundanz- bzw. Solidaritätsumlage sollen steuerstarke Kommunen, zu denen die Stadt Oelde gehört, besonders finanzschwache Kommunen finanziell unterstützen. Die genaue Berechnung dieser Umlage unterliegt jährlichen Schwankungen, was ihre Planbarkeit erheblich erschwert und damit ein erhebliches Risiko für die Haushaltswirtschaft darstellt. Die Stadt Oelde beteiligt sich an einer gerichtlichen Prüfung des Stärkungspaktgesetzes.

Der Haushaltsausgleich für das Jahr 2015 kann nach der Planung nicht erreicht werden. Allerdings bietet das besser als erwartet ausfallende Ergebnis 2014, das die vorhandene Ausgleichsrücklage nicht vollständig aufzehrt, die Möglichkeit, das Defizit des Jahres 2015 teilweise aus der Ausgleichsrücklage zu decken.

Insoweit steht der städtische Haushalt auch in den kommenden Jahren jeweils unter dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht. Hierbei sind die vom Gesetzgeber vorgegeben Schwellenwerte zu beachten, um auch in Zukunft einen genehmigungsfähigen Haushalt erstellen zu können.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes ist festzuhalten, dass im Jahr 2015 gravierende negative Abweichungen bei den wichtigen Ertragspositionen zu erwarten sind. Insbesondere die Gewerbesteuer wird deutlich hinter den Erwartungen zurückbleiben. Eine Kompensation dieses Ausfalls durch die mittlerweile erlassene Haushaltssperre erscheint in 2015 nicht möglich. Auf den Nachtragsbericht wird verwiesen.

Bei einer strengen Haushaltsdisziplin und durch weitere Konsolidierungsbemühungen von Rat und Verwaltung, die schon in den letzten Jahren die Haushaltsberatungen prägten, kann auch zukünftig die Aufstellung eines Haushaltsicherungskonzeptes vermieden werden.

Durch die seitens der Bundesregierung versprochene Entlastung der Kommunen u.a. bei den Sozialaufwendungen (5 Mrd. EUR) entstehen Chancen auch für den Haushalt der Stadt Oelde zur Abfederung von zusätzlichen Belastungen. Wichtig ist, dass die Entlastungen von übergeordneten Ebenen auch 1:1 an die Kommunen weitergereicht werden.

9. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes ist festzuhalten, dass im Jahr 2015 gravierende negative Abweichungen bei den wichtigen Ertragspositionen zu erwarten sind. Insbesondere die Gewerbesteuer wird deutlich hinter den Erwartungen zurückbleiben. Eine Kompensation dieses Ausfalls durch die mittlerweile erlassene Haushaltssperre erscheint in 2015 nicht möglich.

Zudem kam es durch ein Starkregenereignis im August 2015 zu größeren Schäden an städtischen Immobilien und an städtischer Infrastruktur. Dieses Ereignis wird die Haushaltswirtschaft in 2015 stark belasten. Eine exakte Schadensbeifferung ist derzeit noch nicht möglich.

Das Jahr 2015 ist für die Stadt Oelde darüber hinaus durch die Aufnahme zahlreicher ausländischer Flüchtlinge geprägt. Insbesondere die Aufwendungen zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge belasten die Haushaltswirtschaft.

Für die im Aktienbestand der städtischen Tochtergesellschaft WBO GmbH befindlichen RWE-Aktien ist der Kursverlauf in 2015 negativ. In Zukunft wird zu prüfen sein, ob aufgrund der negativen Kursentwicklung von einer dauerhaften Wertminderung der WBO GmbH aus Sicht der Stadt Oelde auszugehen sein wird.

Organe und Mitgliedschaften & Kennzahlen

9. Organe und Mitgliedschaften

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Karl-Friedrich	Knop Ludwig-Niedieck-Straße 5 59302 Oelde-Stromberg	Bürgermeister der Stadt Oelde	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- u. Gemeindebund Mitglied Mitgliederversammlung Münsterland e.V. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Vorsitzender und Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH Vorsitzender und Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH Mitglied Aufsichtsrat Wasserversorgung Beckum GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung Radio WAF Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Mitglied Gesellschafterversammlung GfW Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Mitglied Aufsichtsrat GfW Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Mitglied Gesellschafterversammlung AUREA GmbH stellv. Vorsitzender und Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung Krümtünger Entsorgung GmbH Mitglied Verbandsversammlung Wasserverband Aabach-Talsperre Mitglied Regionalbeirat Münster der GVV Mitglied Initiativkreis Wirtschaft Oelde Ortsverbandvorsitzender Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Mitglied des Kuratoriums Marienhospital Oelde Mitglied Kuratorium Gemeinschaftsstiftung DRK-Oelde Vorsitzender und Mitglied Sparkassenbeirat Kreis Warendorf Vorsitzender und Mitglied Kuratorium Kulturstiftung Sparkasse Münsterland Ost Mitgliedschaft Aufsichtsrat Stadtwerk Rheda-Wiedenbrück GmbH & Co. KG Mitglied Beirat der Vereinigten Gas- und Wasserversorgung Rheda-Wiedenbrück GmbH
Michael	Jathe Von-Brachum-Straße 26 59302 Oelde	Erster Beigeordneter der Stadt Oelde	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung AUREA GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung Krümtünger Entsorgung (KEG) GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung Regionalverkehr Münsterland GmbH bis 17. 06. 2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH bis 17.06.2014

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Matthias	Abel Normannenweg 42 59519 Möhnesee	Technischer Beigeordneter der Stadt Oelde	stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Wasserversorgung Beckum GmbH (seit 6.12.2010) Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde (Erschwerer seit 6.12.2010) Mitglied Mitgliederversammlung EUREGIO e.V. (seit 30.01.2012) stellv. Mitglied des Aufsichtsrats WBO (seit 06.12.2010) stellv. Mitglied der Gesellschafterversammlung WBO (seit 06.12.2010) Mitglied Aufsichtsrat des Bauvereins Oelde GmbH (seit 06.12.2010) Mitglied Gesellschafterversammlung Bauverein Oelde GmbH (seit 17. 06.2014) Geschäftsführer Krumtüngr Entsorgung GmbH (seit 06.12.2010)
Norbert	Austrup Ostarpstr. 20 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Landwirt	seit 17. Juni 2014: stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH
Achim	Berkenkötter Wilhelm-Cordes-Str. 30 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Bundesministerium des Inneren Polizeivollzugsbeamter Branche: Bundespolizei Mitglied der Gewerkschaft der Polizei hG FH Düsseldorf	seit 17. Juni 2014: stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH
Hubert	Bleß Lortzingstraße 35 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Techn. Angestellter in passiver Altersteilzeit bei GEA Westfalia Separator Branche: Maschinenbau	bis 17.06.2014: stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost; Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH; stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Wolfgang	Bovekamp Helmut-Rahn-Straße 4 59302 Oelde	Ratsmitglied Pensionär Mitglied im Rotary-Club Beckum-Oelde Vorstandsmitglied FWG Oelde e.V. Leiter des Literaturgesprächskreises der Ev. Kirchengemeinde Oelde Mitglied der Synode des Ev. Kirchenkreises Gütersloh u. Stellv. Vorsitzender des Presbyteriums der Ev. Kirchengemeinde Oelde	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014; stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH ab 17.06.2014 Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund ab 17.06.2014
Marita	Brommann Ludwig-Niedick-Straße 10 59302 Oelde	Ratsmitglied Dipl.-Sozialarbeiterin bei SKFM Branche: Sozialer Dienst	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse-Münsterland-Ost ab 17.06.2014 Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde; Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH; Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH; Mitglied Aufsichtsrat Bauverein Oelde GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Hauptversammlung RWE AG ab 17.06.2014
Edmund	Dalecki Elisabethstr. 16 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Land NRW Gesamtschullehrer 1. Vorsitzender der Herzsportgruppe Oelde Mitglied des geschäftsf. Vorstands des Fußball- und Leichtathletik Verbandes Westfalen Kreis Beckum	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH an 17.06.2014
André	Drinkuth Bernhard-Klockenbusch- Straße 10 59302 Oelde	Ratsmitglied Koordinator Bereich Tochtergesellschaften Fa. Haver & Boecker Branche: Metall/Maschinenbau	Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH ab 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH bis 17.06.2014; stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost ab 22.04.2013 bis 17.06.2014

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Ernst-Rainer	Fust Axthausener Weg 17a 59302 Oelde	Ratsmitglied Pensionär Zweiter Stellvertretender Bürgermeister stellv. Vorsitzender der AWO Im Vorstand der AWO des Kreis Warendorf	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost; Mitglied Mitgliederversammlung Musikschule Beckum-Warendorf e.V. bis 17.06.2014; stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Musikschule Beckum-Warendorf e.V. ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Beirat der Musikschule Beckum-Warendorf e.V. stellv. Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH; 2. stellv. Bürgermeister Aufsichtsrat WBO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17.06.2014 Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Andrea	Geiger Von-Manger-Straße 5 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Selbständig Kosmetikerin	stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Musikschule Beckum-Warendorf e.V. bis 17.06.2014 Mitglied Beirat der Musikschule Beckum-Warendorf e.V. bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH (Stimmführerin) bis 17.06.2014
Eugen	Gette Zum Kreuzweg 1b 59302 Oelde	Ratsmitglied Gea Westfalia Separator Projekt Manager Branche: Maschinenbau	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH ab 17.06.2014
Johannes- Heinrich	Gresshoff Gresshoffweg 6 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Landwirt, Hotelier Landhotel Meier Gresshoff	Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH bis 17.06.2014
Daniel	Hagemeier Prozessionsweg 15 59302 Oelde	Ratsmitglied AOK-Betriebswirt AOK -Nordwest Branche: Krankenversicherung Erster Stellvertretender Bürgermeister	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH ab 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH bis 17. Juni 2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH bis 17.06.2014

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Rainer	Hellweg Joseph-Höffner-Straße 9 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Betriebswirt Unternehmen Haver & Bocker Branche: Maschinenbau	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung GfW bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17.06.2014
Peter	Hellweg Geiststraße 42 59302 Oelde	Ratsmitglied Raumausstatter Selbständig Raumträume Hellweg 1. Vorsitzender der CDU Oelde	stellv. Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH (Sprecher) ✓ Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH (Sprecher) ab 17.06.2014
Hildegard	Hödl Fritz-Reuter-Straße 12 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Hausfrau	Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO bis 17.06.2014
Heinz	Junkerkalefeld Von-Nagel-Straße 21 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Kaufmann Selbständig Provinzial-Geschäftsstelle Hausverwaltung	stellv. Mitglied Mitgliedervers. Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH bis 17.06.2014
Winfried	Kaup Im Ketzeln 17 59302 Oelde-Stromberg	Ratsmitglied Pensionär	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH ab 17.06.2014 Mitglied Gesellschaftervers. GfW

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Hubert	Kobrink Südstraße 36 59302 Oelde	Ratsmitglied Versicherungskaufmann Selbständig Hubert Kobrink LVM Mitglied in der Mitgliederversammlung Volksbank Oelde-Ennigerloh	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost ab 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH (stv. Sprecher) stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH ab 17.06.2014
Beatrix	Koch Ernstingweg 2 59302 Oelde	Ratsmitglied Rechtsanwältin Selbständig Kanzlei Koch 1. Vorsitzende AWO Oelde	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost stellv. Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014; stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Hauptversammlung RWE AG bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung KEG GmbH Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH ab 17.06.2014
Barbara	Köß Carl-von Ossietzky-Straße 11 59302 Oelde	Ratsmitglied Verwaltungsmitarbeiterin IWO Initiativkreis Wirtschaft e.V.	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost ab 17.06.2014 Mitglied Mitgliederversammlung Musikschule Beckum-Warendorf e. V. ab 17.06.2014 Mitglied Beirat der Musikschule Beckum-Warendorf e. V. ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund ab 17.06.2014 stellv. Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat Bauverein Oelde GmbH bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung GfW ab 17.06.2014
Hiltrud	Krause Lange Wende 19 59302 Oelde	Ratsmitglied Krankenschwester Fresenius Medical Care Deutschland GmbH Branche: Pharma	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH ab 17.06.2014

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Holger	Kummer Zum Sundern 25 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Volkswagen Osnabrück GmbH Wachabteilungsleiter Werkfeuerwehr Automobilbranche Vorstand Verein Läuferherz e. V.	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH seit 17.06.2014
Peter	Kwiotek Diestedderstraße 4 59302 Oelde-Sünninghausen	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Haustechniker bei GEA Westfalia Separator Branche: Elektro	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost bis 17.06.2014 Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH bis 17.06.2014 stellv. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins bis 17.06.2014 fortlaufend: Mitglied des Kuratoriums Marienhospital Oelde
Elisabeth	Lesting Ernstingweg 7 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Hausfrau / Landwirtin Selbständig	Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde bis 17.06.2014: stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014: Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH (Stimmführerin) bis 17.06.2014:
Hubert	Meyering Lambertistr.9, 59302 Oelde-Stromberg	Ratsmitglied Baugewerbe (Bauuntern. Meyering GmbH) Selbständig Beteiligung an Stromberger Wohnbau GmbH	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014; Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH ab 01.06.2014
Ralf	Niebusch Michael-Keller-Straße 17 59302 Oelde	Ratsmitglied Leiter Controlling bei Miele & Cie. KG, Oelde-Lette Branche: Hausgeräteherstellung	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost ab 17.06.2014 stellv. Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund ab 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH ab 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH ab 17.06.2014 Mitglied Hauptversammlung RWE AG ab 17.06.2014

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Uwe	Opitz Kerkbreite 3 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Dipl.-Ing. bei Thyssen Krupp Branche: Maschinenbau Kassierer bei der CDU Ortsunion Oelde	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost seit 17.06.2014 stellv. Mitglied Mitgliedervers. Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund seit 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH seit 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH (stv. Sprecher) seit 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH seit 17.06.2014
Thomas	Populoh Am Hülsen 1 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Abteilungsleiter/ Meister bei Haver & Boecker Branche: Metall Förderverein Heimathaus Lette Feuerwehr Oelde, Löschzug Lette	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost seit 17.06.2014 Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde seit 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH seit 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH seit 17.06.2014
Werner	Pötter Eisternriege 5 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Elektriker bei Gebrüder Tigges Branche: Eisengießerei, Maschinenbau Vorsitzender Ortsverein SPD Sünninghausen	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost seit 17.06.2014 Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde seit 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH seit 17.06.2014
Dr. Claudia	Preckel Stromberger Straße 10 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Wissenschaftl. Mitarb. (Islam- wissenschaft) Ruhr-Universität Bochum Branche: Universität Gesellschafterin bei Preckel, Wältermann u. Körkemeier GbR,	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Juan-Francisco	Rodriguez Ramos Ferdinand-Krüger-Straße 9a 59302 Oelde	Ratsmitglied Vertriebsingenieur bei Trützscher Nonwovens GmbH Branche: Maschinenbau Vorsitzender des Fördervereins „Freunde & Förderer –Das Kinderhaus e.V.“	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH (stv. Stimmführer) bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH Mitglied Hauptversammlung RWE AG bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung KEG GmbH Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH
Christoffer	Siebert Joseph-Cardijn-Str. 14 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Mitglied der Geschäftsleitung bei SOER Rusche GmbH Branche: Einzelhandel	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH seit 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH seit 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH seit 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat Bauverein Oelde GmbH seit 17.06.2014 Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerk Rheda-Wiedenbrück GmbH (seit Oktober 2014)
Wolf-Rüdiger	Soldat Potts's Holte 20 59302 Oelde	Ratsmitglied Lehrer Land NRW	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH seit 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17.06.2014; Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH ab 17.06.2014
Peter	Sonneborn Zum Hellbrink 13 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Landwirt	stellv. Mitglied Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Svea	Stehmann Johannesstraße 33 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Stadtinspektorin bei der Stadtverwaltung Bielefeld Branche: Verwaltung, öffentlicher Dienst	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Manuela	Steuer P.-Schwichtenhövel-Str. 21 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Selbständig Dienstleister CAD	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost bis 17. Juni 2014 Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH bis 17. Juni 2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17. Juni 2014

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Paul	Tegelkämper St.Josefstraße 30 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Rentner	Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost bis 17.06.2014 stellv. Mitglied der Verbandsversammlung Wasser- und Bodenverband Oelde bis 17. Juni 2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17. Juni 2014 Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17. Juni 2014 Mitglied Gesellschafterversammlung Wasserversorgung Beckum GmbH bis 17. Juni 2014
Michael	Vennebusch Diestedder Str. 16 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Bereichsleiter GB Chemie Handlungsbevollmächtigter bei der FA. Haver & Boecker	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17. Juni 2014 Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH bis 17. Juni 2014
Hans-Gerhard	Voelker Im Kapellengarten 20 59302 Oelde	Ratsmitglied bis 17.06.2014 Pensionär	Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GMBH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH bis 17.06.2014
Markus	Westbrock Buchenweg 30 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Verkaufsleiter Privatkunden bei Provinzial Nahrman GbR Branche: Finanzdienstleistung	Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH seit 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH seit 17.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH seit 17.06.2014
Florian	Westerwalbesloh Kreuzstraße 13 59302 Oelde	Ratsmitglied und Kreistagsmitglied Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro des Deutschen Bundestages und Landtages NRW Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband (Kreistag)	stellv. Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland-Ost ab 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat AUREA GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH stellv. Mitglied Aufsichtsrat EVO GmbH ab 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH
Lena	Wickenkamp Nordring 19 59302 Oelde	Ratsmitglied Geodatenmanagerin Kreis Gütersloh Vorstandsmitglied (Schriftführerin) „Jugendwerk für die Stadt Oelde“	stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH

Vorname	Nachname / Adresse	Beruf / Branche / sonst. Tätigkeiten und Funktionen	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten, anderen Kontrollgremien, Vereinsvorständen u.ä.
Anne	Wiemeyer Geiststraße 44 59302 Oelde	Ratsmitglied Unternehmensberaterin Selbständig Orgaplus-Wiemeyer Organisationsberatung Stiftungsrat der Jugendstiftung St. Johannes	stellv. Mitglied Mitgliedervers. Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund bis 17.06.2014 Mitglied Mitgliederversammlung Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund ab 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH bis 17.06.2014 stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH ab 01.06.2014 stellv. Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH bis 17.06.2014 Mitglied Aufsichtsrat WBO GmbH ab 17.06.2014
Martin	Wilke Schürten 26 59302 Oelde	Einzelratsmitglied Beruf: zzt. Nein	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO bis 17.06.2014 Mitglied Gesellschafterversammlung EVO GmbH bis 17.06.2014
Michael	Zummersch Meienbrockstr. 27 59302 Oelde	Ratsmitglied seit 01.06.2014 Palliativ Care Fachkraft beim Hospiz St. Michael Ahlen Branche: Krankenpflege für Palliativ Medizin/Pflege 1. Vorsitzender Spielmannszug Edelweiß Oelde e. V. 2. Vorsitzender Gesamtschule Oelde – Förderverein	Mitglied Gesellschafterversammlung WBO GmbH seit 17.06.2014

NKF-Kennzahlenset NRW Wertgrößen zur Ermittlung von Kennzahlen	Gemeinde (GV):		Stadt Oelde
	Einwohnerzahl:		29.814
	Sog. Optionskommune:		Nein
in TEUR			
Haushaltsjahr	2012	2013	2014
Bilanzdaten	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Status der Bilanz	vom Rat festgestellt	vom Rat festgestellt	vom BM bestätigt
Infrastrukturvermögen	114.002	112.748	112.045
Anlagevermögen	221.443	222.212	221.986
Liquide Mittel	5.136	4.558	3.690
Allgemeine Rücklage	72.730	71.550	72.139
Ausgleichsrücklage	58	1.211	2.066
Eigenkapital gesamt	73.941	73.616	72.870
Sonderposten für Zuwendungen	48.562	48.697	49.607
Sonderposten für Beiträge	35.262	35.080	33.611
Pensionsrückstellungen	27.374	28.374	30.144
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0	0	0
Fremdkapital langfristig	73.890	74.272	76.412
Bilanzsumme	234.825	235.011	235.887
Daten aus der Ergebnisrechnung			
Erträge aus Steuern und ähnl. Abgaben (Umlageverbände: Allg.Umlagen)	37.756	38.740	39.678
Erträge aus Zuwendungen	6.161	5.550	7.035
Ordentliche Erträge	63.123	65.810	66.856
Personalaufwendungen	14.052	14.625	15.551
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.289	13.183	13.532
Bilanzielle Abschreibungen	7.522	7.501	7.650
Transferaufwendungen	23.058	23.964	26.441
Ordentliche Aufwendungen	60.991	63.752	67.290
Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.606	1.527	1.402
Finanzergebnis	-978	-1.202	-901
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Daten aus der Finanzrechnung			
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.329	4.503	1.692
Sonstige Daten			
Anlagevermögen (ohne GWGs): Zugänge im Haushaltsjahr	7.151	10.112	8.160
Anlagevermögen (ohne GWGs): Zuschreibungen im Haushaltsjahr	0	0	920
Anlagevermögen (ohne GWGs): Abgänge im Haushaltsjahr	2.235	325	1.014
Anlagevermögen (ohne GWGs): Abschreibungen im Haushaltsjahr	7.432	8.947	7.915
Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	8.482	13.786	6.462
Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als 5 Jahren	27.883	27.754	32.459
Forderungen mit Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	4.857	4.725	5.412
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.747	3.881	4.035
Steuerbeteiligungen (GewSt.-Umlage, Finanzierungsbet.Fonds Dt. Einheit)	3.119	3.101	3.076

In Abänderung zum Vorjahr wurden die Werte des Anlagevermögens ohne GWGs und ohne Umlaufvermögen dargestellt. Der Vorjahresausweis wurde angepasst.

Kennzahlen 2014

NKF-Kennzahlenset NRW	
Eckdaten zur Gemeinde	
Gemeinde (GV):	Stadt Oelde
Körperschafts-Status:	Mittlere kreisangehörige Stadt
Einwohnerzahl am 31.12.2014:	29.814
Haushaltssituation:	Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage
Sog. Optionskommune:	Nein
Bilanzsumme:	235.887 T €
Höhe der Allgemeinen Rücklage:	72.139 T €
Höhe der Ausgleichsrücklage:	2.066 T €
Jahresergebnis (2014)	-1.335 T €

Kennzahl	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
	2012	2013	2014
Aufwandsdeckungsgrad	103,5%	103,2%	99,4%
Eigenkapitalquote 1	31,5%	31,3%	30,9%
Eigenkapitalquote 2	67,2%	67,0%	66,2%
Fehlbetragsquote	-1,6%	-1,2%	1,8%
Infrastrukturquote	48,5%	48,0%	47,5%
Abschreibungsintensität	12,2%	14,0%	11,8%
Drittfinanzierungsquote	50,4%	43,4%	51,0%
Investitionsquote	74,0%	109,1%	101,7%
Anlagendeckungsgrad 2	96,2%	96,1%	98,5%
Dynamischer Verschuldungsgrad	12,0	14,4	39,8
Liquidität 2. Grades	117,8%	67,3%	140,9%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	3,6%	5,9%	2,7%
Zinslastquote	2,6%	2,4%	2,1%
Netto-Steuerquote/ Allg. Umlagenquote	57,7%	56,8%	57,4%
Zuwendungsquote	9,8%	8,4%	10,5%
Personalintensität	23,0%	22,9%	23,1%
Sach- und Dienstleistungsintensität	20,1%	20,7%	20,1%
Transferaufwandsquote	37,8%	37,6%	39,3%

Aufgestellt:
Oelde, den 30.09.2015



Michael Jathe
Stadtkämmerer

Festgestellt:
Oelde, den 30.09.2015



Karl-Friedrich Knop
Bürgermeister

Rechtliche Verhältnisse

Allgemeine rechtliche Verhältnisse

Rat:

Der Rat der Stadt Oelde wird aus dem Bürgermeister und 32 (bis zum 17. Juni 2014: 34) Ratsmitgliedern gebildet. Zum Bilanzstichtag bestand der Rat aus folgenden Mitgliedern (Änderungen nach der Kommunalwahl bzw. seit der neuen Wahlperiode wurden nachrichtlich angegeben):

<u>Fraktion</u>	<u>Anzahl der Mitglieder</u>	
	seit 17. Juni 2014	bis 17. Juni 2014
CDU	13	14
SPD	9	7
FWG	4	5
Bündnis 90 / Die Grünen	3	3
FDP	2	3
Ratsmitglieder ohne Fraktion	1	2

Der Rat der Stadt Oelde ist grundsätzlich für alle Angelegenheiten der Stadtverwaltung zuständig, soweit die Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) nichts anderes bestimmt.

Geschäfte der laufenden Verwaltungstätigkeit gelten im Namen des Rats als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für den Einzelfall die Entscheidung vorbehält.

Bürgermeister:

Bürgermeister der Stadt Oelde:

Karl-Friedrich Knop, dienstansässig Ratsstiege 1, Oelde.

Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters:

Michael Jathe, dienstansässig Ratsstiege 1, Oelde.

Der Bürgermeister ist unbeschadet der dem Rat und seinen Ausschüssen zustehenden Entscheidungsbefugnisse der gesetzliche Vertreter der Stadt in Rechts- und Verwaltungsgeschäften.

Verwaltungsleitung:

Die Verwaltungsleitung der Stadt Oelde bilden im Jahr 2014:

Fachbereich 1 (Zentrale Dienst/Forum)

Leitung: Ludger Junkerkalefeld

Fachbereich 2 (Finanzen/Liegenschaften/Recht)

Leitung: Jakob Schmid

Fachbereich 3 (Bürgerservice)

Leitung: Michael Jathe

Fachbereich 4 (Planen, Bauen, Umwelt)

Leitung: Matthias Abel

Rechnungsprüfungsausschuss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss setzt sich nach der Kommunalwahl (Mai 2014) aus folgenden Mitgliedern zusammen:

CDU-Ratsmitglieder

Norbert Austrup

Hubert Kobrink

Holger Kummer

Uwe Optiz

Thomas Populoh

Christoffer Siebert

SPD-Ratsmitglieder

Juan Francisco Rodriguez

Hiltrud Krause

Florian Westerwalbesloh

Edmund Dalecki

Bündnis 90 / Die Grünen-Ratsmitglieder

Marita Brommann

Lena Wickenkamp

FDP-Ratsmitglieder

Anne Wiemeyer

Markus Westbrock (Vorsitzender)

FWG-Ratsmitglied

Eugen Gette

Hauptsatzung:

Es gilt die Hauptsatzung der Stadt Oelde vom 1. November 2009.

Kreiszugehörigkeit:

Die Stadt Oelde gehört zum Kreis Warendorf.

Sonstige rechtserhebliche Tatbestände von wesentlicher Bedeutung

Wesentliche langfristige Verträge:

Verträge, die wegen ihres Gegenstands, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Bedeutung sind oder werden können, wurden nach den uns gegebenen Auskünften im Berichtsjahr (und bis zum Abschluss der örtlichen Prüfung) nicht abgeschlossen.

Versicherungen:

Nach den uns vorgelegten Unterlagen hat sich die Stadt Oelde gegen die üblicherweise zu versichernden Risiken versichert.

Die Prüfung des Versicherungsschutzes lag nicht im Rahmen unseres Auftrags.

Prüfungen anderer Stellen:

Die überörtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 der Stadt Oelde durch die Gemeindeprüfungsanstalt für das Land Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) hat im Jahr 2013 bis 2014 stattgefunden.

Steuerliche Verhältnisse

Die Prüfung steuerlicher Gegebenheiten, so sie sich nicht auf den Jahresabschluss auswirken, lag nicht im Rahmen unseres Auftrags.

Berechnungsformeln der im Prüfungsbericht verwendeten Kennzahlen

Kennzahl	Berechnung
Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Steuerquote	$\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
Zuwendungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
Personalintensität	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Sach- und Dienstleistungsintensität	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Transferaufwandsquote	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Zinslastquote	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Fördermittelquote I	$\frac{(\text{Gesamte Sonderposten} - \text{Sonderposten für den Gebührenaussgleich})}{(\text{Immaterielles Vermögen} + \text{Sachanlagevermögen})}$
Fördermittelquote II	$\frac{(\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten} - \text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich})}{(\text{Abschreibungen auf Immaterielles Vermögen} + \text{Abschreibungen auf Sachanlagevermögen})}$
Vollkräfte	Die Ermittlung der Vollkräfte erfolgt auf Grundlage des Vorjahresausweises zum 30. Juni im Haushaltsplan des Folgejahres.
Anlagendeckung	$\frac{\text{Langfristige Passiva} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$
Reinvestitionsquote	$\frac{(\text{Zugänge in das Anlagevermögen} - \text{Abgänge aus dem Anlagevermögen} + \text{Abgänge von Abschreibungen}) \times 100}{\text{Abschreibungen}}$
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Infrastrukturquote	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Eigenkapitalquote I	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Eigenkapitalquote II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Kurzfristige Schuldenquote	$\frac{\text{Kurzfristige Passiva} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Liquiditätsgrad I	$\frac{\text{Liquide Mittel} \times 100}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}$
Liquiditätsgrad II	$\frac{(\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Rechnungsabgrenzung}) \times 100}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}$
Liquiditätsgrad III	$\frac{\text{Kurzfristige Aktiva} \times 100}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}$

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nicht anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.